

NEUE ZEIT

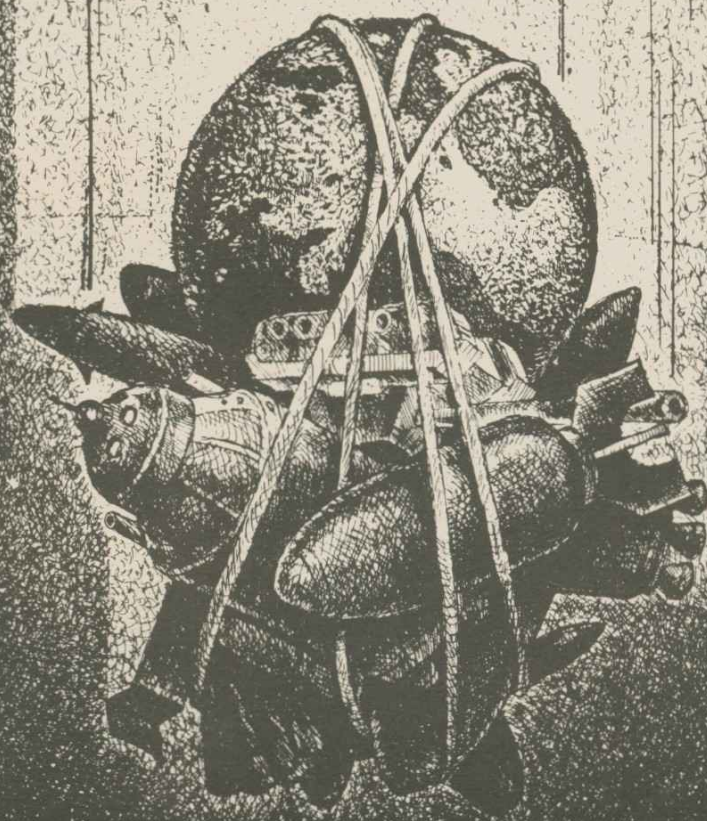
Institut der Zeitforschung der DDR

H.-H.

1501 Pilsener Platz, Pleschow 2

Postfach 600

Fachbibliothek



DIE ERDE
VON TÖDLICHER
LAST
BEFREIEN

„Wenn Ihr in Spasskoje seid, grüßt Haus, Garten und meine junge Eiche von mir, grüßt die Heimat, die ich wahrscheinlich nie wieder sehen werde“, schrieb Iwan Sergejewitsch Turgenjew in einem seiner letzten Briefe über sein „Heimatenest“, das Gut Spasskoje-Lutowinowo, das bei Orjol, „im tiefsten Rußland“, liegt. Hier verbrachte er seine Kinderjahre. Hier verbüßte er seine Verbannung. Hierhin, „auf die freien Felder“, zog es ihn immer wieder aus Moskau, St.-Petersburg, Berlin, Paris, London, Rom... Hier schrieb er seine meisten Bücher.

1976 wurde in Spasskoje-Lutowinowo das Turgenjew-Museum eröffnet.

Lindenalleen in Form einer römischen XIX führen vom Gutshaus in den Anfang des letzten Jahrhunderts angelegten Park. Dieser führt zum Sawinski-Teich. An seine Ufer zog sich der Schriftsteller gern zurück. Die Poesie der russischen Natur beschäftigte ihn sein ganzes Leben lang, die Poesie „des alten Dorfgartens, voll ländlicher Düfte, voller Erdbeeren, Vögel, verträumter Sonnenstrahlen und schattiger Winkel“.

Jedes Jahr besuchen Tausende Verehrer Turgenjews das Museum.

Die herbstlichen Lindenalleen



Turgenjew-Denkmal



Flügel und Galerie wurden in der Form wiederaufgebaut, die sie bei der letzten Heimreise des Schriftstellers hatten

Turgenjews Werke werden nicht nur in der Sowjetunion, sondern in aller Welt gelesen. Die Bekanntheit mit den Heimstätten des Schriftstellers trägt zu einem tieferen Verständnis seines Schaffens und seiner komplexen, ungewöhnlichen Per-

sönlichkeit bei. Diese Spasskojer Eigenschaft bemerkte bereits Lew Tolstoi, als er nach einem Besuch auf Turgenjews Gut am 31. Mai 1856 in sein Tagebuch schrieb: „Sein Haus zeigte mir seine Wurzeln und erklärte vieles.“



Bildbericht
K. Kokosch

Die ersten Schritte sind getan.

Antworten des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR

N. I. RYSHKOW

auf Fragen der Zeitschrift

„Die Neue Gesellschaft-Frankfurter Hefte“ (BRD)

NG/FH: Herr Ministerpräsident, auf ihrem 27. Parteitag hat die KPdSU einige Zustände in der Sowjetunion stark kritisiert und Änderung versprochen. Was hat sich seither geändert; was wird bald anders? Spüren die Menschen in der Sowjetunion Unterschiede zu früher, und fassen sie diese positiv auf?

Nikolai Ryshkow: Die Partei hat nicht nur Veränderungen schlechthin versprochen, sondern befaßt sich unbeirrbar und konsequent mit der Umstellung (und zwar gründlich) jener Aspekte des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und der anderen Bereiche unseres Lebens, die den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen.

Natürlich muß man berücksichtigen, daß nach dem Parteitag nicht allzuviel Zeit vergangen ist und die Maßnahmen, die der Parteitag beschlossen hat, nicht nur auf ein Jahr berechnet waren. Deshalb können wir heute lediglich von den ersten Schritten auf dem Wege einer Umstellung sprechen. Diese ersten Schritte sind bereits getan. Ich möchte nur einige davon nennen, die besonders wichtig sind: Nach dem Parteitag haben das Zentralkomitee der KPdSU und die Regierung auf der Basis der Parteitagsentscheidungen weitreichende Beschlüsse zu vielen Schlüsselproblemen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur Vervollkommenheit des Wirtschaftsmechanismus im Agrarindustriekomplex, in der Schwer- und in der Leichtindustrie, im Bauwesen, im Handel gefaßt. Es wurden Maßnahmen zur rationellen Nutzung von Ressourcen, zur grundlegenden Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse, zur Beschleunigung der Entwicklung der materiellen Basis im sozialen Bereich, zur Verstärkung des Kampfes gegen die nicht durch redliche Arbeit erarbeiteten Einnahmen beschlossen. Die Rolle der Sowjets der Volksdeputierten bei der Lösung von Fragen der sozial-

ökonomischen Entwicklung ist verstärkt worden. Es wurde ein Projekt für die Reform des Hochschulwesens erarbeitet. Diese und viele andere Maßnahmen zielen darauf ab, alle Aspekte im Leben unserer Gesellschaft zu erneuern. Aber es ist nur allzu verständlich, daß für ihre Verwirklichung eine gewisse Zeit erforderlich ist. Doch wir haben nicht die Absicht, zögernd voranzugehen.

Es gibt auch bereits erste positive Ergebnisse: Eine Beschleunigung des Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung liegt vor, und zwar durch **qualitative Wachstumsfaktoren**. In der ersten Hälfte des Jahres 1986 ist die Industrieproduktion im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres um 5,6 % bei einer Planvorgabe von 4,3 % gewachsen; die Arbeitsproduktivität ist um 5,2 % gestiegen. Und Sie sollten dabei bedenken, daß dies zu einer Zeit erreicht wurde, zu der sich die Maßnahmen zur technischen Modernisierung und zur organisatorischen Umgestaltung der Volkswirtschaft noch nicht bemerkbar machen konnten, d. h. vorwiegend durch die Veränderung der Einstellung der Menschen zu ihren Aufgaben.

Es sind erste Schritte zur Verbesserung der Qualität der allgemeinen Konsumgüter gemacht worden, zur Verbesserung der Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrungsgütern, zur besseren Gestaltung der Arbeit im Transportwesen und im Dienstleistungsbereich.

Unser Volk beginnt, die Früchte einer „nüchternen Lebensweise“ zu ernten — der Kurs in diese Richtung wurde bekanntlich bereits vor mehr als einem Jahr eingeschlagen und wird beharrlich fortgesetzt; und das mit Erfolg: Die Zahl von Herz- und Kreislaufstörungen ist zurückgegangen, ebenso die Zahl der Unfälle im Transportwesen und in der Produktion, die Zahl der Ehescheidungen hat sich verringert. Von Januar bis Juni dieses Jahres ist im Vergleich zu den ersten 6 Monaten des Jahres 1985 der Verkauf von Spirituosen um 37 % zurückgegangen, die Ausgaben der Bevölkerung für Spirituosen haben sich um ungefähr 6 Milliarden Rubel verringert.

Hier liegt auch die Antwort auf Ihre Frage, wie die sowje-

Das Interview wurde dem verantwortlichen Redakteur der „NG/FH“ H. Schuhmacher gewährt. Es erscheint in dieser Zeitschrift am 22. 9. 86

tischen Menschen die sich vollziehenden Veränderungen akzeptieren: Sie verwirklichen sie selbst.

Die Beschlüsse des Parteitag, seine Atmosphäre, der Reiz hoher Anforderungen, der Wahrheit, der schöpferischen Suche, des Kampfes mit der Stagnation und mit allem, was unser Vorankommen behindert, hat eine enorm mobilisierende Wirkung auf die sowjetischen Menschen gehabt. In den Arbeitskollektiven ist der Arbeitselan gestiegen, Arbeitsdisziplin, Verantwortungsbereitschaft und organisatorische Anstrengungen haben sich erhöht, es bietet sich ein weites Feld für Initiativen. Alle freut es, daß es im Land mehr Ordnung gibt, daß sich das moralische Klima verbessert hat. Eine umfassende Publizität hat es ermöglicht, nicht nur Mängel und Schwierigkeiten auszu-leuchten, sondern auch Reserven und effektive Wege für unser Vorankommen zu entdecken. Dies muß für die eigentliche und wichtigste Veränderung gehalten werden. Und diese Veränderung gibt es bereits. Aber wir überschätzen keineswegs das Erreichte. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, M. S. Gorbatschow, hat in seiner Rede in Wladiwostok hervorgehoben, daß qualitative Veränderungen, die die Tendenz zum beschleunigten Wachstum tatsächlich verankern würden, noch nicht eingetreten sind. Wir beginnen diese Arbeit erst.

In einigen Fällen vollzieht sich die Umstellung langsamer, als man es möchte und als es sein könnte. Im Prinzip ist das erklärbar, denn man kann nicht mit einem Ruck Probleme lösen, die sich jahrelang aufgetürmt haben. Dies um so mehr, als die Ausmaße der Veränderungen, die wir anvisieren, wahrhaft revolutionär sind. Und darüber hinaus befinden sich im Mittelpunkt des ganzen Prozesses keine Maschinen, sondern Menschen mit ihrer Psychologie, mit ihrer Handlungs- und Denkweise.

Aber alles, was wir uns vorgenommen haben, werden wir auch erfüllen. Das ist der feste Wille der Partei und des gesamten sowjetischen Volkes. Hierzu brauchen wir eine Bedingung, die aber nicht nur von uns abhängt. Diese Bedingung heißt "Frieden". Alles andere haben wir: ein im Detail ausgearbeitetes exaktes Programm, qualifizierte, selbstbewußte und von der Richtigkeit der Ideen des Sozialismus überzeugte Kader, reiche Naturschätze und ein bedeutendes wissenschaftliches und technisches Potential.

NG/FH: In der politischen Diskussion der sowjetischen Gesellschaft spielt der Begriff "Beschleunigung" eine große Rolle. Ist damit gemeint, daß die sowjetische Wirtschaft und die sowjetische Gesellschaft sich rascher entwickeln sollen, und wenn ja, auf welche Weise will man dies erreichen?

Nikolai Ryschow: Ja, sie sollen sich schneller entwickeln. Doch hier muß ich beschreiben, warum der "Kurs auf Beschleunigung" so nötig ist. In der Neufassung des Parteiprogramms der KPdSU, die auf dem 27. Parteitag verabschiedet wurde, sind umfangreiche Aufgaben aus kommunistischer Perspektive bezeichnet worden. Sie betreffen alle Lebensaspekte unserer Gesellschaft: die Wirtschaft, den sozialen Bereich (wo ein qualitativ neues Niveau des Volkswohlstandes erreicht werden muß), die Politik, das geistige Leben der Menschen. Das Ergebnis dieser Umgestaltung wird ein qualitativ neuer Zustand der sowjetischen Gesellschaft sein, ein historischer Schritt auf dem Wege zur höchsten Form des Kommunismus.

Diese globalen Aufgaben sind ohne eine grundlegende Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung unseres Landes nicht zu lösen. Die Beschleunigung wird von uns im weitesten Sinne dieses Wortes aufgefaßt, und zwar als grundlegende Erneuerung der materiell-technischen Basis auf der Grundlage der besten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik, als Vervollkommen der gesellschaftlichen Beziehungen, als einschneidende Veränderung im Inhalt und im Charakter der Arbeit, in den materiellen und geistigen Lebensbedingungen der Menschen, in der Aktivierung des gesellschaftlichen und des politischen Lebens.

Die Beschleunigung, das ist nicht ein Ziel der fernen Zukunft. Sie wird zum ständigen Faktor unserer gegenwärtigen Entwicklung. Uns steht bevor, Aufgaben wie Wachstum des Volkswohlstandes, Entwicklung des Wirtschaftspotentials unseres Landes und Gewährleistung seiner Sicherheit gleichzeitig zu lösen.

Es ist nur natürlich, daß der wichtigste Bereich der Beschleunigung die Wirtschaft ist. Die sowjetische Volkswirtschaft entwickelte sich viele Jahre dynamisch, krisenfrei und nur fortschreitend. In den 70er Jahren wurde das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums jedoch langsamer. Und auch der Prozeß der sozialen Umgestaltungen verlangsamte sich, denn für diesen Zweck wurden nicht so viele Mittel bereitgestellt, wie erforderlich gewesen wären. Natürlich wirkten sich hier auch objektive Schwierigkeiten aus: Die Verteuerung der Ressourcen die vorwiegend aus schwer zugänglichen Wirtschaftsregionen bezogen wurden, die aufeinanderfolgenden Jahre mit Mißernten, die Verlangsamung des Zuwachses des Arbeitskräftepotentials als Folge eines demographischen Rückgangs, der mit dem Zweiten Weltkrieg zusammenhängt. Viele Kräfte und Mittel nahm uns die militärische Konfrontation, die uns von den USA und ihren Verbündeten aufgenötigt wird. Doch die wichtigste Ursache für die Verlangsamung liegt weitaus tiefer: Es wurde der Zeitpunkt übersehen, als sich die extensiven Faktoren der Entwicklung der Volkswirtschaft praktisch erschöpft hatten und es darauf ankam, entschlossen die Intensivierung und die größtmögliche Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion anzustreben.

Hier ist es wohl angebracht festzustellen, daß wir unsere Mängel — und sie sind uns durchaus bekannt — nach einer eigenen Skala bewerten. In den vergangenen 25 Jahren wurde in der UdSSR beispielsweise ein neues Niveau des Volkswohlstandes erzielt: Es wurden 54 Millionen Wohnungen fertiggestellt; die Menschen ernähren und kleiden sich heute weitaus besser als früher. Um ein Vielfaches gestiegen ist die Zahl von Personenkraftwagen, Möbeln, Fernsehgeräten, Kühlschränken und anderen langlebigen Konsumgütern. Es wurde eine allgemein verbindliche 10-Klassen-Schulpflicht eingeführt. Die Zahl der Spezialisten mit Hochschulabschluß hat sich vervierfacht. Was die Anzahl der Ärzte betrifft, so hält heute die UdSSR den ersten Platz in der Welt.

Nichtsdestoweniger war die Kommunistische Partei mit dem Tempo und der Qualität des Wachstums nicht zufrieden. Nach dem Aprilplenum des ZK der KPdSU im Jahr 1985, auf dem die Konzeption einer Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung unseres Landes entwickelt wurde, ist die Frage zum Gegenstand einer weitläufigen Diskussion in unserer Partei und in der sowjetischen Presse geworden. Insbesondere vor dem 27. Parteitag der KPdSU war diese Diskussion sehr intensiv, weil die Dokumente zum Parteitag veröffentlicht wurden. Während der Diskussion hat die Beschleunigungskonzeption die Unterstützung durch das ganze Volk erfahren. Sie wurde auf dem Parteitag als langfristige Strategie der Partei beschlossen. Die Hauptwege für ihre Verwirklichung wurden festgelegt. Zur Zeit konzentriert sich die Diskussion vor allem auf praktische Maßnahmen zur Verwirklichung der Aufgabe der Beschleunigung.

Es ist hervorzuheben, daß die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung unseres Landes von uns als ein mannigfaltiger, allumfassender Prozeß begriffen wird, der nicht nur eine Erhöhung des Wachstumstempes der Volkswirtschaft enthält, obwohl dies für uns in der Tat in der gegenwärtigen Etappe überaus wichtig ist. Das Wesen der Beschleunigungsstrategie besteht in der neuen Qualität des Wachstums: in der größtmöglichen Intensivierung der Produktion (auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts), in der strukturellen Umgestaltung der Volkswirtschaft, in den effektiven Leistungsformen, in der Organisation und Stimulierung der Arbeit; kurz und gut, in der Beschleunigung aller positiven Prozesse in der Volkswirtschaft. Es ist nur natürlich, daß sich dies in einem höheren Wachstumstempo der Volkswirtschaft äußert.

Uns sind die generellen Wege zur Lösung der Beschleunigungsaufgabe klar. Dazu gehört vor allem der wissenschaftlich-technische Fortschritt. Während der Arbeit am 12. Staatlichen Plan zur sozial-ökonomischen Entwicklung unseres Landes wurden die Möglichkeiten in diesem Bereich überaus gründlich analysiert und das technische Niveau unserer Erzeugnisse mit Technologie und Technik der besten ausländischen Muster verglichen. Wir haben nüchtern festgestellt, wo wir gleichauf oder sogar voraus sind und wo wir hinterherhinken. Dies hat es uns ermöglicht, zielgerichtet Ressourcen gerade für jene

Produktionsbereiche bereitzustellen, wo wir in einer relativ kurzen Frist einen breiten Durchbruch zu den führenden Bereichen des technischen Fortschritts erwarten können. Zu diesem Zweck wird der Schwerpunkt auf die Entwicklung des sowjetischen Maschinenbaus als eines Industriezweiges gelegt, in dem die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution materialisiert werden.

Natürlich wird dieser Weg, bevor er Nutzen bringt, bestimmte Zeit und eine wesentliche Erhöhung der Investitionen in Anspruch nehmen. Wir haben dies akzeptiert. Dabei haben wir Kurs auf die technische Neuausrüstung der bestehenden Betriebe, auf einen starken Anstieg der Qualität von Arbeit und Produktion genommen, um schon im laufenden Planjahr fünf einen Effekt zu erhalten.

Ich habe lediglich einen der Wege genannt, die zur Beschleunigung führen. Wie wir bereits gesagt haben, soll dieser Aufgabenkomplex überall im wirtschaftlichen und sozialen Leben unserer Gesellschaft gelöst werden.

NG/FH: Der "Faktor Mensch" spielt bei dieser Diskussion in der UdSSR eine große Rolle. Man will ihn in positiver Hinsicht mit Hilfe von moralischen und materiellen Anreizen nutzen. Wird dies gelingen oder haben sich die Menschen in den letzten Jahren bereits allzu sehr daran gewöhnt, ein bescheidenes, aber in persönlicher Hinsicht ruhigeres Leben zu führen? Gibt es überhaupt genügend Menschen, die die Erfüllung der enormen Aufgaben, die Sie anvisieren, übernehmen wollen und können?

Nikolai Ryshkow: In der Entwicklung unserer Gesellschaft hat der "Faktor Mensch" immer eine überaus wichtige Rolle gespielt. Ohne hohe ideologische Überzeugtheit, ohne Enthusiasmus der breitesten Volksmassen wären wir außerstande gewesen, unsere Revolution in den ersten Jahren der Sowjetmacht zu verteidigen, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung zu verwirklichen. Wir hätten die blutige Auseinandersetzung mit dem Faschismus nicht gewonnen, wir hätten unseren Staat nicht auf das jetzige Niveau der Entwicklung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens heben können.

Dies alles war möglich, weil die Werktätigen unseres Landes sich als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft empfinden, verantwortlich für ihr Schicksal; weil sie sich nicht als blinde Ausführungs- oder Vollstreckerorgane eines fremden Willens empfinden, denn bei ihnen ist das Gefühl für das Kollektiv, für gegenseitige Unterstützung und aktives schöpferisches Verhalten hoch entwickelt.

Sie kennen als Journalist sicherlich unsere periodische Presse. Daher brauche ich Ihnen nicht zu erzählen, daß Arbeiter und Kolchosbauern, Angestellte, Wissenschaftler und Kulturschaffende sich in den Spalten unserer Presse zu den brennendsten, zu den akutesten, zu den grundlegenden Fragen der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, der Volkswirtschaft zu Worte melden. Das spiegelt eine tiefer liegende Verbindung der Interessen der Persönlichkeit und der Gesellschaft im Sozialismus wider.

Aber wir wollen die Situation nicht idealisieren. Der "Faktor Mensch" in unserem Lande: das sind 280 Millionen Menschen und jeder hat sein Schicksal, seine Lebenserfahrung, seinen Geschmack, seine Gewohnheiten und Stimmungen. Natürlich gibt es bei uns auch Menschen, die träge sind, die sich beruhigt haben, die mit dem Leben zufrieden und daher nicht interessiert an tiefgreifenden Veränderungen sind. Wieviele sind es? Eine solche Statistik gibt es selbstverständlich nicht. Aber ich behaupte mit absoluter Sicherheit, daß es unvergleichlich mehr andere Menschen gibt, solche, die die von der Partei gestellten Aufgaben des Umschwungs, der Beschleunigung erfüllen wollen, die sich mit der Stagnation im Denken und Handeln nicht zufriedengeben. Die sind in der Mehrheit. Gerade auf sie stützen sich die KPdSU und die Sowjetregierung bei der Verwirklichung der programmatischen Ziele der Gesellschaft. Die Partei hat vorausgesehen und die Praxis bekräftigt dies jetzt, daß die Umstellung, die Überwindung von Trägheit und bürokratischem Amtsschimmel keine leichte Sache ist. Es gibt etliche Fälle, wo die Arbeitskollektive, die ihre Arbeit auf neue Art und Weise organisieren wollen, mit wesentlichen Schwierigkeiten und Hindernissen konfrontiert sind. Es kommt vor, daß manche Leiter, die kühn denken und entschlossen vorgehen, wie dies die

Zeit auch erfordert, von Seiten der Leiter eines höheren Ranges und von Seiten der örtlichen Behörden keine Unterstützung erhalten. Deshalb berufen jetzt die KPdSU als Regierungspartei und die Sowjetregierung neue, schöpferisch denkende Menschen und betrauen sie mit hohen staatlichen Funktionen.

Im großen und ganzen ist ein dialektischer Prozeß der Auseinandersetzung des Neuen mit dem Alten im Gange. Wir unterstützen auf jede Weise das Neue und sind uns dessen wohl bewußt, daß für den Sieg des Neuen noch sehr, sehr viel getan werden muß. Der "Faktor Mensch" wird da die Schlüsselrolle spielen. Wir treffen umfassende Maßnahmen zu seiner Aktivierung, um diesem Komplex eine neue Qualität zu verleihen. Ernsthaft helfen wird nach unserer Überzeugung auch die von Ihnen angesprochene Vervollkommenung des Systems der hochproduktiven Arbeit — "jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach der geleisteten Arbeit" — das ist ein grundlegendes Prinzip des Sozialismus.

Doch die Veränderungen laufen nicht nur darauf hinaus. Beispiele liefern unser Beharren auf ständiger Einhaltung der Normen der sozialen Gerechtigkeit, liefern die großen Aufgaben, die im Plan für das 12. Planjahr fünf zur möglichst schnellen und vollständigen Befriedigung der gewachsenen sozialen und Lebensbedürfnisse der Bevölkerung gestellt worden sind. Beachten Sie auch die Festlegungen des Parteitag, die die umfassende Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes fordern, die Demokratie bei der Produktion eingeschlossen. Dies geschah mit jener Aufmerksamkeit, die in unserem Lande der politischen, beruflichen und kulturellen Bildung der Werktätigen eingeräumt wird. Kurz und gut, das Wesen der sich gegenwärtig vollziehenden Umstellung ließe sich mit den Worten ausdrücken: Hinwendung zu den Menschen, zum Lebendigen.

Im Ergebnis bildet sich in unserem Lande eine gesellschaftlich-psychologische Atmosphäre, die für diejenigen alles andere als günstig ist, die sich bei der Arbeit nicht gerade ein Bein ausreißen, mitunter auch auf der Bärenhaut liegen möchten, indem sie sich auf ihre Definition der "bescheidenen Bedürfnisse" berufen.

NG/FH: Welche Rolle spielt die Kultur bei der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft? Was darf die Kunst und was darf sie nicht? Welches Verhältnis haben Staat, Partei und der kulturelle Bereich zueinander? Was hat sich geändert an der sowjetischen Kulturpolitik?

Nikolai Ryshkow: Sie haben Fragen gestellt, auf die es schwerfällt, kurz zu antworten. Versucht man, das Wichtigste hervorzuheben, so ließe sich folgendes feststellen: Die zunehmende Rolle der Kultur (darunter auch der Literatur und Kunst) in der sozialistischen Gesellschaft ist gesetzmäßig. Das ergibt sich aus der humanistischen Natur unserer Gesellschaftsordnung. Zugleich spiegelt die geistige Kultur nicht nur den Grad der Gesundheit der Gesellschaft, das Niveau ihres sozial-ökonomischen Potentials wider, sondern tritt selbst als ein überaus wirkungsvolles Instrument des sozialen Fortschritts auf. Die Erhöhung des allgemeinbildenden Niveaus der Werktätigen, ihrer professionellen Kenntnisse und Fertigkeiten, die sich ständig erneuernde geistige Welt des sowjetischen Menschen, das alles wirkt aktivierend auf den Marsch der sowjetischen Gesellschaft zu ihren gesteckten Zielen. Die Kultur hat beim Erreichen des wichtigsten Zieles unserer Entwicklung, nämlich bei der Herausbildung einer harmonischen und allseitig entwickelten Persönlichkeit, die die geistigen Reichtümer der Gesellschaft beherrscht, eine besondere Rolle. Ihre Bedeutung bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, bei der Durchsetzung der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, beim Wecken der gesellschaftlichen und der persönlichen Initiative ist enorm. Mit einem Wort: Die Entwicklung der geistigen Kultur hängt ganz unmittelbar mit dem Ziel einer maximalen Realisierung des schöpferischen Potentials des Volkes, der Herausbildung der sozialistischen Lebensweise, einer inhaltvollen Freizeitgestaltung und letzten Endes auch mit der Lösung der Aufgabe von historischer Tragweite zusammen, nämlich mit dem Erreichen der fernsten Ziele des gesellschaftlichen Fortschritts durch unser Land.

Eine erschöpfende Antwort auf die Frage nach der Wechselbe-

ziehung von Partei, Staat und kulturellem Bereich können Sie im Politischen Bericht des ZK der KPdSU an den 27. Parteitag, in den Diskussionsbeiträgen der Parteitage delegierten der Künstlerverbände und Kulturschaffenden finden.

Ihre wichtigste Aufgabe in ihrer Kulturpolitik sieht die Partei, wie dies auf dem Parteitag hervorgehoben wurde, darin, das weite Feld für die Fähigkeit der Menschen zu öffnen, ihr Leben geistig reichhaltig und mannigfaltig zu gestalten. Literatur und Kunst sind berufen, sich aktiv an der Herausbildung eines neuen Menschen — eines Patrioten und Internationalisten — zu beteiligen. Das ist dann auch das Kriterium, nach dem die Werke der Kulturschaffenden, der Literaten und Künstler beurteilt werden. "Weder die Partei noch das Volk brauchen schwülstige Vielschreiberei oder sozialthematische Kleinkrämerei, Konjunkturrittertum oder engstirnigen Praktizismus. Die Gesellschaft erwartet vom Schriftsteller künstlerische Entdeckungen und Lebenswahrheit, die schon immer einer echten Kunst zugrunde lag.", sagte auf dem 27. Parteitag M. S. Gorbatschow.

In unserem Land erfreuen sich jene Werke von Schriftstellern, bildenden Künstlern, Komponisten und anderen Kulturschaffenden allgemeiner Unterstützung und Anerkennung, die mit dem Leben des Volkes eng verbunden sind, die kühn in die Komplikationen der gesellschaftlichen Entwicklung eindringen, die sich leidenschaftlich gegen Trägheit, gegen Routine und gegen all das wenden, was die Gesellschaft daran hindert voranzukommen.

Getreu der Leninschen Tradition verhalten sich die Partei und der Staat fürsorglich und achtungsvoll gegenüber dem Talent, und sie fordern die Kulturschaffenden auf, solche Werke zu schaffen, die ehrliche Menschen erziehen, deren Geist standhaft ist, die sich ihrer Bürgerpflichten bewußt sind. In der Welt, darunter auch in der Bundesrepublik Deutschland, ist man mit der sowjetischen Kultur vertraut. Ihr hohes Ansehen hängt gerade mit solchen Kunstwerken zusammen. In dieser Hinsicht gibt es für die Kunst keinerlei Verbote. Aber in unserem Land finden solche Werke keine Unterstützung (und werden sie auch niemals finden), in denen Krieg, Gewalt, Haß auf andere Völker, Verleumdung des Sozialismus, Pornographie und die Propaganda anderer menschlicher Gebrechen gepredigt werden, in welchen Formen auch immer dies geschehen mag. Ihnen ist wohl besser als mir bekannt, daß die bürgerliche Gesellschaft unter der Nicht-Kontrolle dieser mißgebildeten Erscheinungen in ihrer Kultur leidet. Darüber hinaus wenden wir uns stets gegen den grauen Durchschnitt, gegen die Verflachung, gegen die billige Sensationshascherei, gegen all das, was bei uns als "Kitsch" bezeichnet wird, und wir werden dies auch immer tun.

Wir können nicht zulassen, daß die Kunst durch ein Kultursurrogat ersetzt wird, wie dies gegenwärtig beispielsweise in West-Europa geschieht, durch ein Surrogat, das minderwertige Klischees in der Literatur, im Film, in der Unterhaltung, in der bildenden Kunst präsentiert, die über den Ozean fluten. Sie untergraben das gewaltige Erbe der nationalen europäischen Kulturen, sie versuchen, die unvergänglichen Werte der Weltkultur zu ersetzen, sie fördern niedere Gefühle und führen den Menschen von den wirklichen Lebensproblemen weg. Sie wirken sich verhängnisvoll auf die jüngere Generation aus, indem sie sie zur Härte erziehen, den Kult roher Gewalt treiben und Denkklichees wie Rassismus, Chauvinismus und die Ablehnung fortschrittlicher Ideen predigen. Wenn Sie die sowjetische Kultur kennen, müssen Sie wissen, daß ihr dies alles total fremd ist.

Was die Kulturpolitik der Partei und des Staates nach dem 27. Parteitag betrifft, so ist diese von dem durch die Partei ausgearbeiteten Kurs auf die Beschleunigung der gesamten sozial-ökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft nicht zu trennen. Vor unseren Augen vollzieht sich eine Vertiefung der Demokratisierungsprozesse in der Entwicklung der Kultur, ihrer Leitungsorgane und im Leben der Künstlerverbände. Die jüngsten Unionskongresse der Komponisten, der Filmemacher und der Literaturschaffenden haben das gewachsene Gefühl für die soziale Verantwortung der Kulturschaffenden deutlich gemacht. Diejenigen, die das Leben unseres Landes aufmerksam verfolgen, müssen einfach bemerken, daß im Bereich der Leitung des Kulturbereiches Prozesse zunehmender Aktivität und größerer

Selbständigkeit der Künstlerverbände in Gang gekommen sind. Das findet unter anderem seinen Ausdruck darin, daß die Filmstudios unseres Landes sich von der überflüssigen Bevormundung bei ihrer Drehbuch-Politik und bei der Bestätigung der Filme für den Verleih freimachen. In den Theatern äußert sich dies so, daß die künstlerischen Räte bei der Auswahl des Repertoires, bei der Annahme von Stücken und bei der Beurteilung der schauspielerischen Leistung mehr Rechte bekommen haben. Für uns ist das wichtigste Ergebnis die Zunahme der schöpferischen Aktivität der in unserer multinationalen Kultur, Literatur und Kunst Tätigen, in ihrer fruchtbringenden Mitwirkung an den großen Aufgaben, mit denen sich das ganze Land beschäftigt.

Man kann nicht umhin festzustellen, daß viele Veränderungen in der kulturellen Sphäre stattfinden. Breit diskutiert von allen sowjetischen Menschen werden Fragen der weiteren Entwicklung der Hoch- und Fachschulen in unserem Lande. Die Reform der allgemeinbildenden Schulen und der Berufsschulen kommt voran. Konsequenterweise wird die materielle Basis des sozial-kulturellen Bereichs, die seit längerer Zeit zu beobachtende Unterschätzung dieser Frage wird überwunden.

Ich möchte folgendes Beispiel anführen: Im 12. Planjahr fünf sollen 6000 Kulturstätten gebaut werden; vor allem Klub- und Kulturhäuser auf dem Land; das ist fast doppelt soviel wie im vergangenen Planjahr fünf gebaut wurden. Mehr als 40 größere Konzertsäle und anderes mehr sollen gebaut werden.

Abschließend zu diesem Thema noch dies: Alle Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus zeugen vom zunehmenden Einfluß der Kultur in unserem gesellschaftlichen Leben. Die sowjetische Kultur legt die Grundlage für die Entwicklung künftiger Generationen im Geiste humanistischer Ideale.

NG/FH: Wie soll konkret durchgesetzt werden, daß ein Arbeitender — auf welcher Ebene auch immer — ein eigenes Interesse daran hat, die Qualität seiner Arbeit und seiner Produktion zu erhöhen?

Nikolai Ryschow: Eine persönliche Interessiertheit der Werktätigen unseres Landes an der zunehmenden Qualität der Produktion wird vor allem über das wichtigste Prinzip des Sozialismus realisiert, von dem wir bereits gesprochen haben. In diesem Prinzip sind die soziale Gerechtigkeit unserer Gesellschaft, der Inhalt der Politik des Staates auf dem Gebiet der Löhne, die Gewährleistung einer gerechten Abhängigkeit des Lohnniveaus von der Qualität und Quantität der Arbeit der Kollektive insgesamt und eines jeden Beschäftigten im einzelnen ausgedrückt.

Gegenwärtig wird eine Reihe von wichtigen Maßnahmen getroffen, die auf höhere Wirksamkeit des erwähnten Prinzips gerichtet sind.

Dies wäre zum ersten die Einführung neuer Tarifsätze und Gehälter, die im Schnitt um 25–35 % im Vergleich zu den gegenwärtig geltenden anwachsen. Dabei werden Prioritäten jenen Mitarbeitern eingeräumt, deren Arbeit unmittelbar ein Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und Arbeiten gewährleistet. Dazu gehört vor allem ein weiterer Kreis von Berufsgruppen, die mit der Beherrschung der neuesten Technik und Technologie beschäftigt sind, ferner Wissenschaftler, Entwicklungsingenieure und Technologen.

Ein weiterer Faktor für ein zunehmendes Interesse an einer Qualitätsverbesserung ist die Einführung verschiedener Lohnzuschläge und Prämien zum Grundlohn, die für die jeweiligen konkreten Beschäftigten für seine persönlichen Resultate bei der Erhöhung der Qualität der ausgeführten Arbeiten und der hergestellten Produkte einzeln festgesetzt werden. Dazu gehören zusätzliche Zahlungen für das wachsende professionelle Können, Gehaltszuschläge für Angestellte in Anerkennung hoher Leistungen in der Arbeit und allerlei Prämiensysteme. Beim Rückgang der Arbeitsqualität oder beim Rückgang der Qualität von Erzeugnissen können die erwähnten Zuschläge und Zusatzzahlungen verringert oder gänzlich gestrichen werden.

Mit Hilfe einer solchen Politik auf dem Gebiet der Entlohnung werden bei uns so große ökonomische Aufgaben wie die Erschließung ressourcenreicher, jedoch schwer zugänglicher und

klimatisch ungünstiger Gebiete des hohen Nordens, Sibiriens und des sowjetischen Fernen Ostens angegangen. Es ist nur natürlich, daß diejenigen, die dort unter so schwierigen Umständen arbeiten, zusätzliche Vergünstigungen in bezug auf die Entlohnung erhalten.

Ein wichtiger Faktor für die höhere Interessiertheit an den Arbeitsergebnissen ist die konsequente Demokratisierung der Leitung in sämtlichen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion. Eine umfassende Entwicklung der Brigadeformen der Arbeitsorganisation, die Bildung von Räten der Arbeitskollektive und andere Formen der Demokratisierung der Leitung ermöglichen es, die Gleichmachereitendenz in der Entlohnung zu überwinden und die persönliche Interessiertheit sowie das Prestige, das Ansehen jener Arbeiter, jener Mitarbeiter zu erhöhen, die eine besonders hohe Qualität der Erzeugnisse und der auszuführenden Arbeiten erbringen. Indem wir die Brigadeformen der Entlohnung unterstützen, tragen wir der großen Rolle der Brigade unter den Bedingungen des Sozialismus, bei der Entwicklung des Kollektivgeistes, bei der Verantwortung für die gemeinsame Sache und der gegenseitigen Hilfe Rechnung. Indem die Brigade den Arbeitsbeitrag eines jeden Mitgliedes des Kollektivs selbständig bewertet, übt sie eine große erzieherische Wirkung über das allgemeine Interesse, über die einheitliche Haltung, über die Meinung der Mehrheit aus. Auf eine weitere Vergrößerung der Rechte der Arbeitskollektive ist auch das gegenwärtig in Arbeit befindliche "Gesetz über den sozialistischen Betrieb" gerichtet. In Übereinstimmung mit diesem Gesetz sollen praktisch alle Fragen der produktionsbezogenen und der sozialen Entwicklung vom Kollektiv selbständig entschieden werden.

Wir haben uns vorgenommen, und wir sind bereits dabei, dies in die Tat umzusetzen, eine Verbesserung der materiellen Sicherheit der Werktätigen und des Arbeitskollektivs zu erreichen, indem Qualität, Quantität und (am wichtigsten) die Resultate der Produktion noch enger miteinander verknüpft werden sollen. Dabei betrifft das nicht nur den Lohn, sondern schließt die Verbesserung der Wohnverhältnisse und der Befriedigung anderer Bedürfnisse mit ein. Um dies abzudecken, verbleibt ein weitaus größerer Teil als früher der von den Arbeitskollektiven erarbeiteten Mittel unmittelbar zu ihrer Verfügung.

NG/FH: Wann werden die Werktätigen der Sowjetunion die Früchte ihrer vermehrten Anstrengungen ernten können?

Nikolai Ryshkow: In Ihrer Fragestellung klingt als Unterthema mit, als sei zwischen den Resultaten in der sowjetischen Wirtschaft und ihrer Nutzung zur Lösung von sozialen Problemen, zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen ein zeitlicher Zwischenraum. Dem ist nicht so. Das Wesen, das Ursprüngliche und das Ziel des strategischen Kurses auf die Beschleunigung der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Produktion besteht darin, den Wohlstand der sowjetischen Menschen auf ein qualitativ neues, auf ein höheres Niveau zu heben. Diese Aufgabe soll in dem Maße verwirklicht werden, wie die gesellschaftliche Produktion steigt, wie sich ihre Effektivität und vor allen Dingen ihre Arbeitsproduktivität erhöht.

Mit anderen Worten, die Beschleunigung der Entwicklung der Volkswirtschaft wird es uns ermöglichen, mehr Mittel für soziale Zwecke einzusetzen. Sie wird uns auch ermöglichen, weiter die Front zu Aufgaben in Angriff zu nehmen, die Fristen für die Lösung von sozialen Problemen zu verkürzen. Dabei handelt es sich nicht um die Beschreibung irgendeiner entfernten Zukunft. Wir haben nicht die Absicht, auf das Ende des Planjahrhüfnts zu warten, um die dort vorgemerkten sozialen Aufgaben in die Tat umzusetzen. Daß dem wirklich so ist, möchte ich an folgenden Beispielen verdeutlichen: Von diesem Jahr an gibt es eine Erhöhung der Gehälter von Ärzten und anderer Angehöriger des medizinischen Personals; etwas später folgen die Mitarbeiter der Kultur- und Bildungsstätten. Im nächsten Jahr wird die Einführung neuer Entlohnungsrichtlinien für Lehrkräfte und andere pädagogische Mitarbeiter von Schulen und Vorschuleinrichtungen abgeschlossen sein. Innerhalb dieses Planjahrhüfnts soll, wie ich bereits ausgeführt habe, eine wesentliche Erhöhung der Tarifsätze und Gehälter für die Mitarbeiter der industriellen

Produktion vollzogen werden. Insgesamt werden durch alle diese Maßnahmen innerhalb von fünf Jahren die Löhne und Gehälter von 90 Millionen Menschen heraufgesetzt werden. Anders kann es auch in einer Gesellschaft, in der die Früchte einer immer produktiveren Arbeit den Werktätigen gehören (und nur ihnen allein), wo die Arbeit die materielle und gesellschaftliche Stellung des Menschen bestimmt, nicht sein.

Die neuen umfangreichen Maßnahmen sollen im laufenden Planjahrhüfnt auf dem Gebiet der Verstärkung der staatlichen Hilfe für Familien mit Kindern verwirklicht werden. So ist geplant, die Dauer eines bezahlten Urlaubs der berufstätigen Mütter zur Pflege eines neugeborenen Kindes von einem Jahr auf 1,5 Jahre anzuheben. Für eine bedeutende Gruppe von Arbeitsveteranen ist eine Heraufsetzung der Renten vorgesehen. Von einer Verbindung der Arbeit mit ihren Ergebnissen haben wir bereits gesprochen. Aber wir sind uns dessen sehr wohl bewußt, daß die Erhöhung der Geldeinnahmen kein Selbstzweck ist. Sie ist erst dann dem Wachstum des Wohlstandes adäquat, wenn sie durch die zunehmende Konsumtion untermauert wird. Deshalb sollen bereits im 12. Planjahrhüfnt fortschrittliche Veränderungen im Niveau wie auch in der Struktur des Verbrauchs, in den Arbeitsbedingungen, den Lebensverhältnissen und den Bedingungen für die Erholung und Freizeitgestaltung der Bevölkerung verwirklicht werden. Ich muß erwähnen, daß unser Land zur Zeit einen regelrechten Boom beim Bau von Sommerhäuschen erlebt. Jedes Jahr werden für die Werktätigen mehr als 1 Million Bauparzellen bereitgestellt. Das Land erhalten die Menschen kostenlos, die Häuser darauf bauen sie mit Hilfe von staatlichen Krediten (bei einem Jahreszins von 0,5 %). Kurz und gut, unser Staat wird auch künftig konsequent die sozialen Garantien für die verfassungsmäßigen Rechte der Mitglieder unserer Gesellschaft auf Arbeit, auf Gewährung der Bildung und Ausbildung, auf unentgeltliche medizinische Betreuung, auf materielle Sicherstellung im Alter und im Krankheitsfall, auf Wohnraum und viele weitere soziale Güter entwickeln und festigen.

Abschließend möchte ich eine für uns offensichtliche Rückkopplung hervorheben: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen und der Erreichung besserer Ergebnisse in der Produktion. Das zunehmende professionelle Können, der größere Arbeitselan, die gewissenhafte Arbeit bilden eine wichtige Voraussetzung für die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung unseres Landes.

NG/FH: In welchem Maße hängen die ökonomischen Erfolge der Sowjetunion und vielleicht im gesamten RGW-Bereich vom Grad der Entspannung zwischen den militärischen Blöcken ab? Sind Rüstungskontrolle und Abrüstung auf Dauer eine Voraussetzung für gute ökonomische Resultate?

Nikolai Ryshkow: Die Pläne für eine dynamische sozial-ökonomische Entwicklung, für die Erhöhung des Wohlstandes des jeweiligen Volkes wurden in jedem RGW-Land ausgearbeitet und werden jetzt in die Tat umgesetzt. Es ist nur natürlich, daß die Verwirklichung dieser Aufbaupläne von uns nur unter den Bedingungen des Friedens geplant wird. Dadurch wird die generelle Orientierung oder Ausrichtung der Außenpolitik der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bestimmt, alles in ihrer Kraft Stehende für die Festigung des Friedens zu tun und die internationale Entspannung, die Einstellung des Rüstungswettlaufes und die Abrüstung durchzusetzen. Diese Orientierung hat bekanntlich im Appell unserer Staaten an die NATO-Staaten und an alle europäischen Länder für ein Programm zum Abbau der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa ihren Niederschlag gefunden. Dieser Appell wurde auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Budapest im Juni dieses Jahres angenommen.

In der sowjetischen Außenpolitik konkretisierte sich dieses Programm in der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 15. Januar dieses Jahres zu einer etappenweisen Abschaffung der Kernwaffen bis zum Jahre 2000, in der vom XXVII. Parteitag der KPdSU gebilligten Idee von der Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit und in anderen konkreten Vorschlägen, die darauf abzielen, dem

gefährlichen Verlauf der Ereignisse eine andere Wendung zu geben, das Mißtrauen zu beseitigen und eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen allen Staaten in Gang zu bringen. Den Beweis für die Bereitschaft der UdSSR, durch Taten zur Einstellung des nuklearen Wettrüstens beizutragen, lieferte noch einmal die jüngste Verlängerung des durch die Sowjetunion einseitig erklärten Moratoriums für nukleare Explosionen. Es ist bereits die vierte Verlängerung. Wie Sie sehen, hat die Sowjetunion allein in diesem Jahr einen ganzen Komplex bedeutender Initiativen entwickelt, die auf die internationale Entspannung und auf eine Verminderung der gefährlichen militärischen Konfrontation der beiden Gesellschaftssysteme abzielen. Wir erwarten, daß unsere Verhandlungspartner die erforderliche politische Weisheit an den Tag legen und nicht nur in Worten, sondern auch in Taten ihre Bereitschaft zu gemeinsamen konstruktiven Lösungen der brennendsten Fragen der Gegenwart zeigen.

Die Verwirklichung der sowjetischen Friedensinitiativen würde sich wohlthuend auf die ökonomische Entwicklung nicht nur der Sowjetunion, sondern auch des europäischen Kontinents, ja der Weltgemeinschaft insgesamt auswirken. Sie würde zur Schaffung einer wirklich neuen Situation für die internationale ökonomische Zusammenarbeit, für ihre intensive Entwicklung im Interesse aller Seiten führen. Dadurch würden alle Staaten, und in erster Linie die Nachbarn, also die Staaten Europas, gewinnen.

Eine äußerst verhängnisvolle Einwirkung des Wettrüstens auf die Wirtschaft der Staaten ist ein allgemein anerkanntes Axiom. Die Abrüstung würde gestatten, nicht nur die Gefahr der Vernichtung von der Menschheit abzuwenden, sondern auch enorme materielle und intellektuelle Ressourcen für die Zwecke einer friedlichen ökonomischen Entwicklung einzusetzen. Ich möchte jedoch hinzufügen, daß die Rechnung, durch verstärktes Wettrüsten und die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum den ökonomischen Fortschritt der Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu bremsen, nicht aufgehen wird. Die Geschichte lehrt, daß die Länder des Sozialismus imstande sind, gleichzeitig die Aufgaben der ökonomischen Entwicklung und der Festigung ihrer Verteidigungsbereitschaft zu lösen.

NG/FH: Welche Rolle räumen Sie der KPdSU bei den Erneuerungsprozessen und den Reformen der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft ein? Könnte man sagen, daß die KPdSU sich einerseits aus den täglichen Detailentscheidungen zurückzieht und andererseits bestrebt sein wird, dadurch ihre Führungs- und Kontrollfunktionen zu stärken?

Nikolai Ryshkow: Die KPdSU ist, wie Ihnen bekannt sein dürfte, eine Regierungspartei und diese ihre Stellung ist in der Verfassung verankert. Vor allem wird ihre Führungsrolle natürlich durch die Möglichkeit der Partei bestimmt, den wirklichen Willen des arbeitenden Volkes zum Ausdruck zu bringen, durch die Fähigkeit, eine wirksame Strategie des sozial-ökonomischen, politischen und geistigen Fortschritts des Landes auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang wäre es wichtig hervorzuheben, daß gerade die Partei, ihr Zentralkomitee als Initiatoren der großen Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft hervorgetreten sind. In ihrer tagtäglichen Arbeit geht die KPdSU davon aus, daß sie verpflichtet ist, ihr politisches und moralisches Ansehen, ihre Stellung als führende und lenkende Kraft im Leben unseres Landes durch Taten zu bekräftigen. Bitte beachten Sie beispielsweise folgende Worte aus dem Politischen Bericht des ZK an den XXVII. Parteitag: "Es gibt keine Avantgarderolle des Kommunisten schlechthin, sie äußert sich in praktischen Taten."

Die Führungsrolle hat mit dem Anspruch auf eine besondere, privilegierte Stellung nichts gemein. Die Kommunisten haben keinerlei Privilegien, sagte Lenin, sie haben nur zusätzliche Pflichten — wenn man das Recht, dort zu sein, wo es schwer und gefährlich ist, nicht als Privileg betrachtet. Für die Verletzung der sowjetischen Gesetze trägt der Kommunist laut Statut der KPdSU eine doppelte Verantwortung, und zwar vor der Partei und vor dem Staat.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Die KPdSU hat schon immer dem Bereich der Wirtschaft als der gesellschaftlichen Grundlage überhaupt große Aufmerksamkeit geschenkt und wird es auch künftig tun. Die politische Leitung der Wirtschaft bildet eine der wichtigsten Aufgaben der Partei. Eine andere Sache ist es, daß

bei dieser Leitung die Wirtschaftsorgane nicht ersetzt werden müssen, daß sie nicht kleinlich zu bevormunden sind, was manchmal an der Basis geschieht und wovor das Zentralkomitee der KPdSU warnt. D. h. die Partei ist berufen, die Leitung der Zweige der Volkswirtschaft mit den ihr eigenen Methoden, nämlich den politischen, zu verwirklichen. Von der konsequenten Linie, die in dieser Richtung befolgt wird, zeugt eine ganze Reihe von Schritten, die in Richtung der Entwicklung der Selbständigkeit der Wirtschaftsorgane getan werden, vor allem bei den Betrieben und Vereinigungen. Davon zeugt auch die Erweiterung der Befugnisse der Sowjets der Volksdeputierten, die Erhöhung ihrer Verantwortung für alle Lebensbereiche auf dem jeweiligen Territorium.

Zugleich bedeutet dies aber nicht, daß die Partei sich die "großen Sachen" vorbehält und den anderen einräumt, sich mit "Kleinigkeiten" zu befassen. Wir betonen nachdrücklich, daß es in unserem Leben, in unserer Arbeit (darunter auch in unserer Parteiarbeit) keine "Kleinigkeiten" gibt. Hier ist alles wichtig. Die Aufgabe, vor die sich die Partei gestellt sieht, besteht darin, mit politischen Methoden eine konsequente Durchsetzung der von ihr ausgearbeiteten Linie in allem zu sichern, im Großen wie Kleinen, in perspektivischen und in laufenden Angelegenheiten, die das Leben unserer Gesellschaft ausmachen.

NG/FH: In Westeuropa fällt der ungebrochene Optimismus auf, mit dem sowjetische Politiker den wissenschaftlich-technischen Fortschritt betrachten. Hat sich dies nach dem Unglück von Tschernobyl etwas geändert?

Nikolai Ryshkow: Die Sowjetunion strebt eine raschere und vollständigere Nutzung der Errungenschaften der modernen wissenschaftlich-technischen Revolution zum Wohle aller Völker an, um dazu beizutragen, Hungersnöte und Krankheiten, Armut und Analphabetismus zu bekämpfen. Wir sind der Ansicht, daß die Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl ebenso wie Katastrophen im Weltraum und in anderen Bereichen, wo mutige Schritte zur Zügelung der mächtigen Kräfte der Natur unternommen werden, nicht von der Schwäche der menschlichen Vernunft und seines Willens zeugen. Die Menschheit ist immer suchend und auch Risiken eingehend vorwärtsgekommen. Das ist eine Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der Zivilisation. Etwas anderes ist es, daß wir, je tiefer wir in die verborgenen Geheimnisse der Natur eindringen, damit auch den Grad des Risikos erhöhen. Das stellt alle Staaten vor ernste Fragen auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Für ihre Lösung kann eine umfassende Zusammenarbeit und ein Zusammenwirken auf internationaler Grundlage wesentlich beitragen. Wir setzen uns für die Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit sowohl im Bereich der sicheren Nutzung der Kernenergie wie auch in anderen Bereichen ein. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit bildete die Ausarbeitung von Konventionen über unverzügliche Benachrichtigung über nukleare Havarien und über Hilfeleistungen im Falle von solchen Havarien auf der internationalen Beratung von Regierungsexperten in der Atomenergiebehörde in Wien. Diese Konventionen sollen einen Teil des internationalen Regimes der sicheren Entwicklung der Kernenergie bilden. Vorschläge über die Schaffung eines solchen Regimes hat die Sowjetunion gemacht.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt ungeachtet von Schwierigkeiten und einzelnen Rückschlägen sich auch weiterhin entwickeln wird. Eine große Zukunft wird auch die Kernenergie haben, ohne die in der gegenwärtigen Etappe die Entwicklung der Weltwirtschaft nur schwer vorstellbar ist. Die friedliche Nutzung des Atoms bringt bereits jetzt großen beachtlichen Nutzen für die Menschheit. Heute funktionieren in verschiedenen Ländern bereits rund 350 Kernreaktoren. Der Bau wird fortgesetzt und sollte auch fortgesetzt werden.

Aber es leuchtet absolut ein, daß sowohl die Kernenergie wie auch die anderen fortschrittlichen Wirtschaftszweige sich unter Bedingungen entwickeln sollen, die eine maximale Sicherheit der Menschen und der Umwelt gewährleisten. Um so mehr müssen alle Möglichkeiten für die Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu den Zwecken einer bewußten Vernichtung der Menschheit ausgeschlossen werden. Die Fragen zur Abschaffung von Kernwaffen und anderen

Massenvernichtungsmitteln gewinnen unter den jetzigen Bedingungen erstrangige Bedeutung. Ihre Lösung würde zu einer radikalen Gesundung der gesamten Weltlage beitragen. Diese Haltung unseres Landes wurde mit größtmöglicher Klarheit in der jüngsten Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU im sowjetischen Fernsehen bekundet.

NG/FH: Bei uns hat in der letzten Zeit der Optimismus hinsichtlich des wissenschaftlich-technischen Fortschritts Risse bekommen. Das betrifft nicht nur die Kernenergie, sondern auch z.B. die Gentechnologie oder die Einwirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Umwelt.

Nikolai Ryshkow: Ich wiederhole, der wissenschaftlich-technische Fortschritt kann unmöglich gestoppt werden. Doch zweifellos ist es notwendig, technische Lösungen zu finden, die, indem sie die Menschheit voranbringen, ihr nicht Schäden zufügen. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Entwicklung der nuklearen Energieerzeugung beispielsweise gegenwärtig nicht gestoppt werden kann. Man muß alles tun, die negativen Erscheinungen, die mit einer solchen Entwicklung zusammenhängen, zu verhindern. Und alle Staaten müssen sich damit befassen. In der Welt von heute ist ein enormes wissenschaftlich-technisches Potential gehortet worden, und die Menschheit verfügt über alle Möglichkeiten, um die Kräfte der Natur, die durch den Fortschritt der Wissenschaft ins Leben gerufen worden sind, unter Kontrolle zu bringen. Das gilt auch für den Umweltschutz im weitesten Sinne dieses Wortes. Denn ein Land kann da nichts allein verrichten. Ich möchte folgendes Beispiel anführen: Die stärkste Verunreinigung der Umwelt auf unserem Territorium ist im europäischen Teil zu verzeichnen. Das ist auch verständlich. Hier ist ein bedeutender Teil unserer Industrie konzentriert, und auch die Industrie der europäischen Staaten befindet sich nebenan. Aber eine Verunreinigung der Natur wird auch auf der Kamtschatka-Halbinsel registriert, wo wir keine besonders große Industrie besitzen. Deshalb ist es offenkundig, daß der Umweltschutz keine politischen Grenzen kennen darf, sondern durch gemeinsame Anstrengungen verwirklicht werden muß. Wir sind bereit, auch in dieser Richtung umfassend zusammenzuarbeiten.

NG/FH: Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie auch mit westlichen Ländern?

Nikolai Ryshkow: Die Sowjetunion ist ein entschiedener Verfechter der Erweiterung und Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung des Atoms. Es kommt darauf an, daß die Atomenergie in der Tat zum Gemeingut der ganzen Menschheit wird, daß sie nur den Interessen des Friedens und des Aufbaus dient.

Unser Land leistet einen großen Beitrag zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie, sowohl auf bilateralen wie auch auf multilateralen Grundlagen, insbesondere im Rahmen der Wiener Atomenergiebehörde.

Die UdSSR hat umfassende sachliche Verbindungen auf diesem Gebiet mit sozialistischen Staaten wie mit vielen westlichen Staaten und Entwicklungsländern. Wir liefern Ausrüstungen für Kernkraftwerke, nukleare Materialien und Dienstleistungen zur Uranaufbereitung an einen großen Kreis von Ländern, arbeiten bei der Forschung und Entwicklung zusammen, bei der Ausbildung von Fachkräften, bei der Entsendung sowjetischer Spezialisten zur technischen Hilfestellung.

Hier stützt sich die Sowjetunion auf ihre riesigen praktischen Erfahrungen. Wir waren doch das erste Land, das das Atom zu friedlichen Zwecken zu nutzen begann. Wir verfügen über eine leistungsstarke und von niemandem abhängige Industrie zur Produktion von Ausrüstungen für die Kernenergie, zu der solche Riesenbetriebe wie "Atommasch" gehören. Das erlaubt unserem Lande nicht nur, den eigenen Bedarf und den Bedarf der mit uns freundschaftlich verbundenen sozialistischen Staaten zu decken, sondern auch anderen Ländern Hilfe und Unterstützung bei der Entwicklung der Kernenergiewirtschaft zu leisten. Natürlich ist hier nur von der friedlichen Nutzung des Atoms die Rede. Die Sowjetunion beabsichtigt, auch weiterhin die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit allen daran interessierten Ländern, darunter auch mit westlichen

Staaten, auf gegenseitig vorteilhafter Grundlage zu entwickeln. Eine gute Voraussetzung dafür bilden die reichen Erfahrungen und die technischen Möglichkeiten unseres Landes zur Nutzung des Atoms zum Wohle des Friedens. In diesem Zusammenhang wäre die Zusammenarbeit zu erwähnen, die auf die Entwicklung eines wirtschaftlichen und (was besonders wichtig ist) eines sicheren Reaktors der neuen Generation gerichtet ist, die Zusammenarbeit bei der Beherrschung der thermonuklearen Synthese und die Errichtung eines thermonuklearen Reaktors durch vereinte Anstrengungen einer Reihe von Ländern.

NG/FH: Abgesehen von dieser Zusammenarbeit, wie sehen denn die Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Westeuropa und der Sowjetunion aus? Gegenwärtig werden in der UdSSR Möglichkeiten für gemeinsame Betriebe zwischen verschiedenen Konzernen, Firmen und Außenhandelsvereinigungen der RGW-Länder diskutiert. Welche Perspektiven sehen Sie?

Nikolai Ryshkow: Über die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und der Sowjetunion möchte ich folgendes sagen: Wir sind für die größtmögliche Erweiterung einer solchen Zusammenarbeit, und da wir Realisten sind, wissen wir auch, daß es im Zeitalter eines stürmischen wissenschaftlich-technischen Fortschritts, bei einer Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung unmöglich ist, abgekapselt zu leben. Unser Land ist keine irgendwie isolierte Gesellschaft, und wir halten es für notwendig, in vollem Maße die Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung zu nutzen. Davon wurde mit aller Deutlichkeit auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU und in den darauffolgenden Dokumenten der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung gesprochen.

Unser Staat setzt sich für den weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und für die Suche nach neuen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein.

Uns ist bekannt, daß auch in der Bundesrepublik Geschäftskreise an einer Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR interessiert sind. Dies entspricht einer Tradition. Zugleich aber segelt die Bundesrepublik im Fahrwasser der amerikanischen Embargo- und Verbotspolitik. Nach unserer Ansicht besteht der Sinn und Zweck dieser Ausfuhrverbote nicht darin, das Übertragen neuzeitlicher Technologien für eine militärische (oder sowohl militärische wie zivile) Bestimmung in die UdSSR und in andere sozialistische Staaten zu verhindern. Es wäre doch naiv anzunehmen, daß wir irgendwelche Elemente für unsere Rüstungstechnik aus westeuropäischen Staaten importieren möchten. Nach unserer Ansicht errichten die USA mit Hilfe von solchen Verboten Hindernisse für die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten Europas. Ob das für West-Europa vorteilhaft oder unvorteilhaft ist, darüber haben Sie zu urteilen. Wir für unseren Teil setzen uns für eine vollwertige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn ein. Ich habe mir die COCOM-Listen angesehen. Folgt man ihnen, so darf nur Schrott an die Sowjetunion verkauft werden. Natürlich ist das nicht seriös. Wir werden niemals darauf eingehen, bei unseren westeuropäischen Partnern zweitrangige Erzeugnisse oder veraltete Technik zu kaufen. Von diesem Standpunkt aus möchte ich hervorheben, daß uns unverständlich ist, warum die Bundesrepublik sich für eine Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm entschlossen hat. Kann man denn die Zahl der Arbeitsplätze, die durch die Erweiterung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und die, die durch die Beteiligung am SDI-Programm geschaffen werden, miteinander vergleichen, wo alle besseren Aufträge in den Händen der amerikanischen Monopole konzentriert bleiben? Darüber hinaus erhalten die USA einen zusätzlichen Hebel in ihrer Verbotspolitik gegenüber den Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern.

Wenn man von den neuen Formen der Wirtschaftsbeziehungen spricht, dann würde ich hier zwei besonders hervorheben: Zum einen wäre dies die Entwicklung einer Kooperation. Ich denke, daß sich hier ein enorm weites Betätigungsfeld für beide Seiten eröffnet, denn in unserem Land sind viele Großbetriebe und Vereinigungen vorhanden, die über ein umfangreiches Forschungs- und Produktionspotential verfügen und reich an Erfahrungen sind. Zugleich haben wir auch eine gute Meinung über die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und sind

der Ansicht, daß es viele Berührungsmomente für die Entwicklung der Kooperation im gegenseitigen Interesse gibt. Unseren Ministerien und Betrieben sind entsprechende Anweisungen gegeben worden. Natürlich muß dieser Prozeß auf einer ausgeglichenen Grundlage vor sich gehen.

Die zweite Richtung wären gemeinsame Betriebe. Ich möchte gleich vorweg sagen, daß wir keine Absicht haben, die wichtigsten Prinzipien, auf denen unsere Wirtschaft aufgebaut ist, zu ändern. Wir sind zutiefst von ihren grundlegenden Vorzügen überzeugt. Diesbezüglich könnte man Dutzende von Beispielen anführen. Deshalb besteht die Frage lediglich darin, wie diese neue Art der Zusammenarbeit in die sozialistische Wirtschaft am wirksamsten einzufügen wäre. Mit anderen Worten: Wir sind dafür, uns nicht auf die Handelsbeziehungen zu beschränken, sondern zur Schaffung gemeinsamer Betriebe überzugehen. Natürlich sollte der sowjetische Anteil größer sein als der ausländische und mindestens 51 % betragen. Es ist klar, daß unsere westeuropäischen Partner in diesem Fall die Möglichkeit erhalten werden, den Gewinn auszuführen. Doch genauso offensichtlich ist, daß diese Betriebe nach sowjetischen Gesetzen leben müssen. Die Erzeugnisse, die in den gemeinsamen Betrieben hergestellt werden, können unter den daran beteiligten Partnern aufgeteilt werden. Sie können exportiert, sie können auch in Dritt-Länder exportiert werden. Ich habe hier einige Gedanken in allgemeiner Hinsicht geäußert. Die Details sollen ausführlicher ausgearbeitet werden. Wir sind der Ansicht, daß diese Richtung auch unserer Wirtschaft und den ausländischen Partnern Nutzen bringen und dem Ausbau der internationalen Zusammenarbeit einen Auftrieb verleihen wird. Wir glauben, daß es zweckmäßig wäre, mit kleineren Betrieben anzufangen. Den Informationen nach zu urteilen, die, sagen wir, aus der Bundesrepublik Deutschland eintreffen, sind viele Firmen an einer solchen Form der Zusammenarbeit interessiert. Sie wissen, daß unsere Volkswirtschaft einen sehr umfangreichen Markt darstellt und ein weites Feld für die gegenseitig vorteilhafte Tätigkeit bietet. Einen weiteren derartigen Markt kann man wohl kaum finden. Zu alledem sind wir nach Ansicht ausländischer Geschäftskreise ein recht zuverlässiger Partner. Das ist unsere Regel. Deshalb hebe ich ein weiteres Mal hervor, daß die neue Form der Zusammenarbeit eine aussichtsreiche Sache ist. Auch vom politischen Standpunkt aus gesehen ist das richtig. Die Wirtschaft übt einen großen Einfluß auf das politische Klima aus. Diejenigen, die miteinander Handel treiben, führen keine Kriege gegeneinander.

NG/FH: Erfolge bei der internationalen Zusammenarbeit hängen in vieler Hinsicht von den Beziehungen zwischen den Weltmächten, der UdSSR und den USA ab. Welche Chancen für ein neues Gipfeltreffen zwischen der UdSSR und den USA bestehen, und mit welchen politischen Ergebnissen könnte ein solches Treffen verbunden sein?

Nikolai Ryshkow: Wie Sie wissen, hat es vor dem Treffen in Genf zwischen dem Genossen M. S. Gorbatschow und Herrn

Reagan so gut wie keine Kontakte auf höchster Ebene seit nahezu sieben Jahren gegeben. In Genf wurden solche Kontakte wieder aufgenommen. Es ist nur natürlich, daß wir die Hoffnung hegten, daß die politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten sich nach diesem Treffen konstruktiver entwickeln und daß sich das auch auf das internationale Klima auswirken werde. Unser Land ist an seine Verpflichtung überaus ernsthaft herangegangen. Die KPdSU, die sowjetische Führung haben alle Aspekte ihrer außenpolitischen Tätigkeit sorgfältig analysiert. Im Ergebnis dessen hat Genosse Gorbatschow lediglich anderthalb Monate nach dem Treffen in Genf, also am 15. Januar dieses Jahres, eine Erklärung abgegeben, in der ein ganzer Katalog von Vorschlägen zur Abrüstung und zur Festigung der internationalen Sicherheit enthalten war. Weltweit gab es die Hoffnung, daß die USA nach den konstruktiven Vorschlägen der Sowjetunion Gegenvorschläge machen und bei der Lösung von besonders akuten Fragen der Gegenwart mitwirken würden. Doch dies ist nicht geschehen.

Auch später trat die politische Führung der Sowjetunion wiederholt mit umfassenden Friedensinitiativen hervor. Das heißt, sie unternahm alles, um die internationale Sicherheit, um die Abrüstung vorwärtszubringen. Aber unsere Verhandlungspartner haben keinen entgegenkommenden Schritt getan. Zugleich werfen sie ständig die Frage nach einem neuen Treffen des Genossen Gorbatschow mit Herrn Reagan auf. Im Prinzip setzen wir uns für ein solches Treffen ein, doch sind wir zutiefst davon überzeugt, daß es bestimmte praktische Resultate haben muß.

Spricht man vom heutigen Tag aus, so arbeiten unsere kompetenten Repräsentanten im Kontakt mit den Amerikanern. Wenn Fragen gefunden werden, zu denen positive Resultate erzielt werden können, so läßt sich die Frage nach einem neuen Treffen aufwerfen. Vorschläge für konstruktive Erörterungen haben wir mehr als genug gemacht. Nehmen Sie nur die Frage nach der Einstellung der Nukleartests. Sie wissen, daß wir am 6. August des vergangenen Jahres ein Moratorium eingeführt und es wiederholt verlängert haben. Nunmehr bis Ende dieses Jahres. Das ist ein überaus ernster Schritt unsererseits, der nicht von der Hand zu weisen ist. Wir können doch unmöglich einseitig abrüsten. Indessen haben die Amerikaner in dieser Zeit bereits 18 Explosionen durchgeführt. Auf unseren jüngsten Vorschlag haben sie fast unverzüglich negativ reagiert. Das zeugt nicht von seriösem Herangehen an eine der grundlegenden Aufgaben der internationalen Sicherheit. Übrigens ruft auch die Haltung der herrschenden Kreise der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage Verwunderung hervor.

NG/FH: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Gespräch.

Nikolai Ryshkow: Gern geschehen. Lassen Sie mich zum Abschluß unseres Gesprächs den Lesern Ihrer Zeitschrift meine besten Wünsche sagen und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß unser Gespräch einen weiteren Schritt zur besseren Verständigung zwischen den Völkern der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland bilden wird.

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

38

SEPTEMBER
1986

Gründungsjahr 1943

1 1

Luis Corvalan — 70 Jahre

1 8

UdSSR: Umstellung in
der Volkswirtschaft

2 8

Afghanistan.
Die ersten Helden der
Republik

3 0

Jugoslawien.
Programm der
ökonomischen Stabilisie-
rung

POST, ECHO(16),
DISKUSSION MIT DEM
LESER(32)



Das nukleare Zeitalter kann zum schnelllebigsten Jahrhundert der menschlichen Zivilisation werden. Die angehäuften Waffen sind zu viel für unseren Planeten...

Titelbild: I. SMIRNOW

"NEUE ZEIT" 38.86

DAS HAUPTZIEL

Die Japaner setzen ihre Unterschrift unter den Aufruf von Hiroshima und Nagasaki, der die Beseitigung der Nuklearwaffen verlangt. Über die Antikriegsaktivitäten der japanischen Kommunisten berichtet Mitsuhiro KANEKO, Vorsitzender des Sekretariats des ZK der KP Japans. Zum Zusammenwirken der KPdSU und der KPJ im Kampf gegen die Nuklearkriegsgefahr äußert sich Wadim SAGLADIN, Mitglied des ZK der KPdSU, Erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU.

S. 22



SCHÜSSE BEI SANTIAGO

Vor dem 13. Jahrestag des Militärputsches in Chile wurde

ein Attentat auf Pinochet verübt. Die Verantwortung übernahm die Gruppe "4. September", die der Patriotischen Front "Manuel Rodriguez" angehört.

S. 13

VERTRAUEN UND AUFRICHTIGKEIT

Die Rolle der kleinen Länder bei der Lösung globaler Fragen und die Aussichten für die sowjetisch-finnische Zusammenarbeit — das ist das Thema eines Interviews, das der Außenminister Finnlands, Paavo VÄYRYNEN, exklusiv für die "NZ" gab.

S. 12

IN WESTBERLIN

Lange Jahre gehörte Westberlin zu den explosivsten Spannungsherden. Zweimal erreichten die Spannungen den kritischen Punkt. Über die jetzige Lage in der Stadt lesen Sie auf

S. 25

CHINA UND ABRÜSTUNG

Wie ist die Haltung Chinas zum wichtigsten Problem der Gegenwart?

S. 21

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
[Verantw. Sekretär], A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTSCHIK [Stellv. Chefredakteur],
A. PUMPIANSKI [Stellv. Chefredakteur], V. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

Europa und das sowjetische Moratorium

Die ersten Septembertage haben gezeigt, welch starke Resonanz der Beschluß der UdSSR in aller Welt gefunden hat, das einseitige Moratorium auf Kerntests bis zum 1. Januar 1987 zu verlängern. Noch unlängst äußerten ja gewisse westliche Medien schadenfroh, Moskaus Rechnung auf ein günstiges Reagieren, beispielsweise Westeuropas, sei nicht aufgegangen. (Sie hätten nicht feixen, sondern diesen Schritt propagieren sollen, damit die anderen Nuklearmächte, vor allem natürlich die USA, dem Beispiel der UdSSR folgen.)

Versuchen wir, daraus, wie in Europa auf den sowjetischen Beschluß reagiert worden ist, eine Art Bilanz zu ziehen. Warum gerade in Europa? Vor allem darum, weil hier die militärische Konfrontation besonders intensiv ist und weil sich Europa schon lange in ein riesiges Atomwaffendepot verwandelt hat. Hier sind in Nevada getestete Erstschlagwaffen der USA stationiert. Die neuen Mittelstreckenraketen garantieren den Bewohnern der Alten Welt aber keineswegs mehr Sicherheit. Umgekehrt, an Europa wäre es, besonderes Interesse daran zu zeigen, daß die Menschen vor den Kernwaffen gesichert werden. Das eben bezweckt unser Moratorium. Der gesunde Menschenverstand sagt einem doch, daß es im Interesse aller Europäer läge, wenn man aus dem einseitigen ein bi- und später multilaterales Moratorium machen würde. Kurz, wenn es bisweilen so hingestellt wird, als wären das Moratorium und die Einstellung der Nukleartests Sache der UdSSR und der USA allein und ginge die Europäer nur indirekt etwas an, so ist das ganz und gar nicht überzeugend.

Die Partner der UdSSR im Rahmen des Warschauer Vertrags wissen sehr wohl, woran ihre Länder als europäische Staaten interessiert sind und was im Interesse der ganzen Welt liegt. Sie unterstützen den sowjetischen Beschluß ganz energisch. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß der Verzicht der UdSSR auf Nukleartests direkt mit der Gewährleistung ihrer Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit verbunden ist. Aus den Erklärungen der Spitzenpolitiker der sozialistischen Bruderländer und den Äußerungen ihrer Öffentlichkeit klingt

eindeutig heraus, daß sie sich der gemeinsamen Verantwortung für das Geschick der Welt bewußt sind.

Und im Westen? Dort haben viele große Blätter ziemlich ausführliche und oft mehr oder minder zustimmende Kommentare veröffentlicht. Der Pariser "Monde" konstatiert beispielsweise, daß die UdSSR "nicht beabsichtigt, die

"Für die politischen Führer und die Massenmedien des Westens wird es immer schwieriger, die Tatsache des einseitigen anderthalbjährigen Moratoriums zu verschweigen. Und die amerikanischen Argumente zugunsten der Kernwaffenversuche haben eindeutig an Glanz eingebüßt und ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit verloren."

Aus den Antworten Michail Gorbatschows auf Fragen des Chefredakteurs der Zeitung "Rude Pravo"

Hoffnung auf eine neue Zeit der Entspannung zu erschüttern, so schwierig der Dialog mit Reagan auch ist."

Es wird aber auch ziemlich viel Gegenteiliges laut. So schreibt die "Frankfurter Allgemeine" in lehrhaftem Ton: "An derartigen sowjetischen Versuchen sollte eigentlich kein westlicher Politiker etwas zu 'begrüßen' finden." Offenbar mißfällt den Herausgebern die Aktion der UdSSR, die nicht allein in einer breiten Öffentlichkeit Zustimmung gefunden hat, sondern auch auf die Notwendigkeit von Sondermaßnahmen zur Einstellung des nuklearen Wettrüstens hinweist. In diesem Sinne handelt es sich (um mit der "Frankfurter Allgemeinen" zu sprechen) tatsächlich um einen Ablenkungsversuch, d. h. um ein Fortlenken von den Kriegsvorbereitungen.

Viele namhafte Politiker des Westens sind dem Rat der Zeitung und derer, die

wie sie denken, nicht gefolgt. Den sowjetischen Beschluß haben die Spitzenpolitiker neutraler Länder wie Finnland und Schweden sowie eine Reihe von NATO-Staaten, nämlich Spanien, Belgien und Griechenland, anerkennend bewertet. Der Verteidigungsminister der Niederlande hat diesen Schritt ebenfalls begrüßt. Bundesaußenminister Genscher seinerseits meint, daß die Aktion zu einer Einigung auf ein restloses Verbot der Kernwaffentests beiträgt. Volker Rühle, Vizevorsitzender der CDU-Fraktion im Bonner Bundestag, hat an den Westen appelliert, die sowjetische Initiative konstruktiv zu beantworten. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat im Namen der Delegierten des jüngsten SPD-Parteitags die Erklärung Michail Gorbatschows begrüßt und die ablehnende Haltung Washingtons und einiger seiner Bündnispartner kritisiert. Dem sowjetischen Beschluß ist auch von britischen Labourpolitikern beige-pflichtet worden.

Man hört aber auch anderes. Das britische Foreign Office fand nichts Besseres zu tun, als Bedauern über den Beschluß der UdSSR zu äußern. Das könnte man für eine Ausgeburt britischen Humors halten, wäre die Sache nicht so bitter ernst und die Weltlage nicht so dramatisch.

Dabei ist die Einstellung Großbritanniens wie auch Frankreichs, der beiden Nuklearmächte Westeuropas, besonders wichtig. Moskau fordert in Anbetracht des jetzigen Verhältnisses zwischen den Kernwaffenarsenalen der UdSSR und der USA einerseits und der übrigen Nuklearmächte andererseits, keineswegs ein sofortiges allgemeines Moratorium, sondern appelliert in erster Linie an Washington, ihrem Beispiel zu folgen. Indessen sollte der sowjetische Beschluß doch wohl als Anreiz zur Zurückhaltung auch für andere Nuklearmächte dienen.

Niemand verlangt, daß diese Länder als erste mit der nuklearen Abrüstung beginnen sollen. Doch sind die Völker Europas berechtigt zu erwarten, daß sie die Lage zumindest nicht erschweren. Noch besser wäre es, wenn die NATO-Partner der USA im Sinne der vielgepriesenen Gleichberechtigung der NATO-Mitglieder Einfluß auf den Partner in Übersee nähmen. Dann wäre er vielleicht eher bereit, das nukleare Wettrüsten abzubremsen, statt es aufzuheizen.

Wie argumentiert man in gewissen Kreisen Westeuropas, um das sowjetische Moratorium entweder zu bagatellisieren oder sogar zu mißdeuten? Von mancher Seite will man nachweisen, daß

das einseitige Moratorium das Zustandekommen realer Abkommen über die Abrüstung, insbesondere über die Einstellung aller Nuklearexplosionen, beinahe behindere.

Ein absurdes, lästerliches, vernunftwidriges Argument? Gewiß. Unvorstellbar, wie die Unterlassung der Nukleartests durch die UdSSR der Sicherheit der Staaten Westeuropas schaden könnte. Wie sie wohl reagieren würden, wenn Moskau die Tests wiederaufnahme? Und doch hat Bundesverteidigungsminister Wörner, ohne mit der Wimper zu zucken, erklärt, das sowjetische Moratorium trage nicht zur Reduzierung der Kernwaffen bei.

In den westlichen Hauptstädten heißt es, es lenke von der Lösung der die Europäer wirklich beunruhigenden Probleme ab: von der Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen, von der Reduzierung der konventionellen Waffen und Streitkräfte und von der Festsetzung wirksamer vertrauensbildender Maßnahmen. So etwas kann man nur Leichtgläubigen gegenüber behaupten. In der Erklärung Michail Gorbatschows vom 18. August sind das Moratorium und die allgemeine Einstellung der Nukleartests sowohl auf die regionale als auch auf die allgemeine Sicherheit abgestellt. War es denn nicht die UdSSR, die vorschlug, die in Europa stationierten sowjetischen und amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen restlos zu vernichten? Hat nicht sie den von den Warschauer Vertragsstaaten vorgeschlagenen Komplex von Maßnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa, vom Atlantik bis zum Ural, in Erinnerung gebracht? Hat die Erklärung etwa nicht eine für das Vorwärtkommen auf der Stockholmer Konferenz günstige Atmosphäre geschaffen? Dank der konstruktiven Haltung der sozialistischen Länder konnte die Konferenz der Einigung auf wesentliche vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich nähertreten.

Nehmen wir noch ein Argument mancher Persönlichkeiten Westeuropas: Das sowjetische Moratorium bringe die völlige und allgemeine Einstellung der Nukleartests nicht näher, da es keine Kontrollmaßnahmen vorsehe.

Das zu behaupten, ist unfair! Ganz unlängst haben US-Wissenschaftler in der UdSSR eine Kontrollvorrichtung aufgestellt. Übrigens haben sie mit deren Hilfe eine Kernexplosion wahrgenommen, aber nicht in der UdSSR, sondern in Nevada. Experten der USA und Westeuropas erklären, daß die jetzige Technik selbst die schwächsten Explosionen (bis zu 0,1 kt) zu registrieren vermag.

Es ist ja gerade ein Vorzug der sowjetischen Initiative, daß dies — falls sich die USA dem Moratorium anschließen — die einfachste Methode wäre, der Perfektionierung der Kernwaffen Einhalt zu gebieten, um das Zustandekommen eines Abkommens über ein restloses Verbot der Kernwaffentests zu beschleunigen. Dieses wiederum würde den Weg zu der von Moskau vorgeschlagenen restlosen Vernichtung der verheerenden Waffen ebnen.

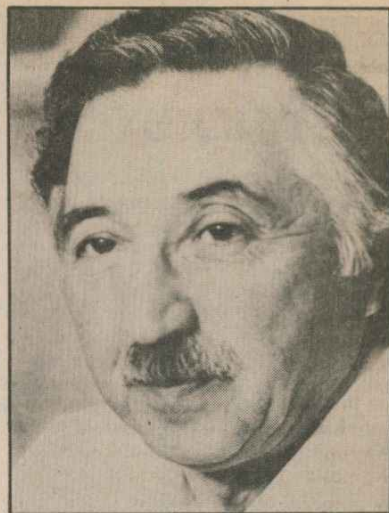
In Westeuropa wird der sowjetische Vorschlag von vielen so und nicht anders aufgefaßt. Die amerikanische "International Herald Tribune" klagt, daß sich die europäischen Bündnispartner der USA deren Stellungnahme zum Moratorium nicht anschließen (übrigens ohne alle Versuche Moskaus, die bewußten Keile einzutreiben oder transatlantische "Brücken" zu sprengen). Das Blatt klagt, Norwegen, Griechenland und Dänemark seien z. B. mit den Behauptungen Washingtons nicht einverstanden, daß die Kontrollschwierigkeiten einem Abkommen über ein Kerntestverbot hinderlich seien. Die Europäer seien der Ansicht, daß die US-Regierung Verhandlungen mit der UdSSR sowohl über SDI als auch über andere Aspekte des Wetrüstens anstreben müsse.

Beurteilt man die Gesamteinstellung der Öffentlichkeit Westeuropas nach den zahlreichen Äußerungen, Massenaktionen, Resolutionen verschiedener Körperschaften sowie nach der Stellungnahme vieler Regierungen, so kann man sagen, daß Westeuropa keine Kerntests braucht. Es will ein Abkommen über ihr Verbot und sieht im sowjetischen Moratorium einen beachtlichen Schritt dazu und nicht einen Propagandatrick.

Zweifellos haben die Europäer ein Recht zu fordern, daß die USA die ihnen von Moskau gebotene epochale Chance ergreifen. Dazu braucht das Weiße Haus nur die Ansicht zahlreicher US-Bürger und den Wunsch seiner Bündnispartner in Westeuropa zu respektieren. Die Willkür und Selbstsicherheit muß ihre Grenzen haben!

Die Völker der Alten Welt kostet es viel Mühe, dem bösen Willen in den Arm zu fallen. Selbstverständlich geht es nicht um die Kontrolle über die Einstellung der Kernexplosionen — sie ist nicht weiter schwierig. Schwierig, aber dringend notwendig ist etwas anderes: wie man möglichst bald diejenigen unter Kontrolle oder Kuratel stellen könnte, die mit ihrem Vorgehen Europa, ja die ganze Welt in Gefahr bringen.

A. LEBEDEV



LUIS CORVALÁN— 70 JAHRE

Der Führer der chilenischen Kommunisten, Luis Corvalán, wurde am 14. September 70 Jahre.

Der ganze Lebensweg von Genossen Luchó, wie ihn seine Mitstreiter freundschaftlich nennen, ist ein würdiges Beispiel für das Leben eines Revolutionärs, der sich dem Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten chilenischen Volkes gewidmet hat.

Mit 16 Jahren (1932) trat er der KP Chiles bei, seit 1958 ist er ihr Generalsekretär.

Luis Corvalán leistete einen großen Beitrag zur Ausarbeitung und Verwirklichung des Kurses der KP auf die Vereinigung aller Fortschrittskräfte Chiles. Die Koalition der Linksparteien, die Unidad Popular, deren Sieg bei den Präsidentschaftswahlen und die Bildung der Volksregierung unter Salvador Allende 1970 wurden Realität.

Nach dem faschistischen Militärputsch am 11. September 1973 wurde Luis Corvalán über drei Jahre in Pinochets Gefängnissen und Konzentrationslagern gequält, aus denen er dank der mächtigen internationalen Solidaritätsbewegung befreit wurde. Unter seiner Führung formulierte und verwirklichte die KP erfolgreich den Kurs auf die Organisation des Volkswiderstandes gegen die Diktatur, auf die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung im Lande.

Das ZK der KPdSU gratulierte Luis Corvalán zum 70. Geburtstag, wünschte ihm Gesundheit und Erfolge in seinem Kampf für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Chile. Für seine Verdienste im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt und seinen Beitrag zur Festigung der Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem chilenischen Volk verlieh das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR dem Jubilar den Orden der Oktoberrevolution.

Vertrauen und Aufrichtigkeit



Anfang September weilte eine Gruppe sowjetischer Journalisten auf Einladung des finnischen Außenministeriums in Helsinki. Sie wurde von Außenminister Paavo VÄÄRYNEN empfangen. Auf unsere Bitte beantwortete er dem politischen TASS-Kommentator J. Kornilow und unserem Sonderkorrespondenten Dmitri Pogorshelski einige Fragen.

Jetzt wird in der ganzen Welt lebhaft über die Bedeutung des sowjetischen Moratoriums über Kernexplosionen diskutiert. Präsident Mauno Koivisto hat die Einstellung der Nukleartests vor der 40. UNO-Vollversammlung als ausnehmend wichtig bezeichnet. Würden Sie sich bitte dazu äußern.

Finnland hat sich schon immer energisch für einen Vertrag über ein vollständiges Verbot der Nukleartests eingesetzt. Wir halten beliebige Aktionen für nützlich, die dazu beitragen können. Der allgemeine Verzicht auf Nukleartests wäre ein wichtiger Schritt zu einem Vertrag über ein allumfassendes Verbot der Nukleartests. Wir haben die Erklärung Generalsekretär Michail Gorbatschows, daß die UdSSR ihr einseitiges Moratorium bis zum Jahresende verlängert, sehr begrüßt und hoffen, daß das zur völligen Einstellung der Nukleartests beitragen wird.

In Europa hat der Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags, die konventionellen Waffen vom Atlantik bis zum Ural zu reduzieren, Beachtung gefunden. Wie beurteilen Sie diesen neuen Schritt des Ostens?

Hier in Finnland ist die Budapest Erklärung der Warschauer Vertragsstaaten sorgfältig erwogen worden. Der Gedanke, die konventionellen Waffen in Europa vom Atlantik bis zum Ural — d. h. auf dem Territorium der europäischen KSZE-Staaten — zu reduzieren, verleiht dem Problem der Rüstungen auf unserem Kontinent einen neuen, konkreteren Sinn. Wenn wir in Finnland erklären, daß man in Europa Sicherheit auf möglichst tiefem Rüstungsstand anstreben muß, dann haben wir sowohl die Kernwaffen als auch die konventionellen Waffen im Auge. Wir hoffen, daß die Aufforderung der Warschauer Vertragsstaaten das Zustandekommen von Vereinbarungen über eine Reduzierung der Rüstungen in Europa beschleunigen wird.

Bald beginnt die nächste UNO-Vollversammlung, die wichtige Fragen zu erörtern hat. Was bringt Finnland zur Vollversammlung mit? Und im Zu-

sammenhang hiermit noch eine Frage: Wie beurteilen Sie die Rolle der kleinen Länder in der heutigen komplizierten Weltlage?

Als Realisten, die wir ja sind, wissen wir natürlich, daß die Großmächte die Hauptverantwortung für Frieden und Sicherheit auf der Erde tragen. Davon war auch beim vorjährigen sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Genf die Rede.

Eine wichtige Rolle spielen aber auch die kleinen Länder. Man darf nicht vergessen, daß sie in der UNO in der Mehrheit sind und in den Vollversammlungen ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Finnland bemüht sich in der UNO zielbewußt um Frieden, Entspannung und internationale Zusammenarbeit und wird es auch weiter tun.

Ganz besondere Möglichkeiten bietet den kleinen Ländern der gesamteuropäische Prozeß, in dem alle Länder gleichgestellt sind und Entscheidungen einhellig getroffen werden. Gerade in diesem Prozeß kann jedes Land, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zum einen oder anderen Block, viel zu ansehnlichen Resultaten beitragen.

Wir sind uns unserer Verantwortung und unserer Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Weltpolitik sehr wohl bewußt. Letztlich spielen die kleinen Länder, besonders die neutralen und nichtpaktgebundenen, im gesamteuropäischen Prozeß eine größere Rolle. Das zeigte die Stockholmer Konferenz, auf der sie bei den anderen Staaten, namentlich bei der UdSSR, für den Beitrag, den sie zur Konferenz geleistet haben, gebührende Anerkennung fanden.

Finnland hat ja an der Wiege der gesamteuropäischen Konferenz gestanden, von der der Prozeß von Helsinki eingeleitet wurde. Wie meinen Sie, was für Schritte wären zu unternehmen, um diesen Prozeß mit Rücksicht auf die Tatsache zu verstärken, daß die Stockholmer Konferenz zu Ende geht und ein Treffen in Wien bevorsteht?

Finnlands Interesse am KSZE-Prozeß hat nicht nachgelassen. Auf der Stockholmer Konferenz betätigten wir uns in einer Arbeitsgruppe als einer der neutralen

Koordinatoren und bemühen uns um ein positives Resultat. Wir hoffen, daß uns die Ergebnisse von Stockholm das Recht geben werden, im Einklang mit unserem Mandat direkt auf der Konferenz eine Abrüstungsdebatte einzuleiten. Finnland bereitet sich auf die nächste KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien auf Landesebene und bei seinen ausgedehnten Verbindungen mit anderen Konferenzteilnehmern sorgfältig vor. Wir wollen erreichen, daß in Wien eine offene, von jeder Konfrontation freie Diskussion über alle Aspekte des gesamteuropäischen Prozesses zustande kommt, und hoffen, daß das Wiener Treffen seine ausgewogene Fortsetzung beschließen wird.

Wir wissen, daß Finnland großes Interesse an der Erklärung Nordeuropas zur kernwaffenfreien Zone hat. Das ist aus einem Bericht Ihres Außenministeriums ersichtlich, über den die Außenminister der nordischen Länder unlängst bei ihrem Treffen debattiert haben. Was für Möglichkeiten bestehen, diesem Ziel näherzukommen?

Der Gedanke an eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa wurde erstmalig 1963 von Präsident Kekkonen vorgebracht. Seitdem findet er in den Ländern Nordeuropas immer mehr Beachtung und Verständnis. Das geht aus dem soeben von unserem Ministerium abgefaßten detaillierten Bericht darüber hervor. Finnland wird seine herkömmlichen Aktivitäten in diesem Bereich fortsetzen. Wir haben mit den Regierungen der anderen Länder unserer Region deswegen engere Fühlung genommen. Jetzt kommt es in erster Linie darauf an, sich auf die Bildung einer Arbeitsgruppe aus einschlägigen Experten der nordischen Länder zu einigen.

Wie sind die jetzigen Beziehungen zwischen Finnland und der UdSSR und welche Entwicklungsaussichten haben sie?

Dieser Tage fassen wir das Leben und die Tätigkeit Präsident Kekkonens immer von neuem ins Auge. Das von ihm gemeinsam mit Präsident Paasikivi gelegte Fundament für die Außenpolitik Finnlands ist so stabil wie nur je, wir stützen uns in unserer Tätigkeit ständig darauf.

Ein wesentliches Element der finnisch-sowjetischen Beziehungen ist das gegenseitige Vertrauen, die Gewißheit über die Absichten des anderen, die Aufrichtigkeit des Bestrebens, unsere Beziehungen auf Freundschaft und gute Nachbarschaft zu basieren. Auf dieser Vertrauensgrundlage haben wir gemeinsam ein System umfangreicher, für beide Seiten vorteilhafter Zusammenarbeit aufgebaut, obwohl unsere Staaten doch verschiedene Gesellschaftsformationen repräsentieren. Dieses System war für die Wirtschaft und das kulturelle Leben beider Länder von Vorteil, es hat sich zum wichtigen Bestandteil des europäischen Systems für Sicherheit und Zusammenarbeit entwickelt.

Die Schlüsselrolle in unseren Beziehungen spielt der Vertrag von 1984 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Seine dritte unveränderte Verlängerung von 1983 bis zur kommenden Jahrhundertwende ist der stichhaltige Beweis für die langfristige und unvergängliche Bedeutung dieses Dokuments. Damit haben die Vertragspartner ihren Willen bekräftigt, in ihren Beziehungen zueinander den gleichbleibenden, bewährten und konsequenten Kurs weiter zu steuern. Dank dem Vertrag ist die Grenze zwischen Finnland und der UdSSR eine Friedensgrenze, und unsere Beziehungen sind dem Bereich internationaler Spekulationen entrückt. Dank der durch den Vertrag herbeigeführten Sicherheitsgewißheit konnten wir uns auf den Ausbau der praktischen Zusammenarbeit konzentrieren, wobei wir, wie ich schon sagte, viel erreicht haben. Der Vertrag ist auch jetzt vollinhaltlich aktuell und garantiert die Fortentwicklung der finnisch-sowjetischen Verbindungen.

Ein besonders wichtiges Element unserer bilateralen Beziehungen sind die Kontakte zwischen den Spitzenpolitikern. Beim Treffen Präsident Mauno Koivisto mit Generalsekretär Michail Gorbatschow vom September 1985 betonten beide, wie wichtig es ist, die stabilen bilateralen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Ich schätze die Möglichkeit zum offenen, vertrauensvollen Meinungsaustausch mit Staatsmännern und anderen Repräsentanten der UdSSR sehr.

Alles in allem entwickelt sich die breit gefächerte Zusammenarbeit unserer Länder rapide. Nach dem Abschluß des finnisch-sowjetischen Vertrags über

Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe sind noch etwa 150 Verträge und Abkommen geschlossen worden, was von der Spannweite und Vielseitigkeit unserer Beziehungen zeugt. Es ist bemerkenswert, daß an der praktischen Entwicklung dieser Beziehungen immer weitere Kreise beider Länder beteiligt sind und daß die Zusammenarbeit heute eine Sache beider Völker ist. Das ist die beste Form von Kontakten zwischen Nachbarn, die einander vertrauen.

Natürlich kommen im Laufe der Zeit auch neue Fragen auf. Jetzt sind wirtschaftliche Probleme an die erste Stelle gerückt. Wir haben viel Erfahrung darin, schwierige Probleme unserer Zusammenarbeit zu lösen, und den festen Willen zur stetigen Festigung und Vertiefung unserer Beziehungen. Das ist mit ein Grund für den Optimismus, mit dem ich die künftigen sowjetisch-finnischen Beziehungen sehe.

Welche Probleme müssen im Handel und bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in erster Linie bereinigt werden, um diese fortzuentwickeln?

In diesem Bereich ist eine breite Basis geschaffen und viel erreicht worden. Der Warenverkehr hat, besonders an Finnlands wirtschaftlichen Maßstäben gemessen, einen recht hohen Stand erreicht. Diesen Rahmen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit müssen wir im Auge behalten, wenn wir uns mit unseren jetzigen Problemen befassen.

Zur Zeit sind unlegbar ziemlich schwierige Probleme entstanden. Durch das Sinken der Erdölpreise wird das Gleichgewicht im bilateralen Handel gestört. Eine natürliche Methode, das

Gleichgewicht zu halten, wäre die Vergrößerung der sowjetischen Lieferungen nach Finnland, es sieht aber danach aus, daß es trotz aller Bemühungen kaum möglich sein wird, die zum Ausbalancieren notwendige zusätzliche Ölmenge zu bekommen. Deshalb wird man im Handel zu zeitweiligen Maßnahmen greifen müssen, um seinen Stand so hoch wie nur möglich zu halten.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll man natürlich sowohl mit den herkömmlichen Mitteln als auch mit der Anwendung neuer Ideen ausbauen. Ich kann nicht verschweigen, daß es jetzt am wichtigsten ist, den Handel ins Gleichgewicht zu bringen, damit seine mit vereinten Kräften im Laufe vieler Jahre geschaffene Basis nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

Am Jahresende gedenken Sie, auf Einladung des ZK der KPdSU als Führer der Zentrumsparität Moskau zu besuchen. Wie beurteilen Sie die Kontakte und die Zusammenarbeit der beiden Parteien?

Wir haben gleich nach dem Krieg das Fundament für diese Kontakte gelegt, sie kamen aber erst zu Anfang der 70er Jahre in Gang. Die Zentrumsparität hält sie für sehr wichtig, weil wir dadurch das unsere zur Festigung und Ausdehnung der Beziehungen zwischen unseren Ländern beitragen können. Außerdem haben wir Gelegenheit, mit Vertretern der KPdSU einen Meinungsaustausch über weltpolitische Fragen zu pflegen. Wir sehen die Kontakte mit der KPdSU sowohl für unsere Partei als auch, wenn ich sagen darf, für ganz Finnland als wichtig an.

CHILE

Pinochet auf dem Vulkan

Gaston VARGAS, chilenischer Journalist

Pinochet feierte diesmal den 11. September nicht. Auf den 13. Jahrestag des blutigen Militärputsches, der ihn 1973 an die Macht geführt hatte, fiel ein Schaffen. Niemand ließ sich durch die von den Behörden inszenierte theatralische Manifestation in Santiago täuschen. Unter den Teilnehmern dominierten Regierungsbeamte und Angehörige von Militärs, auf die sich der Diktator stützt. Riesige Pinochet-Porträts, Parolen gegen die linke Opposition, die Christdemokraten und die katholische Kirche sowie die Proklamierung des Diktators zum "Präsidenten auf Lebenszeit" — all das ver-

mochte die Nervosität seiner Umgebung nicht zu verbergen.

War ja nur vier Tage zuvor ein Anschlag auf Pinochet verübt worden. Die Autokolonne des Diktators, die aus dem Landsitz El Melocoton in die Hauptstadt rollte, wurde von einer bewaffneten Gruppe angegriffen. Fünf Leibwächter wurden getötet, 20 verletzt. Pinochet selbst blieb am Leben. Erst sechs Stunden später, nachdem er sich von dem Schrecken erholt hatte, tauchte er mit verbundener Hand im TV auf.

Den Anschlag verübte die Gruppe "4. September", die der Patriotischen

Front "Manuel Rodriguez" angehört — benannt nach dem legendären Partisanen des Befreiungskrieges von 1810 gegen den spanischen Kolonialismus. Die Geheimpolizei hatte es nicht vermocht, die persönliche Sicherheit des Diktators zu gewährleisten. Unter Einsatz ihres Lebens wollten die Teilnehmer des Attentats denjenigen beseitigen, den sie als "Haupthindernis auf dem Weg zur Wiederherstellung der Demokratie" ansehen.

Im ersten Augenblick nach dem Anschlag war nicht klar, wer ihn verübt hatte. So war nicht ausgeschlossen, daß er vom Regime selbst inszeniert wurde, um die brutalen Repressalien gegen Oppositionelle zu rechtfertigen.

Pläne der Diktatur, den Belagerungszustand zu verhängen, ja selbst einen Umsturzversuch zu inszenieren, hatte die Linkskoalition — die Volksdemokratische Bewegung — bereits am 25. August gemeldet. Doch auch andere Auffassungen wurden geäußert, insbesondere daß die CIA und gewisse Armeebereiche den Diktator loswerden wollten, um ihn durch eine andere, der

US-Administration genehmere Figur zu ersetzen.

Die Erklärung der bis dahin unbekannten Gruppe "4. September" wurde am 10. September illegal in Santiago verbreitet und dann in Mexiko-Stadt und in Buenos Aires veröffentlicht. In der Erklärung heißt es: "Chile und die Welt wissen, daß Pinochet nach dem Beschluß des Präsidentenpalastes La Moneda und der Ermordung des verfassungsmäßigen Präsidenten Salvador Allende und seiner Mitarbeiter an die Macht kam. In den 13 Jahren der Diktatur wurden Tausende von Chilenen ermordet — sie wurden enthauptet oder bei lebendigem Leibe verbrannt. Der Pinochet-Terror griff auch nach anderen Ländern, um mit Gegnern des Diktators abzurechnen, wie das mit General Prats und Orlando Letelier geschah." [General Prats, ehemaliger Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, wurde am 30. September 1974 in Buenos Aires ermordet; Orlando Letelier, ehemaliger Außen- und Verteidigungsminister und Ex-Botschafter in den USA, wurde am 21. September 1976 in Washington ermordet.]

Pinochet, der sich das mißglückte Attentat zunutze zu machen suchte, begann mit der Verwirklichung seines Plans zur Unterdrückung der demokratischen Opposition. Durch die Verhängung des Belagerungszustandes zusätzlich zu dem bereits gleich nach Pinochets Machtergreifung verkündeten Ausnahmezustand will das Regime die

Blitzbesuche von Vertretern der US-Administration und des Pentagon in Santiago zeugen.

Nach dem Anschlag befahl Pinochet seinen Schlägern vom Nationalen Informationszentrum (Geheimpolizei), gnadenlos gegen die politischen Gegner des Regimes vorzugehen. Ihre entstellten Leichen werden immer wieder auf Straßen Santiagos gefunden. Unter den jüngsten Opfern Pinochets sind der Journalist Jose Carrasco Tapia, Prof. Fernando Vidarrazaga Martinez, der Elektriker Felipe Rivera Fajardo, der Buchhalter Abraham Muskablit Edelstein, das in der Ortschaft La Victoria ermordete Mädchen Cecilia Pina und Miguel Leal, ein junger Mann, Sohn eines politischen Häftlings.

Die einflußreichste rechtszentristische Oppositionspartei, die Christlich-Demokratische Partei (DC), wird verfolgt. Als Antwort auf die Aufrufe ihrer Führer nach "friedlichen Aktionen" überfiel die Polizei die Häuser des Parteivorsitzenden Gabriel Valdes und des ehemaligen Vorsitzenden der Christdemokratischen Internationale, Andres Zaldivar.

Der Terror wendet sich sogar gegen die katholische Kirche. Drei französische Priester wurden wegen "Wühlfätigkeit" verhaftet, verprügelt und des Landes verwiesen, ausgewiesen wurden auch zwei Priester aus den USA.

Pinochet will offenbar, möglichst we-

einer Massendemonstration gegen Pinochet wurde am 10. September die Beerdigung des Journalisten J. Carrasco. Am nächsten Tag versammelten sich auf dem Friedhof Santa Ines in Vina del Mar, wo Präsident Salvador Allende beigesetzt ist, Hunderte von Chilenen, um dessen Andenken zu ehren.

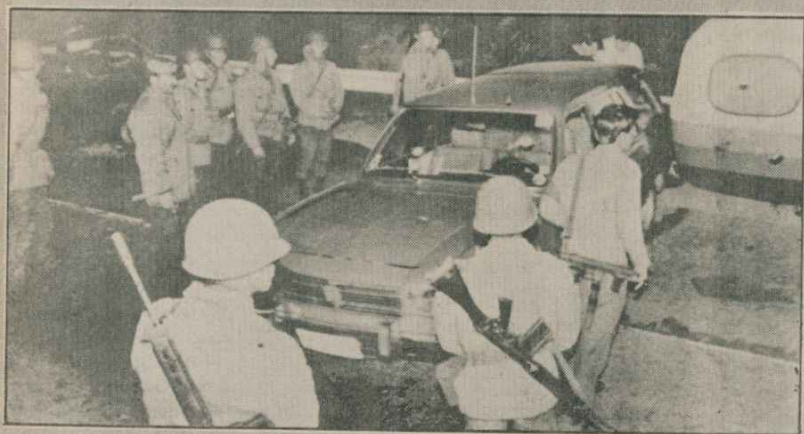
Nachbarn und Passanten vereitelten den Versuch der von den Behörden angeheuertten Banditen, den Rechtsanwalt Luis Toro, der im Solidaritätsvikariat der katholischen Kirche Chiles tätig ist, zu entführen. Die Einwohner vieler Stadtteile und Ortschaften errichteten Barrikaden und bildeten Gruppen der Selbstverteidigung gegen die Überfälle der Henkersknechte.

Aufmerksamkeit journalistischer und diplomatischer Kreise fand die Reaktion des Oberkommandos der 5. Armeedivision in Punta Arenas auf die Ermordung Carrascos. Von einem "nicht zu rechtfertigenden Mord" sprach Generalmajor Luis Danus, Militärbefehlshaber der Provinz. Und Divisionskommandeur Brigadegeneral Jaime Gonzalez Vergara bekundete seine "Abscheu über die Ermordung des Journalisten in der Hauptstadt" und verurteilte sie öffentlich.

Die brutalen Repressalien des verbrecherischen Pinochet-Regimes gegen die Opposition wurden von der Chilenischen KP verurteilt. In einer von ihr verbreiteten Erklärung rief sie zum Zusammenschluß aller antidiktatorischen Kräfte auf der Grundlage der zwischen den Oppositionsgruppen erzielten Abkommen auf.

Zusammen mit den ersten Informationen über den in Santiago entfesselten Terror wurden aus vielen Ländern Proteste gegen die Verbrechen des Pinochet-Regimes gemeldet. Romulo Leon, Abgeordneter des peruanischen Parlaments von der Regierungspartei PAP, erklärte: "Wenn Freiheiten und Menschenrechte von der Diktatur grob verletzt werden, hat das Volk ein Recht auf Widerstand." Pinochets Verbrechen werden überall in der Welt verurteilt. In der UdSSR fand eine Woche der Solidarität mit dem chilenischen Volk statt. Das Sowjetische Solidaritätskomitee für die Völker Lateinamerikas bekundete seine Unterstützung für die chilenischen Demokraten und die Zuversicht, daß sie siegen werden.

Chile ist zu einem Vulkan geworden. Pinochet setzt alles ein, um sich an der Macht zu halten. Doch das Volk führt trotz härtester Repressalien seinen mutigen Kampf gegen den Diktator fort. Die Teilnehmer der Volksmanifestationen, die am 4. und 5. September das ganze Land erfaßten, traten unter der Losung an: "Alle gemeinsam, mit voller Kraft, zum Kampf gegen die Diktatur bis zu deren Sturz!". Dieser Aufruf findet immer mehr Anhänger in Chile.



Armee patrulle in den Straßen Santiagos

Foto: AFP-TASS

Proteste des Volkes beenden. Diese Proteste wurden besonders scharf bei Aktionen wie dem Generalstreik am 2./3. Juli d. J. und bei der nationalen Protestkampagne am 4./5. September. Die Volksbewegung im Juli erschreckte nicht nur Pinochet, sondern beunruhigte auch Washington, wovon diverse

nig Zeugen für seine Verbrechen haben. Er terrorisiert die Presse des Landes, die Korrespondenten ausländischer Nachrichtenagenturen. Auf seinen Befehl hin wurden viele unabhängige Zeitungen und Zeitschriften verboten.

Doch trotz des Terrors lassen sich die meisten Chilenen nicht einschüchtern. Zu

Das Recht auf Leben behaupten

Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik wurde dieser Tage zur Hauptstadt aller arbeitenden Menschen des Planeten. Am 16. September wurde im festlichen Palast der Republik im Zentrum Berlins der 11. Weltgewerkschaftskongreß eröffnet. Ein derart repräsentatives Forum trat erstmalig in der Geschichte der Arbeiterbewegung zusammen. Im Sitzungssaal befanden sich 433 Gewerkschaftsdelegationen aus 154 Ländern aller 5 Kontinente.

Der jetzige Kongreß zeichnet sich zweifellos dadurch aus, daß hier Gewerkschaftsorganisationen unterschiedlichster politischer Richtungen auftreten. Einberufen wurde er vom Weltgewerkschaftsbund (WGB), der 210 Millionen Werktätige vereint. Zwei Drittel der Delegierten jedoch repräsentieren gewerkschaftliche Vereinigungen außerhalb des WGB, jede mit ihrer eigenen Orientierung, eigenen Zielen und Kampfschwerpunkten. Die Erkenntnis, daß alle Werktätigen der Welt in der jetzigen historischen Umbruchperiode die gleichen Aufgaben haben, führte sie in Berlin zusammen.

Die arbeitenden Menschen stehen vor der Notwendigkeit, ihre Anstrengungen im weltweiten Kampf für die Verhinderung einer atomaren Katastrophe zu erhöhen. Darauf laufen alle Probleme der Gegenwart hinaus. Jetzt kann man den Kampf für Menschenrechte nur noch führen, wenn man den Frieden verteidigt. Bricht ein Atomkrieg erst aus, kommt die ganze Menschheit um, Ausgebeutete wie Ausbeuter, Arbeitende wie Arbeitslose. Dann nützt keinem mehr das Recht auf Arbeit. Darum müssen wir zuerst das Recht auf Frieden verteidigen.

Die Einsicht in diese rauen Tatsachen prägte vom ersten Tag des 11. Weltgewerkschaftskongresses die ernsthafte und gründliche Diskussion. Hier entsteht eine gemeinsame Strategie aller Gewerkschaften aus sozialistischen, kapitalistischen und Entwicklungsländern für die verschiedensten, vorwiegend friedenspolitischen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

In den viereinhalb Jahren seit dem 10. Kongreß in Havanna haben Machenschaften imperialistischer Mächte, allen voran der USA, die Weltlage gefährlich verschärft. Das Wettrüsten, von der internationalen Reaktion entfesselt, vertieft die Wirtschaftskrise, intensiviert die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse, der Bauern und aller Werktätigen. Eine



Direktfolge der Kriegsvorbereitungen ist der Anschlag auf soziale Errungenschaften, die die Werktätigen in langen Kämpfen gegen das Kapital durchsetzen mußten, ist das Absinken ihres Lebensstandards, ist die drastische Einschränkung einer unter Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft ohnehin verkrüppelten Demokratie. Die Lage der werktätigen Massen verschlechtert sich rapide, und dieses Schicksal teilen über 3 Milliarden Menschen.

Vor diesen Fragen und Aufgaben steht die Weltgewerkschaftsbewegung. Der Generalsekretär des WGB, Ibrahim Zakaria, behandelte sie ausführlich und von verschiedenen Seiten in seinem Referat. Sie werden auf Plenarsitzungen und in Arbeitsgruppen diskutiert. Gewerkschaftsführer legen ihre Position zur Lösung der wichtigsten Probleme vor, die die Werktätigen unseres Planeten

beschäftigen. Aus dem Mosaik der Meinungen, Konzeptionen und Ansätze erhält man einen Eindruck von der großen Kraft, der Solidarität, die Menschen der Arbeit verbindet, vom Programm ihres Kampfes für Frieden, Arbeit, Freiheit und sozialen Fortschritt.

Die Kongreßdelegierten hörten die Rede Erich Honeckers mit großer Aufmerksamkeit. Der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR berichtete, wie die Werktätigen der Republik ihren Beitrag zum Friedenskampf leisten, der Position proletarischer Solidarität mit ihren Klassengenossen aller Länder getreu.

In der Plenarsitzung des Weltforums sagte der Leiter der sowjetischen Delegation, der Vorsitzende des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften Stepan Schalajew: "Vor noch nicht allzu langer Zeit sprachen wir über die Interessen der Werktätigen, wie Löhne und Gehälter, Wohn- und Arbeitssituation, Sozialversorgung, und wie man sie durchsetzen könnte. Völlig zu Recht, denn sie berühren Alltagsfragen des arbeitenden Menschen. Heute jedoch fließen diese Interessen in einem Problem von großer menschlicher Tragweite zusammen, der Erhaltung des Lebens auf dieser Erde."

Friedensaktivitäten verschiedener Abteilungen der Arbeiterbewegung nehmen zu. Die sowjetischen Friedensinitiativen, darauf ausgerichtet, ein umfassendes System der internationalen Sicherheit zu schaffen und die Erde bis zum Jahr 2000 von Atomwaffen zu befreien, erhalten zunehmende Unterstützung. Sie stimmen überein mit der Devise des 11. Weltgewerkschaftskongresses: "Die Welt der Arbeit für eine Welt ohne Kriege". In den Friedensinitiativen der UdSSR und anderer sozialistischer Länder kommt unsere sozialistische Moral zum Ausdruck und das Verständnis dafür, daß wir nicht nur für das Geschick unserer eigenen Völker, sondern der ganzen Zivilisation verantwortlich sind.

Jetzt sind praktische Schritte und einheitliches Handeln angezeigt. Die Anstrengungen der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften zusammenzufassen, ist die dringendste, edelste und humanste Aufgabe. Sie zu lösen, leistet der 11. Weltgewerkschaftskongreß seinen Beitrag.

L. JELISSEJEW,
W. ZOPPI

NZ-Sonderkorrespondenten

Berlin

VETERANEN ERGREIFEN DAS WORT

Wichtig der erste Schritt

Ich möchte mich an die Führer jener NATO-Länder wenden, die auf ihren Territorien die Stationierung von US-Nuklearwaffen erlaubten. Der zweite Weltkrieg ist schon lange vorbei, doch Invaliden wie ich werden sich bis zum Ende ihrer Tage quälen müssen. Wir können für keinen Augenblick die Schrecken des Krieges vergessen, und deshalb verstehen wir wie kein anderer, daß der Krieg geächtet werden muß. Man kann sich nur wundern, wie die Regierungen der NATO-Länder so schnell seine Lehren vergessen konnten, warum sie sich nicht einigen können, um jenen, die einen dritten Weltkrieg entfesseln wollen, den Weg zu versperren. Warum sind in allen Bereichen menschlicher Tätig-

keit, in Wissenschaft und Kunst, Fortschritte erkennbar, nur im Denken der Politiker nicht? Warum denken viele westliche Politiker weiter so wie ihre Urgroßväter vor dem ersten Weltkrieg?

Ich lebe im Gebiet Kiew, gut 100 km von dem KKW entfernt, wo sich die Havarie ereignete, die die ganze Welt aufwühlte. Das Unglück hat gezeigt, welche Gefahr das Atom in sich birgt. Doch was bedeutet der Ausstoß von Radioaktivität aus einem Kernkraftwerk verglichen mit der Explosion selbst einer mittelstarken Nuklearbombe? Und wenn man sich einmal vorstellt, daß US-Nuklearraketen von Ihrem Territorium aus gegen unser Land gestartet werden? Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht,

wie hoch dann die Radioaktivität in Westeuropa sein wird, was für ein Leben dann die Überlebenden erwarten wird? In Wirklichkeit sind Ihre Raketen nicht nur gegen uns, sondern auch gegen die eigenen Völker gerichtet. Versuchen Sie doch einmal, auf neue Weise zu denken, nicht sich selbst und Ihre Völker zu betrügen, wenn Sie behaupten, es würde Überlebende in einem Nuklearkrieg geben. Alle — Angreifer wie Verteidiger — erwartet das gleiche Los. Deshalb müssen sich diejenigen, die für das Leben auf Erden verantwortlich sind, an den Verhandlungstisch setzen. Vor allem ist die Perfektionierung der Nuklearwaffen zu beenden, d. h. ihre Tests sind zu verbieten. Das wird der erste Schritt zur vollständigen Beseitigung der Nuklearwaffen sein.

W. MARTSCHENKO
Belaja Zerkowj,
Gebiet Kiew

LESER — REPORTER



"Jahr des Friedens" — mit dieser Unterschrift versah Vlastimil Ipser (CSSR) sein Foto.

MEINUNGSSTREIT

Ich glaube Reagan

Als Amerikanerin weiß ich nicht, wie das in anderen Ländern ist, doch hier sorgen sich die Menschen vor allem um die Sicherheit des eigenen Landes. Amerika muß stark bleiben, da in dieser Welt nur Stärke etwas gilt. Ich bin keine Expertin für Nuklearfragen, doch ich glaube unserem rechtmäßig gewählten Präsidenten. Ich glaube, daß er weiß, was gut ist für unsere Nation. Und wenn wir für die Stärkung der Sicherheit der Amerikaner die Tests in Nevada fortsetzen oder Waffen in den Weltraum schicken müssen, werde ich als Steuerzahlerin kein Wort dagegen sagen.

Linda EVANS
New York, USA

Gefährliches Paradoxon

In unseren Zeitungen kann man auf die merkwürdige Behauptung stoßen, die Beseitigung der Kernwaffen sei viel wichtiger als die Beendigung der Nukleartests. Deshalb sei das von der Sowjetunion erneut verlängerte Moratorium angeblich ohne größere Bedeutung. Die Verbreiter solcher Behauptungen "vergessen", daß Tests für die Perfektionierung der Nuklearwaffen notwendig sind. Die Explosionen zu beenden, bedeutet, den endlosen Prozeß der Modernisierung der Nukleararsenale zu stoppen. Danach aber wäre es leichter, zu deren allmählicher Vernichtung überzugehen.

Willy SMITZ
Düsseldorf, BRD

WAR SCH IHR

Liebe Fr
ich den A
der Nord
26/86]. Ich
in der S
dankbar
gebracht
sem Zusat
schockierte
gegenüber
ner Nordir
Neben den
Autors ges
örtlichen S
er offenb
selbstverst
"Rückzug
den und
Wie ist da
Driftel vor
als Englan
bleiben.
schlagen.
Irland ge
Schottland
geschoben
wird von
Protestant
englischen
sprochen.
darunter
Ulster, bra
leben kön
Natürlich
Extremiste
gemalte B
als Reakti
der Militä
entfernt.
mittels d
1972 best
ments mit
dem die
spielten
men. Die
Menschen
Morde. De
tes Obel
Gerade d
testantisch
gertrups
Unschuld
Einwohner
geringste
könnten
der entse
komplizier
Radaubrü

POLEMIK

die Leidenschaften am Kochen zu halten suchen und dabei eigene Ziele verfolgen...

David HUTCHINSON
Newtownabbey,
Nordirland

WURZELN DES NORDIRLAND- DRAMAS

Geehrter Mr. Hutchinson! Der Sie interessierende Beitrag der NZ über das Fiasko der Nordirland-Versammlung darf keineswegs als unfreundlicher Akt gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung Nordirlands angesehen werden. Das Schicksal aller, die in einer Atmosphäre der ständigen Angst in Ulster leben — der Katholiken wie der Protestanten — macht uns große Sorgen. Wir wollen da keine Ratschläge geben. Für das Nordirland-Problem gibt es keine einfachen Lösungen.

Ich will hier einige Fakten in Erinnerung bringen, natürlich nicht für Sie, Mr. Hutchinson, sondern für unsere anderen Leser.

Seit dem 12. Jh. waren die Iren verheerenden Überfällen der Nachbarn, England und Schottland,

ausgesetzt. Die Einheimischen bekannten sich zum Katholizismus, und nachdem England im 16. Jh. den Protestantismus als Staatsreligion angenommen hatte, wurden die Iren noch stärker verfolgt. So wurde ihnen untersagt zu wählen, Waffen zu tragen, Volkslieder anzustimmen und sogar ... mehr als ein Pferd zu besitzen. Gerade damals wurde eine wahre Zeitbombe gelegt — der raffiniert geschürte konfessionelle Hader.

Als sich die britischen Kolonialherren vor rund 65 Jahren, nach dem Aufstand der irischen Patrioten, zurückziehen mußten, gaben sie das, was sie als ihren "rechtmäßigen Besitz" ansahen, nicht her. Aus dem Körper Irlands wurde nach Jesuitenart ein Stück im Norden herausgeschnitten — und zwar so, daß die Protestanten, in ihrer überwiegenden Mehrheit Unionisten, Anhänger einer engen Union mit England, zahlenmäßig überlegen waren. All diese Jahre explodieren mal leiser, dann ohrenbetäubend laut die von London gelegten Minen. Der Konflikt hat nur äußerlich religiösen Charakter. In Wirklichkeit ist er eine Erscheinungsform der traditionellen Kolonialpolitik Londons nach dem Motto "Teile und herrsche".

Die heutige Politik der massiven Einmischung Londons ist unserer Meinung nach eine Fortsetzung eben dieser Politik.

Hierbei sei besonders betont: Wir

Mit Hochachtung

In unserer Familie empfinden wir große Achtung vor dem Sowjetvolk, das der ganzen Welt demonstriert hat, was Patriotismus wirklich bedeutet. Zweifelsohne hat ein Volk, das wiederholt Kriege auf seinem eigenen Territorium führen mußte und in ihnen siegte, vor allem seine Standhaftigkeit und Fähigkeit gezeigt, anderen Völkern den Weg zu Glück und Wohlergehen zu weisen.

Abschließend möchte ich dem gesamten Sowjetvolk herzliche Grüße übermitteln.

Felipe MENDES BOREL
Rio de Janeiro,
Brasilien

verurteilen alle Terroranschläge — ob seitens der protestantischen Ultras oder der Kommandos der Irischen Republikanischen Armee.

Nichtsdestoweniger sehen wir Licht am Ende des Tunnels. Der Weg dazu führt über radikale sozialökonomische Umgestaltungen, die Beseitigung der Ungleichheit, über die Beendigung der groben Mißachtung der demokratischen Freiheiten und der Menschenrechte. Er führt über den Zusammenschluß der werktätigen Massen, die heute von religiösen Barrieren getrennt sind.

W. SHITOMIRSKI
Redakteur einer
NZ-Abteilung

FORTSETZUNG DES THEMAS

Die Aggressivität ist dem Sozialismus fremd

Ich möchte auf die Meinung von Herrn Wolfgang Schmieder aus Frankfurt a. M. (Heft 28/86) etwas umfassender eingehen. Wenn er sich etwas konkreter mit Geschichte beschäftigen würde, dann würde er dieser imperialistischen Meinungsmanipulation von der Aggressivität des Sozialismus nicht aufsitzen. Die Wesentlichste, was die Imperialisten in ihrer Propaganda verschweigen, ist meiner Meinung nach folgendes: Der Sozialismus entsteht in den Ländern, in denen die Kräfte des Volkes in der Mehrheit den Sozialismus wollen und aufbauen. Also kann der Sozialismus

nicht in ein Land exportiert, mit Gewalt hineingetragen werden.

Als Beispiel sei mein Staat, die DDR, genannt. In der BRD wird viel von Unterdrückung usw. in der DDR gesprochen. Wie haltlos diese Anschuldigungen sind, zeigten die jüngsten Wahlen zur DDR-Volkskammer. Die Kandidaten der Nationalen Front traten trotz der Zugehörigkeit zu verschiedenen Parteien mit einem gemeinsamen Programm auf, dessen Text man in jedem Buchladen für 1,40 Mark kaufen konnte. Sein Hauptinhalt ist die Erhaltung des Friedens und innenpolitisch die Verbesserung der

Lebensbedingungen. Wer würde nicht dafür stimmen? Und so hat unser Volk einstimmig eben diese Kandidaten gewählt.

Natürlich gibt es auch bei uns Probleme, die bislang noch nicht gelöst sind oder die besser gelöst sein könnten, doch das schmälert nicht die Bedeutung der Tatsache, daß die Arbeit im Sozialismus in erster Linie den Menschen dient, daß unsere Regierung, unsere Partei, unser Volk alles tun, damit das Leben bei uns besser, gehaltvoller wird. Von welcher Ausbeutung oder Unterdrückung kann da die Rede sein? So wird besonders deutlich: Die Aggressivität, von der Wolfgang Schmieder schreibt, ist dem Sozialismus nicht wesenseigen.

Paul ERASMUS
Kuchelmiß, DDR

Von der Idee zur Durchsetzung

Boris BOLOTIN

Unter den grandiosen Aufgaben, die unser Land erfüllt, nimmt ein Komplex von Maßnahmen dafür, in der Leitung, Planung und Organisierung der Produktionsordnung zu schaffen, einen wichtigen Platz ein.

Die erste dieser Aufgaben besteht darin, die Disproportionen und Engpässe in der Wirtschaft zu beseitigen, die einer restlosen Nutzung ihrer Produktionskapazitäten hinderlich sind. Eine ansehnliche ökonomische Wirkung verspricht auch die Perfektionierung der organisatorischen Produktionsstruktur, die feste Einheit ihrer Branchen- und Gebietsaspekte. Auch muß die Planung auf ein Optimum gebracht werden, müssen bei der Planerfüllung die Interessen der Arbeitskollektive und des Staates harmonisch aufeinander abgestimmt werden. Die KPdSU ist ferner überzeugt, daß menschliche Faktoren wie Gewissenhaftigkeit, Verantwortungsbewußtsein, Fleiß, Ethosismus und sowjetischer Patriotismus bei der Steigerung der Produktionseffektivität eine ausnehmende Rolle spielen werden.

Alle diese ökonomischen, wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen menschlichen Faktoren sind derart fest miteinander verquickt, daß man kaum von einem Wirtschaftsmechanismus, sondern eher vom "Wirtschaftsorganismus" der sowjetischen Gesellschaft sprechen sollte. Um bei einem Mechanismus höhere Leistungen zu erzielen, braucht man manchmal nur eine Baugruppe auszuwechseln. Dagegen muß auf einen Organismus allseitig eingewirkt werden. Deshalb eben warnt die Partei vor Versuchen, es bei einzelnen Korrekturen an der Wirtschaftspolitik bewenden zu lassen. Man muß das ganze System der Produktionsverhältnisse umbauen, muß sie in vollen Einklang mit den Produktivkräften des Sozialismus bringen und befähigen, sich selbst zu perfektionieren und zu regulieren. Das Fehlen dieser Übereinstimmung, die in den letzten 15–20 Jahren verschieden, aber immer ungünstig in Erscheinung trat, hat zu der "Unordnung" geführt, die jetzt energisch ausgemerzt wird.

Unser System der Wirtschaftsleitung kam hauptsächlich in den ersten Jahren der Industrialisierung und des Nachkriegswiederaufbaus zustande. Es war vor allem auf ein möglichst schnelles Anwachsen des Wirtschaftspotentials, auf die Mehrung der Produktionskapazitäten

abgestellt. Das haben wir, zum Erstaunen der Welt, glänzend geschafft. Doch einige Methoden des Wirtschaftsaufbaus, die sich in dieser Zeitspanne herausbildeten, haben Wurzel geschlagen und sich leider überlebt.

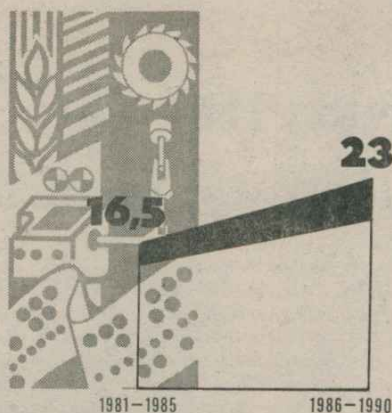
Die Nachteile der Zersplitterung

So waren wir früher, als wir uns an die Konzeption des "Hauptgliedes" hielten, vor allem bemüht, die Kapazitäten in der Grundproduktion zu mehren. Zugleich wurde in der Infrastruktur der Produktion vornehmlich eine schwach maschinisierte und qualifizierte manuelle Arbeit angewandt. Unter den ökonomischen Verhältnissen jener Jahre entsprach das nicht allein den Möglichkeiten (durch die Mechanisierung der Landarbeiten wurden viele Dörfer freigestellt, und in den Städten waren ziemlich viel verheiratete Frauen noch nicht in die Produktion einbezogen), sondern auch den sozialen Zielen, denn sie bot allen Arbeit.

Diese herkömmliche Einstellung hat jedoch jetzt schmerzhaft Disproportionen zwischen der Grundproduktion und der Produktionsinfrastruktur (bei Werkzeug, Reparaturen, Metallguß, Speicherung, Transport usw.) verursacht.

ARBEITSPRODUKTIVITÄT

Zuwachs je Planjahrfünft
(in %)



Da es z. B. zu wenig Autobahnen, Transportmittel und gute Speicher gibt, verlieren wir — wovon auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom Juni 1986 die Rede war — fast 20% der Agrarerzeugnisse. Das bedeutet, daß sich unser Fünfjahrplan in der Landwirtschaft ei-

gentlich nur auf vier Jahre erstreckt, weil die Erzeugnisse eines Jahres einfach fortfallen.

Das Gesamtvolumen der Produktion damals, als sich das System der Leitung unserer Wirtschaft herausbildete, war relativ gering. Es genügt zu sagen, daß das für das 12. Planjahrfünft eingeplante Gesamtnationaleinkommen 7,5mal und die industrielle Produktion 12mal so groß wie im 5. Planjahrfünft (1951–1955) ist. Relativ gering war auch die Zahl der zu leitenden Objekte, d. h. der funktionierenden und entstehenden Betriebe. Sie waren, bildlich gesprochen, allesamt von den Fenstern der Unionsministerien aus zu überblicken. Je mächtiger die Wirtschaft aber auslegte und die Zahl der Betriebe stieg, ging man, um den früheren maximal möglichen "Überblick" zu behalten, daran, die Wirtschaftszweige auf zahlreiche Ministerien und andere Ämter aufzusplitteln. Jedes von ihnen, das für seinen Teil einer Branche zuständig und bestrebt war, die Folgen von Lieferungsstockungen auf ein Mindestmaß zurückzuführen, umgab sich mit eigenen Aushilfsbetrieben, die dasselbe taten, wie in dem betreffenden Gebiet schon bestehende, jedoch bei anderen Ämtern zuständige.

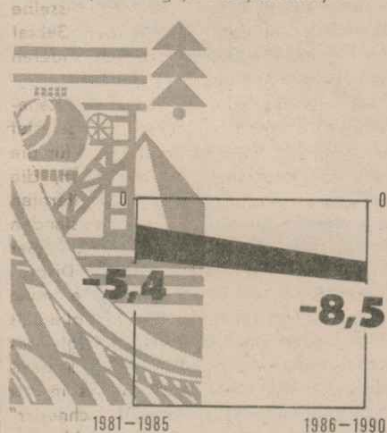
Die so geschaffenen "eigenen" Kapazitäten konnten nicht voll ausgelastet werden oder mußten Erzeugnisse für die Betriebe desselben Amtes liefern, die sich in anderen, oft recht weit entfernten Gebieten befanden. Indessen entstanden an den Berührungspunkten der "amtlichen" Branchen zahlreiche Disproportionen und Engpässe, die eine effektive Nutzung des Industriepotentials behinderten. Beispielsweise nötigte das viel langsamere Anwachsen der Kapazitäten in der Ölverarbeitung als in der Ölgewinnung dazu, das Öl "schneller" durch die Raffinerien zu schleusen, wobei man nicht immer auf die technologischen Normen Rücksicht nahm. Infolgedessen sank der Ausstoß an hellen Ölproduktfraktionen, und das Land bekam um Dutzende Millionen Tonnen Benzin, Petroleum, Ligroin und Schmieröl weniger. Und hier ein Beispiel aus der Landwirtschaft. Infolge des zu langsamen Anwachsens der Kapazitäten für die Erzeugung von Kraffutter und mikrobiologischen Futterbeigaben fütterte man das Vieh mit unbearbeitetem, schwer bekömmlichem Futtergetreide, so daß hiervon Dutzende Millionen Tonnen zu viel verbraucht wurden.

Die Spezialisierung der Produktion als Methode zur Steigerung ihrer Effektivität ist in den kapitalistischen Industrielän-

den von einer größeren Vielgestaltigkeit begleitet, die eine vollständige Nutzung sämtlicher Rohstoffelemente, also eigentlich eine abfallfreie Technologie ergibt. Bei uns dagegen führen die enge Spezialisierung der Ministerien und ihr Widerstreben, sich durch die Erzeugung von Beiprodukten "ablenken zu lassen", zu erheblichen Verlusten von Ressourcen. In den Erzgewinnungskombinaten für mineralische Düngemittel wandern äußerst wertvolle Rohstoffe, aus denen man Aluminium und Zement herstellen könnte, in den Abfall; in den Eisenhütten geschieht das mit NE-Metallen und in der NE-Metallurgie mit Eisen. Folglich ist es ein teures "Vergnügen", das Leitungssystem, das sich unter längst überholten Wirtschaftsverhältnissen bildete, beizubehalten.

Davon, daß die angewandten Formen und Methoden der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung der Produktion dem Stand der Produktivkräfte nicht mehr entsprechen und deren Fortentwicklung aufhalten, war schon früher die Rede. Faktisch wurden aber nur Halbmaßnahmen getroffen, die, wie man jetzt sieht, völlig unzureichend waren. Zahlreiche wichtige und vielversprechende Beschlüsse wurden mit

ENERGIEAUFWAND
in % zum
Nationaleinkommen
(Senkung je Planjahrünft)



endlosen amtlichen "Präzisionen", Zusätzen und Erläuterungen verwässert. Diese schlechte Erfahrung muß ebenso genau wie alles Gute in unserer Entwicklung der letzten 15-20 Jahre unterzucht werden, damit sie sich nicht wiederholt und wir über Routine, Denkräfigkeit und alte Gewohnheiten hinwegkommen, uns unter allerlei "objektiven" Vorwänden den Forderungen der Zeit zu entziehen.

In der Wirtschaft Ordnung schaffen

Die ersten großen Schritte zur Änderung der Wirtschaftsleitung sind bereits getan. So sind die Zweige des agrar-

"NEUE ZEIT" 38.86

dustriellen Komplexes wieder im Staatlichen Agrar-Industrie-Komplex der UdSSR und der Maschinenbaukomplex in einem speziellen Büro des Ministerrats der UdSSR zusammengefaßt worden. Die Bildung solcher Büros für Transport, für den Brennstoff- und Energiekomplex wird vorbereitet, und noch eine Reihe von Maßnahmen werden getroffen. In diesen neuen leitenden Instanzen sehen wir ein Muster der künftigen zusammengelegten Ministerien, die bei langfristigen gezielten Programmen als "Generalauftragnehmer" des Staates fungieren und wie jeder versierte Auftragnehmer an guter, umsichtiger, einträglicher Arbeit interessiert sein werden.

Durch Behebung der Zersplitterung der Ministerien bei gleichzeitiger fester Verteilung der Produktionskapazitäten nach Regionen und einer Attestation der Arbeitsplätze werden hochleistungsfähige territoriale Branchen- (in manchen Fällen auch mehrere Branchen erfassende) Vereinigungen gebildet werden können, die die örtlichen Rohstoffe komplett verarbeiten und sich auf örtliche Hilfsbetriebe stützen werden. Dann werden die unrationellen Ferntransporte aufhören, und das Transportwesen wird es leichter haben. Nur solche rational organisierte Vereinigungen werden auf die neuen Wirtschaftsverhältnisse angemessen reagieren und einen größtmöglichen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Beschleunigung leisten können.

Unter den neuen Verhältnissen werden selbst in Erscheinung treten und schnell behoben werden können. Man wird sich nicht mehr gegen unzuverlässige Lieferanten "rückzuversichern" und sich für den Mangel einer regionalen Produktionsinfrastruktur (meistens ihre Unerreichbarkeit wegen der Zuständigkeit bei einem "fremden" Amt) durch Aufstellung eigener Betriebsanlagen, die bestimmt nicht ausgelastet sein werden, schadlos zu halten brauchen. Es wird möglich sein, in den Betrieben der territorialen Branchenvereinigungen hochleistungsfähige moderne Technik zu konzentrieren, sie in zwei oder drei Schichten auszulasten und auf die veraltete "Reserveausrüstung" zu verzichten. Die Verbindung einer technologischen detaillierten Spezialisierung (im Rahmen einer Vereinigung) mit der Spezialisierung (der Vereinigungen) nach Erzeugnissen wird es gestatten, die Vorzüge unseres riesigen Binnenmarktes restlos zu nutzen, die Serienmäßigkeit zu steigern, ihre Gestehungskosten zu senken und die Qualität zu heben.

Wie errechnet worden ist, werden wir bei einer derartigen Umstellung in 5-7 Jahren praktisch alle moralisch und physisch veralteten Produktionsfonds (etwa ein Viertel der Maschinen und Ausrüstungen) ausrangieren und zugleich das Produktionsvolumen der übrigen verdoppeln können. Das bedeutet, daß wir mit dem jetzt vorhandenen Produktionspotential (d. h. schon auf

seinem jetzigen technischen Stand, doch bei optimaler Nutzung) mit relativ geringen Aufwendungen für die Behebung der Engpässe bis 1990-1992 imstande sein werden, um 30-40% Erzeugnisse mehr als jetzt zu erzielen.

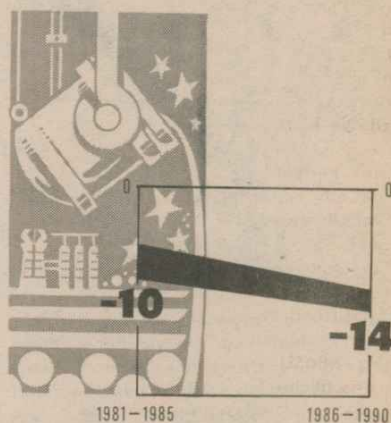
So sieht der ökonomische Effekt aus, der durch Schaffung bloßer Ordnung erzielt werden wird.

METALLAUFWAND

in % zum

Nationaleinkommen

(Senkung je Planjahrünft)



Sowohl Plan als auch Selbständigkeit

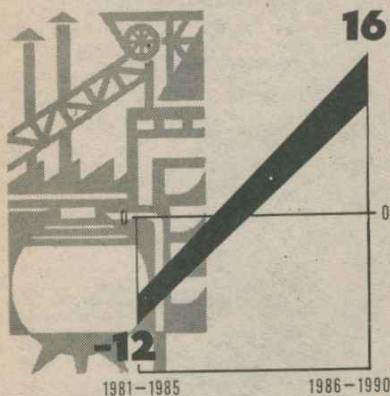
Die zusammengelegten Ministerien, deren Erscheinen in unserer Wirtschaft uns schwer vorausszusehen ist, werden sich mit der Tagesarbeit der ihnen unterstellten Betriebe nicht beschäftigen können, und das wird auch unnötig sein. Der kleinlichen, bürokratischen Bevormundung ledig, viel selbständiger und manövrierfähiger geworden, werden die Betriebe alle Aufgaben, die sich aus dem für sie aufgestellten Plan ergeben, selbständig — und besser — erfüllen. Auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom Juni 1986 sagte Michail Gorbatschow: "Kein noch so qualifizierter Ministerial- oder Amtsapparat ist bei den jetzigen Wirtschaftsmaßstäben imstande, die erfolgreiche Lösung aller Probleme zu übernehmen, und kann das schöpferische Denken der Arbeitskollektive nicht ersetzen."

Noch unlängst erregte es bei manchen Leuten Besorgnis, wenn davon die Rede war, den Betrieben mehr Selbständigkeit einzuräumen — ob das nicht einen Abbau der zentralisierten Planung und überhaupt ein Abgehen von den Prinzipien des Sozialismus bedeuten werde. Es folgte gewöhnlich die Warnung vor den Nachteilen des "Marktsozialismus", was gleichermaßen davon zeugte, daß die wirkliche Rolle des Marktes (d. h. die der Ware-Geld-Hebel) bei entwickelter sozialistischer Produktion nicht verstanden wurde, und von der schlechten Kenntnis der konkreten Ursachen unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Län-

den, denen man in Bausch und Bogen einen "Marktsozialismus" zuschrieb.

Kein vernünftiger sowjetischer Wirtschaftsexperte hat jemals einen Verzicht auf die Planung zur Sprache gebracht und hätte es auch gar nicht

EFFEKTIVITÄT DER INVESTITIONEN Zunahme je Planjahrünft (in %)



können. Die Vergesellschaftung der Produktion und die Umwandlung eines jeden Betriebs und einer jeden konkreten Wirtschaftsaktivität in eine Spielart und ein Kettenglied der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erfordern objektiv und unerbittlich, daß die ganze Wirtschaft auf einen einheitlichen Plan abgestellt ist. Selbst im Westen sind in den letzten 50 Jahren Dutzende, wenn nicht gar Hunderte Bücher und Referate geschrieben worden, deren Verfasser für eine allumfassende Planung eine Lanze brechen. Das ist natürlich Utopie. Beim Privateigentum an den Produktionsmitteln kann man solche Empfehlungen nur als richtungsweisende Programme für ein erwünschtes wirtschaftliches Wachstum und als diese Programme stützende Steuer- und Finanzregulierung realisieren, mit deren Hilfe die Aktivitäten der Unternehmer auf das erforderliche Geleise rangiert werden sollen. Nur das sozialistische gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln gestattet es, die gesamte wirtschaftliche Aktivität auf die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben auszurichten und alle materiellen, wissenschaftlichen und technischen Ressourcen sowie die Menschen dafür aufzubieten.

Von einem Verzicht auf die Planwirtschaft kann erst recht keine Rede sein, wenn die Wirtschaft beschleunigt werden soll, d. h. wenn alle diese Ressourcen den vorrangigen Bereichen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung zugeleitet werden müssen. Es handelt sich jetzt also nicht um einen Verzicht auf die Pläne, sondern um ihre Umstellung, darum, bei der Erfüllung der Planaufgaben die Wirtschafts- und nicht den Verwaltungshebeln eine größere Rolle anzuweisen. Es handelt sich darum, den Plan nicht als Gegengewicht zu den

Wirtschaftsinteressen, sondern von diesen ausgehend, lebensverbunden und elastisch zu gestalten. Es geht darum, wie man den Plan der belastenden Kleinigkeiten entledigen soll, die für das Land völlig unwichtig sind, jedoch die Aktivitäten der Betriebe strikt reglementieren und ihnen die Möglichkeit nehmen, je nach den wirtschaftlichen Umständen zu manövrieren und die rationellsten Wege zur Planerfüllung zu wählen.

In der UdSSR werden jetzt 24 Millionen verschiedene Industrie- und Agrarerzeugnisse produziert. Davon nehmen das Staatliche Plankomitee und die Hauptverwaltung für Staatliche Versorgung der UdSSR nur etwa 15 000, also kaum ein Tausendstel des ganzen Sortiments, in die staatlichen Jahrespläne auf. Nur diese 15 000 Erzeugnisse behalten die gesamtstaatlichen Wirtschaftsleitungen ständig im Auge. Alle übrigen werden von Ministerien und anderen Ämtern und Gebietsverwaltungen aufgestellt, nicht selten einfach, um ihr Bestehen zu rechtfertigen.

Dieser Teil des Plans soll ohne jeden Schaden für den Staat den Betrieben selbst überlassen werden, er soll Gegenstand einer Vereinbarung zwischen Lieferanten und Bestellern sein. Dabei bleiben die allgemeinen Proportionen des Plans feststehend und obligatorisch, ebenso die Normative, nach denen die Summe und die vom Gewinn in den Staatsetat abzuführende Quote festgesetzt werden; ferner die Normative, die den Lohnfonds mit dem Ausstoß des Betriebs und den Durchschnittslohn mit der Arbeitsproduktivität in Verbindung bringen. Die staatlichen Instanzen setzen auch die Preise für "Standarderzeugnisse" und die zulässigen Preisabweichungen bei der Lieferung schlechterer oder besserer Erzeugnisse fest. Die Einführung eines solchen Systems bedeutet jedoch keine Abschwächung, sondern eine Stärkung des Planprinzips, nicht einen Verzicht auf das Prinzip des sozialistischen Eigentums, sondern die Schaffung von Verhältnissen, die einen Anreiz zu seiner verantwortungsvolleren und pfleglicheren Behandlung bieten. Nur unter solchen Umständen werden sich alle Werktätigen wirklich als Mitbesitzer des Teilchens vom Volkseigentum fühlen können, das ihnen zum Wohl eines jeden und der Gesellschaft anvertraut ist.

Michail Gorbatschow sagte: "Wir treten in eine Phase der Tätigkeit nach dem Parteitag, in der wir verpflichtet sind, die Fähigkeit zur Umstellung und zum Aufbau zu zeigen, neue Formen und Methoden zu suchen und uns nie mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Uns wird man nicht nur nach den Absichten, sondern vor allem nach den wirklichen Veränderungen in der Gesellschaft, nach den praktischen Resultaten beurteilen."

Aus diesen Worten spricht das Verhalten der Partei zu ihren Aufgaben in der jetzigen, äußerst verantwortungsvollen Phase im Leben unseres großen Landes.

In Wladiwostok stellte Michail Gorbatschow fest: "Wir haben übereinstimmende Prioritäten mit China: die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung." Bestimmt werden diese Prioritäten durch Erfordernisse und Gesetzmäßigkeiten einer neuen Gesellschaft und ihrer Entwicklung. Diese Gesetzmäßigkeiten treten keinesfalls in jedem Land auf ein und derselben politischen Ebene in Erscheinung. Besonderheiten der historischen und nationalen Entwicklung wirken sich stark auf die Herausbildung des politischen Denkens eines jeden Landes aus, das seine Treue zum Sozialismus proklamiert. Gleichzeitig fordern die Interessen einer sukzessiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft auf jeden Fall einen Abbau der internationalen Spannungen und eine Wende zur Abrüstung.

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre schaltete sich die VR China aktiver in internationale Abrüstungsverhandlungen ein. Seit 1980 beteiligen sich chinesische Delegierte und Experten an der Genfer Abrüstungskonferenz und an der Tätigkeit besonderer Arbeitsgruppen, beispielsweise zur Identifizierung seismischer Erscheinungen in bezug auf Kontrollmittel für ein Verbot atomarer Tests. Überall wertet man die gesteigerte Aktivität der VR China in internationalen Verhandlungen über die Kontrolle atomarer Rüstungen als positive Erscheinung.

Die Position der chinesischen Seite zu aktuellen Fragen der atomaren Abrüstung verzeichnet einen bemerkenswerten evolutionären Fortschritt. In Abgrenzung zur jüngeren Vergangenheit wird diese Position durch entsprechende Argumente gestützt, in denen die Realitäten des rauen Atomzeitalters konsequenter berücksichtigt werden.

Auf der 40. UNO-Vollversammlung 1985 stimmte der chinesische Delegierte für eine Resolution, die die Forderung enthält, den Einsatz aller Arten von Atomwaffen zu verbieten. In dieser Resolution wurde festgestellt, daß die Hoffnung auf einen Sieg im Atomkrieg unsinnig ist. Das Dokument weist alle Militärdoktrinen und -konzeptionen zurück, die Maßnahmen zur Einstellung des atomaren Wettrüstens behindern und statt dessen auf die Entfesselung eines Atomkrieges hinauslaufen.

Die USA und ihre Verbündeten, mit Ausnahme von Griechenland, stimmten konsequenterweise gegen diese Resolution, denn eine neue Militärdoktrin der USA, mit der Realisierung der "Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI) verbunden, ist auf militärischen Vorsprung angelegt. Die chinesische Führung verweist mit Recht darauf, daß ähnliche Projekte die nächste Spirale des Wettrüstens in einem neuen Medium darstellen. Politiker der VR China sprechen von einer gefährlichen Perspektive, die eine Übertragung des

China und atomare Abrüstung

Wettrüstens in den Weltraum mit sich bringt, und erinnern an die hier angebrachte chinesische Volksweisheit: "Für jeden Schild findet sich das passende Schwert, und für jedes Schwert findet sich ein passender Schild."

In Peking zog man die These vom "Verteidigungs"charakter dieses Programms in Zweifel. Im März dieses Jahres erklärte der Vorsitzende des Staatsrats, Zhao Ziyang: "Der Weltraum darf nur zu friedlichen Zwecken, zum Wohl der ganzen Menschheit genutzt werden. Kein Land darf Weltraumwaffen in welcher Form auch immer entwickeln, erproben oder stationieren..." Die chinesische Seite hat vorgeschlagen, ein internationales Abkommen über ein vollständiges Verbot von Weltraumwaffen zu schließen, und trat als Mitverfasser einer Resolution in Erscheinung, die sich gegen den Rüstungswettlauf im Weltraum ausspricht.

Chinas Gewicht in der weltweiten Bewegung für einen friedlichen Weltraum macht sich auch im Zusammenhang mit zunehmend bedeutenden eigenen Weltraumforschungen bemerkbar, die seit Mitte der 50er Jahre betrieben werden. Von April 1970 bis Anfang 1986 schoß China 18 Satelliten in den erdnahen Raum. Schon bei dem derzeitigen Entwicklungstempo der Weltraumindustrie wird China nach Auffassung vieler Experten bereits Ende der 80er Jahre in der Lage sein, eine Nutzlast auf erdnahe Umlaufbahnen zu bringen, die der Last gleichkommt, die die stärksten sowjetischen und amerikanischen Raumschiffe befördern. Die VR China erforscht Möglichkeiten von Weltraumlaboratorien. Dabei werden diese Forschungen nicht übers Knie gebrochen. Die Priorität liegt bei der unverzichtbaren industriellen Basis. Beziehungen zu anderen Ländern auf dem Gebiet einer friedlichen Nutzung des Weltraums werden entwickelt. Die UdSSR hat China hierbei ihre Zusammenarbeit angeboten. Das könnte die Ausbildung chinesischer Raumfahrer einschließen.

Die Verpflichtung, keine Atomwaffen als erster einzusetzen, hat für die Verhinderung eines Atomkrieges große Bedeutung. Bislang haben nur die VR China und die UdSSR als Länder, die über Atomwaffen verfügen, diese Verpflichtung auf sich genommen.

Als Antwort auf den Appell der UNO im Zusammenhang mit dem Internationalen Jahr des Friedens fand am 21. März 1986 in Peking eine mehrere tausend Menschen umfassende Großkundgebung unter der Losung "Die Völker Chinas für Frieden auf der ganzen Welt" statt. Auf

dieser Kundgebung sprach Premier Zhao Ziyang von Chinas negativer Haltung gegenüber dem Rüstungswettlauf. Er stellte fest, daß China seit mehreren Jahren (seit 1983 — W. W.) keine Atomversuche in der Atmosphäre mehr durchführt und auch in Zukunft nicht durchführen wird. Die chinesische Seite macht eine Fortsetzung der Tests von einem Abbau der atomaren Arsenale der UdSSR und der USA abhängig, sowie dem Abschluß eines umfassenden Teststoppabkommens*.

Offizielle chinesische Politiker haben mehrfach betont, daß jede Zusammenarbeit auf atomarem Gebiet zwischen der VR China und anderen Ländern der Lösung "rein friedlicher Aufgaben dienen wird und niemals einer Erlangung nichtfriedlicher Ziele". Bekanntlich ist eine entsprechende Position im Prinzip schon im Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser von 1963 und im Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen von 1968 fixiert. Die überwiegende Mehrheit der Staaten hat sich diesen Verträgen angeschlossen. Es scheint keine ernsthaften Hinderungsgründe dafür zu geben, daß sich auch China ihnen zugesellt. Das würde ohne jeden Zweifel sowohl zur Einschränkung des atomaren Wettrüstens als auch zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen beitragen.

Bei verschiedenen Konferenzen richten chinesische Delegierte ihren Aufruf, das atomare Wettrüsten einzustellen, zumeist vorwiegend an die UdSSR und die USA. Das ist vollkommen normal. Ohne Anstrengungen der beiden Großmächte und ohne ihre Initiativen lassen sich Hindernisse auf dem Weg zu atomarer Abrüstung kaum beseitigen. Allerdings ist es nicht möglich, der in diesem Zusammenhang vorgebrachten These von der "gleichen Verantwortung" der UdSSR und der USA für das Wettrüsten im globalen und regionalen Maßstab zuzustimmen. Ist etwa das einseitige sowjetische Moratorium für Atomtests kein Ausdruck für unser ehrliches Streben, den nicht von uns zusammengezogenen Knoten endlich zu zerhauen? Entspricht dieser Schritt etwa nicht den Friedensbemühungen verschiedener Staaten, auch den Vorschlägen der VR China selbst, den Abbruch atomarer Tests durch die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten betreffend?

* Nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts führte die VR China bis Ende 1984 29 Atomtests durch.

In den letzten Jahren waren in der Position der VR China zu Fragen der atomaren Konfrontation im asiatisch-pazifischen Raum gewisse Veränderungen zu verzeichnen. China verurteilt die zunehmende militärische Präsenz der USA in diesem Teil des Planeten. Dabei darf man den Passus in Reden offizieller chinesischer Politiker, nach dem beide "Supermächte" das Wettrüsten in der Region verschulden, nicht überhören. Allerdings hat nicht die Sowjetunion hier militärische Blöcke installiert und Atomtests durchgeführt, sondern westliche Mächte. Die UdSSR tritt im Gegensatz dazu dafür ein, die Verbreitung und Anhäufung atomarer Rüstung im asiatisch-pazifischen Raum zu verhindern. Wir haben uns verpflichtet, die Anzahl unserer Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil unseres Landes nicht zu erhöhen. Außerdem haben wir vorgeschlagen, über eine Begrenzung der Aktivitäten militärischer Flottenverbände im Südpazifik vorwiegend solcher, die Atomwaffen an Bord führen, zu verhandeln. Die USA antworten darauf mit verstärkten Bewegungen ihrer Kriegsmarine in diesem Teil der Welt.

China und die Sowjetunion bewerten die Bewegung für atomwaffenfreie Zonen im ganzen positiv. Auch im Südpazifik. Washington widersetzt sich den Beschlüssen des Südpazifikforums, dem 13 Staaten und selbstverwaltete Territorien im südlichen Pazifik angehören, und übt auf seine Teilnehmerländer Druck aus, um die Schaffung einer entsprechenden Zone zu verhindern. Die amerikanische Position wird von dem Bestreben geleitet, auch weiterhin in dieser Region aufzurüsten. Die USA stationierten Atomwaffen im Krisengebiet der Koreanischen Halbinsel. Amerikanische atomare Trägermittel tauchten auf japanischem Territorium auf. Deshalb liegt die Verantwortung für fortgesetzte militaristische Aktivitäten in dieser Region, dafür, daß der Stille Ozean sich in eine Zone militärisch-politischer Konfrontation verwandelt, weder bei der UdSSR noch bei der VR China, sondern bei den USA.

Die heutige Position der VR China zu aktuellen Fragen der atomaren Abrüstung unterscheidet sich erheblich von der, die offizielle Politiker der VR China noch vor 10 bis 15 Jahren äußerten. Das hängt mit dem von der Kommunistischen Partei Chinas gesetzten Ziel zusammen: der Modernisierung des Landes mit der Perspektive, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Erreichen läßt sich dieses Ziel nur unter der Bedingung eines stabilen Friedens und internationaler Sicherheit.

Die sowjetischen und chinesischen Völker haben eine außerordentlich verantwortungsvolle historische Mission übernommen. Vieles in der internationalen Entwicklung hängt von den beiden sozialistischen Großmächten ab.

W. WORONZOW
Dr. sc. phil., Historiker

UNTERSTÜTZT DEN APPELL AUS HIROSHIMA UND NAGASAKI

Mitsuhiro KANEKO

Sekretariatsvorsitzender des ZK der KP Japans,
Vize-Präsident des Weltfriedensrates

An der Internationalen Konferenz für ein Kernwaffenverbot, die vom 2. bis zum 9. August in Tokio, Hiroshima und Nagasaki tagte, haben 87 Vertreter von 28 Ländern und 20 Weltorganisationen, darunter eine Abordnung des Sowjetischen Friedenskomitees, teilgenommen.

Die Resolution mit dem Titel "Wir rufen an das Gewissen der ganzen Menschheit, einen Kernwaffenkrieg zu verhüten und die Kernwaffen unverzüglich zu vernichten", die auf der Konferenz in Tokio in Anwesenheit aller ausländischen Delegierten einstimmig angenommen worden ist, hat das Augenmerk auf die in der ganzen Welt anwachsende Unterschriftensammlung für den Appell von Hiroshima und Nagasaki gelenkt, sich damit solidarisiert und die Völker aufgerufen, sie zu fördern.

Der Appell von Hiroshima und Nagasaki "Nieder mit den Kernwaffen!" ist bei einem internationalen Konsultativtreffen, das in diesen beiden Städten vom 5. bis zum 9. Februar 1985 stattfand, ebenfalls einstimmig angenommen worden. An dem Treffen nahmen Friedenskämpfer aus Algerien, Australien, Kuba, der DDR, Großbritannien, Holland, Italien, Neuseeland, Schweden, den USA und Vietnam sowie Vertreter des Gesamtjapanischen Ausschusses für ein Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben (Gensuikyo) teil; ebenso Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Das Sowjetische Friedenskomitee richtete an das Treffen ein Solidaritätsschreiben.

In dem Appell, der den Kernwaffeneinsatz als "gesetzwidrig und unmenschlich, als Verbrechen an der Menschheit" qualifiziert hat, ist hervorgehoben, daß die Vernichtung der Kernwaffen "die wichtigste und dringlichste ... internationale Aufgabe ist, von deren Erfüllung Leben oder Tod der Menschheit abhängt".

Die Teilnehmer des Treffens appellierten an die Völker der ganzen Welt, eine Unterschriftensammlung für den Appell zu veranstalten. Diese manifestiert das Streben der Völker nach Vernichtung der Kernwaffen und Isolierung der

Kräfte, die sich an diese Waffen klammern.

Um einen Kernwaffenkrieg zu verhüten ist es wichtig — betonten die Teilnehmer des Treffens — dafür zu kämpfen, daß Kernwaffen und Raketen nicht stationiert werden, die Häfen für kernwaffenbestückte Schiffe gesperrt bleiben, daß die Kernwaffenstützpunkte aufgelöst werden, kein Staat als erster Kernwaffen einsetzt, die Militarisierung des Weltraums ausbleibt, sämtliche Nukleartests verboten und kernwaffenfreie und entmilitarisierte Zonen geschaffen werden. In dem Appell heißt es: "Neben der Ausdehnung der weltweiten energischen und allumfassenden Aktivitäten für die Verhütung eines Kernwaffenkriegs wird jetzt die Vernichtung der Kernwaffen als globales Anliegen, von dessen Erfüllung Leben oder Tod der Menschheit abhängt, zur wichtigsten und dringlichsten Aufgabe." Ein völliges Verbot der Kernwaffen ist im Appell als eine ebenso schicksalhafte Aufgabe bezeichnet worden, zu deren baldigster Erfüllung aufgerufen wird.

Im Dezember 1984, kurz bevor der Appell von Hiroshima und Nagasaki publik gemacht wurde, verhandelten in Moskau Delegationen der KPJ und der KPdSU, geführt von Kenji Miyamoto, Vorsitzenden des ZK der KPJ, und

Konstantin Tschernenko, dem damaligen Generalsekretär des ZK der KPdSU. Sie konzentrierten sich auf wirksame, radikale Maßnahmen zur Verhütung eines Kernwaffenkrieges und zur Vernichtung der Kernwaffen.

Die Verhandlungspartner kamen überein, alles zu tun, damit baldigst ein Abkommen über die Vernichtung der Kernwaffen zustande kommt und ausgeführt wird, das das völlige Verbot enthalten soll, solche Waffen zu entwickeln, erzeugen, testen, besitzen, stationieren und einzusetzen. In der nach den Verhandlungen veröffentlichten Gemeinsamen Erklärung der KPJ und der KPdSU wurde bestätigt, daß bei der Erfüllung dieser Aufgabe die weltweite Bewegung der Völker und die Aufbietung der Öffentlichkeit ein wichtiger Faktor sind. In dem Dokument der KPJ und der KPdSU heißt es: "Unter Berücksichtigung der Erfahrung mit dem Stockholmer Appell von 1950, der die Forderung enthielt, die Atomwaffen bedingungslos zu verbieten, die Befolgung dieser Vereinbarung unter strikter internationaler Kontrolle zu stellen und eine Regierung, die diese Waffen als erste zum Einsatz bringt, des Kriegsverbrechens zu zeihen — von diesem Appell, den in aller Welt über 500 Millionen unterschrieben haben und der den Kernkriegstreibern in den Arm fiel, erhoffen beide Seiten in der jetzigen Situation einen neuerlichen machtvollen Aufschwung der weltweiten Bewegung, eine neuerliche Willensäußerung der Massen, die ein vollständiges Verbot der Kernwaffen und ihre Vernichtung fordern.

Der Appell von Hiroshima und Nagasaki war ein Ausdruck dieser Hoffnungen. In den seitdem verstrichenen anderthalb Jahren ist in aller Welt, vor allem in Japan, eine Unterschriften-

Japaner protestieren dagegen, daß das US-Schlachtschiff "New Jersey" im Hafen Sasebo einläuft

Foto aus: "Akahata" (Japan)



sammlung dafür durchgeführt worden.

In Japan sind bereits über 20 Mio. Unterschriften zusammengekommen. In manchen Präfekturen und anderen Verwaltungseinheiten Japans hat eine überwiegende Mehrheit der Bewohner ihre Unterschrift geleistet. Viele Teilnehmer der jetzigen internationalen Konferenz für ein Kernwaffenverbot haben sich entschlossen erklärt, die Unterschriftenaktion weiter auszudehnen, um eine überwiegende Mehrheit des japanischen Volkes dafür zu gewinnen.

Die Ergebnisse üben schon gewissen Einfluß auf die Politik Japans aus. Der Elan, mit dem sich die Öffentlichkeit für die Verhütung eines Kernwaffenkriegs und für die Vernichtung der Kernwaffen einsetzt, ist daran zu erkennen, daß 1040 Magistrate am 15. Juli d. J. eine Erklärung annahmen, laut der sie die Kernwaffen verwerfen und in der sie ihren Friedenswillen manifestieren. Diese Verwaltungseinheiten haben über 64 Millionen Einwohner, das sind 53 Prozent der Gesamtbevölkerung Japans. Im Mai d. J. wurde eine "Gesellschaft für

eine Regierung, die keine Kernwaffen hat", gegründet. Am 29. Juli verlangte die Gesellschaft von der Regierung konkrete Maßnahmen zur Erfüllung der vom Volk einhellig gestellten Forderung nach baldigster Vernichtung der Kernwaffen.

Die Regierung Nakasone, die sich auf das Bündnis mit den USA stützt, sich im Fahrwasser ihrer nuklearen Strategie hält und die drei nichtnuklearen Prinzipien, keine Kernwaffen zu haben, zu erzeugen und zu importieren, mit Füßen tritt, hat sich bereit erklärt, für Kernwaffenschläge geeignete US-Schiffe und -Flugzeuge in unserem Land stationieren zu lassen. Unlängst lief das mit Tomahawk-Raketen bestückte Schlachtschiff "New Jersey" den Hafen Sasebo an. Immer mehr vertiefen sich die Gegensätze zwischen der für Kernwaffen eintretenden Regierung Nakasone und dem japanischen Volk.

Dem Internationalen Kontaktkomitee für die Unterschriftensammlung außerhalb Japans zufolge, haben sich 18 internationale und 133 Landesorganisationen

für den Appell erklärt und Bewohner von 147 Ländern ihn unterschrieben, darunter Jean-Marie Legay, Vorsitzender der Weltföderation der Wissenschaftler, Anthony Benn, ehemaliger Vorsitzender der britischen Labourpartei, der italienische Schriftsteller Alberto Moravia, der portugiesische Ex-Präsident Francisco de Costa Gomes, Alessandro Natta, Generalsekretär der Italienischen KP, Sean MacBride, Träger eines Nobel-Friedenspreises (Irland), und viele andere.

Auf der in Genf vom 20. bis zum 24. Januar abgehaltenen Internationalen Konferenz nichtstaatlicher Organisationen aus Anlaß des Weltfriedensjahres wurde empfohlen, die Unterschriftenaktion für den Appell von Hiroshima und Nagasaki energischer zu unterstützen. So wurden Abordnungen des Gensuikyō, denen auch Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki angehörten, in 12 Länder entsandt, was für die Verbreitung des Appells eine große Rolle gespielt hat.

Bei den kürzlichen Welfestspielen der Jugend und der Studenten in Moskau

KPD SU UND KPJ: GEMEINSAM GEGEN DEN ATOMTOD

Wadim SAGLADIN, Mitglied des ZK der KPdSU, Erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU

Ein Verbot und die vollständige Vernichtung der Nuklearwaffen — was kann den Interessen der Völker mehr entsprechen? Was kann wahre, umfassende internationale Sicherheit zuverlässiger gewährleisten?

Die Sowjetunion kämpft seit 1946 beharrlich und konsequent dafür. Dutzende von Vorschlägen wurden von der UdSSR unterbreitet, um die Nuklearkriegsgefahr abzuwenden. Große Achtung und tiefe Verbundenheit empfinden wir mit allen Staaten, Parteien und Organisationen — mit allen, die unabhängig von Meinungsunterschieden und politischen Sympathien gleichfalls gegen die Waffen, die die moderne Zivilisation zu vernichten vermögen, kämpfen.

Einen besonderen Platz unter diesen Parteien, unter diesen gesellschaftlichen Kräften nimmt die KP Japans ein. Ist es ja die Partei der Kommunisten des Landes, die erstmals in der Geschichte die Schrecken eines Atombombenabwurfs erlebt.

Das Andenken an die Tragödie von Hiroshima und Nagasaki ist den Menschen heilig. Es mahnt, erinnert an die Gefahr, ruft zur Wachsamkeit. Und die japanischen Kommunisten kämpfen selbstlos, damit sich die Schrecken des August 1945 nie wiederholen.

Vor kurzem, bei der Begegnung mit einer westlichen Parlamentarierdelegation, sagte einer unserer Gesprächspartner zum Atombombenabwurf auf japanische Städte: "Nur gut, daß diese Bomben abgeworfen wurden. Wurden sie ja zum letzten Akt des zweiten Weltkrieges, brachten sein Ende näher." Ja, diese Legende wird im Westen verbreitet — von jenen, die den Untergang von Hiroshima und Nagasaki und damit zugleich das heutige nukleare Wettrüsten zu rechtfertigen suchen.

Für den Atombombenabwurf auf die japanischen Städte bestand keinerlei Notwendigkeit. Die japanische Regierung war schon lange vor der Tragödie von Hiroshima und Nagasaki zu dem

Schluß gekommen, der Krieg könne nicht fortgeführt werden. Folglich waren die ersten eingesetzten Atombomben nicht der letzte Akt des zweiten Weltkrieges, sondern Auftakt der Vorbereitung auf einen dritten Weltkrieg — einen Krieg im Namen der globalen Hegemonie der USA.

Mit Hiroshima und Nagasaki beginnt die Atomdiplomatie, deren Ergebnis das hemmungslose nukleare Wettrüsten ist, das heute die Menschheit zum Balancieren am Rande der Selbstvernichtung geführt hat.

Die Kommunisten Japans, die sich zutiefst bewußt sind, wie ernst die Nuklearkriegsgefahr ist, die spüren, wie dringend notwendig es ist, sie zu beseitigen, kämpfen energisch, beharrlich für dieses Ziel. Sie handeln natürlich vor allem in Japan selbst und beteiligen sich an internationalen Foren, um alle zu mobilisieren, die bereit sind, für eine friedliche Zukunft zu kämpfen.

Kein Wunder, daß die KPdSU und die KP Japans nicht nur eine gemeinsame Sprache in der Frage des Kampfes gegen die Nuklearkriegsgefahr gefunden haben, sondern auch das Banner dieses Kampfes gemeinsam hochhalten.

Im Dezember 1984 fanden in Moskau Gespräche von Delegationen beider Parteien auf höchster Ebene statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Verhinderung eines Nuklearkrieges, die Durchsetzung eines vollständigen Verbots und der Beseitigung der Nuklearwaffen.

In der damals verabschiedeten Ge-

APPELL AUS HIROSHIMA UND NAGASAKI

leisteten etwa 80 000 Moskauer, einem Aufruf der japanischen Delegation folgend, ihre Unterschrift, was als Ausdruck innigen Strebens des Sowjetvolkes nach Vernichtung der Kernwaffen anerkannt wurde.

Die jetzige Situation läßt also deutlich erkennen, daß darauf zu hoffen ist, daß sich an der Unterschriftenaktion für den Appell von Hiroshima und Nagasaki mit der dringenden Forderung der Völker, die Kernwaffen zu vernichten, die allermeisten Erdenbewohner beteiligen werden.

Der Stockholmer Appell von 1950 trug über 500 Millionen Unterschriften. Zu den Unterzeichnern zählten über 115 Millionen Sowjetbürger, was zum Erfolg der Aktion beitrug. Es ist aber klar, daß unter den jetzigen geschichtlichen Umständen eine noch viel umfangreichere Bewegung möglich ist.

Am 11. August war Moskau Schauplatz der regelmäßigen Gipfelkonsultationen,

die dieses Mal zwischen Tetsuzo Fuwa, der Vorsitzende des Präsidiums des ZK der KPJ, und Michail Gorbatschow, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, leiteten. Sie bekräftigten die Bedeutung und Vitalität der von der KPJ und der KPdSU im Dezember 1984 gemeinsam abgegebenen Erklärung und tauschten ihre Meinungen über deren konkrete Erfüllung aus. Sie vereinbarten eine Zusammenarbeit der beiden Parteien bei der Lancierung und Verbreitung des Appells von Hiroshima und Nagasaki und seine noch nachdrücklichere Unterstützung auf internationalen Konferenzen der für den Frieden kämpfenden demokratischen Organisationen. Diese Vereinbarung ist sehr wichtig für die Fortführung der Unterschriftenaktion, in der zum realen Verbot aufgerufen wird, Kernwaffen einzusetzen, zu testen, zu entwickeln, zu erzeugen, zu stationieren und zu horten.

Die Friedenskräfte Japans, die dem Beschluß der diesjährigen internationalen Konferenz nachkommen, der für ein Verbot der Kernwaffen aufruft, werden

sich immer tatkräftiger darum bemühen, dem Appell von Hiroshima und Nagasaki im In- und Ausland größere Geltung zu verschaffen. Wir hoffen, daß sich die Zusammenarbeit hieran auch zwischen den Friedenskomitees der UdSSR und Japans und zwischen den Massenorganisationen der beiden Länder in verschiedenen Bereichen der demokratischen Bewegung entwickeln wird.

Vom 15. bis zum 19. Oktober tagt in Kopenhagen aus Anlaß des Weltfriedensjahrs ein Weltkongreß, an dem verschieden eingestellte Vertreter der Friedenskräfte teilnehmen werden. Das japanische Vorbereitungskomitee wird gemeinsam mit den vielen Friedenskräften, die sich um einen Erfolg der Internationalen Konferenz von 1986 für ein Verbot der Kernwaffen bemühen, eine einheitliche Delegation auf den Kongreß entsenden und seine Teilnehmer bitten, den Appell energisch zu unterstützen, denn die Verhütung eines Kernwaffenkriegs und Vernichtung der Kernwaffen ist ein Anliegen aller an diesem Kongreß Beteiligten.

GEMEINSAM GEGEN DEN ATOMTOD

meinsamen Erklärung hieß es: "Die Beseitigung der Nuklearwaffen ist Forderung aller Völker der Welt. Eine Alternative dazu gibt es nicht." In dem gemeinsamen Dokument wurde erklärt, daß die Seiten alles für den schnellstmöglichen Abschluß und die Verwirklichung eines Abkommens über ein vollständiges Verbot und die Beseitigung der Nuklearwaffen tun werden — eines Abkommens, das ein vollständiges Verbot der Entwicklung, der Produktion, der Erprobung, des Besitzes, der Stationierung und des Einsatzes solcher Waffen vorsieht.

Unsere Parteien unterstützten gemeinsam effektive Teilmaßnahmen, die real zum Abschluß eines solchen Abkommens beitragen können, u. a. traten sie natürlich entschieden für den Abschluß eines Abkommens für ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffen-tests ein.

Seitdem sind nur zwei Jahre vergangen. Beide Parteien haben in dieser Zeit nicht wenig getan, um die erzielten Vereinbarungen zu verwirklichen.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, schlug in seiner weltweit stark beachteten Erklärung vom 15. Januar 1986 vor, die Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000 zu beseitigen. Damit diese Aufgabe gelöst

wird, unternimmt die UdSSR energische Anstrengungen auch auf diplomatischer Ebene, darunter bei den Genfer Verhandlungen mit den USA und bei der Mobilisierung der Öffentlichkeit. Und wenn die jetzt in Genf laufenden Verhandlungen noch keine positiven Ergebnisse erbracht haben, wenn das einseitige Moratorium der UdSSR bei den Nuklearexplosionen noch nicht zweiseitig wurde, dann ist das nicht unsere Schuld. Die Verantwortung dafür tragen jene Kreise in den USA, die eine Beendigung des nuklearen Wettrüstens nicht wollen, die es um ihrer egoistischen Interessen willen weiter eskalieren.

Die KPJ hat eine intensive Tätigkeit zur Beseitigung der Nuklearwaffen entwickelt. Davon ist in dem in diesem Heft veröffentlichten Beitrag des Vorsitzenden des Sekretariats des ZK der KPJ Japans, des Vizepräsidenten des Weltfriedensrates, Mitsuhiro Kaneko, die Rede.

Eine Bilanz der Arbeit unserer beiden Parteien seit der Gemeinsamen Erklärung von 1984 wurde bei der Begegnung vom 11. August d. J. des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK der KPJ, Tetsuzo Fuwa, gezogen. Bei dem ausführlichen Meinungsaustausch stimmten die Teilnehmer des Treffens darin überein, daß die Gemeinsame Erklärung der KPJ und der KPdSU voll gültig bleibt. Die weltpolitische Entwicklung bekräftigte nur die

Aktualität und die Lebensfähigkeit dieses Dokuments.

Michail Gorbatschow und Tetsuzo Fuwa sprachen sich für einen weiteren Fortschritt bei der Propagierung und Verbreitung der Ideen des Aufrufs von Hiroshima und Nagasaki "Nieder mit den Kernwaffen!" aus.

Das Politbüro des ZK der KPdSU betonte zu den Ergebnissen der Gespräche zwischen den Delegationen der KPdSU und der KPJ: "Sie waren ein neuer wichtiger Schritt bei der Verwirklichung der Gemeinsamen Erklärung der KPdSU und der KPJ vom Dezember 1984, zeugen von der Weiterentwicklung der Verbindungen und der Zusammenarbeit beider Parteien, vor allem im Kampf gegen die Nuklearkriegsgefahr, für das vollständige Verbot und die Beseitigung der Nuklearwaffen."

Das Zusammenwirken der beiden Bruderparteien, von denen eine im größten Land des Sozialismus wirkt und die andere die größte kommunistische Partei in Asien ist, wird erfolgreich fortgeführt. Dieses Zusammenwirken ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes, den heute alle Kräfte der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes, alle Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts führen. Das Abgleiten in eine Katastrophe zu stoppen, die Nuklearwaffen zu verbieten und zu beseitigen — das sind die Lösungen dieses Kampfes, die die Lebensinteressen der ganzen Menschheit zum Ausdruck bringt.

1971: Situation entschärft

Am jenem Tag, dem 3. September 1971, brachten die weltgrößten Fernsehgesellschaften eine Direktübertragung aus dem ehemaligen Alliierten Kontrollratsgebäude in Westberlin. In dem Haus 196 an der Potsdamer Straße signierten die Botschafter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs ein außerordentlich bedeutendes Dokument mit komplizierter Vorgeschichte.

Jahrelang war Westberlin ein Krisenherd. Hier liefen viele Stränge der Weltpolitik zusammen, die Interessen der vier Siegermächte und anderer Staaten. Zweimal, 1948 und 1961, erreichte, vom Westen gefördert, die angespannte Situation um die Stadt, kritische Ausmaße. Eine dritte Krise hätte die Welt nicht überstanden.

Am 13. August 1961 wurden Maßnahmen ergriffen, um die Grenze zwischen der DDR-Hauptstadt und Westberlin zu befestigen (s. "NZ" 32/86). Das stabilisierte die Lage, entschärfte sie aber nicht endgültig. Allerdings gelang es, Westberlin seine ihm vom Westen zugedachte Funktion zu nehmen, größtes Zentrum für Wühlaktionen gegen die DDR und Wundmal des kalten Krieges zu sein.

Provokationen, auch bewaffnete, an der Grenze zur DDR-Hauptstadt gingen weiter. Bonner Organe strebten eine möglichst enge Bindung Westberlins an die BRD an, um die Stadt ihren Bundesländern anzugliedern. In Westberlin fanden Sitzungen der Parlamentsfraktionen der BRD und diverser Bundestags- und Bundsratskommissionen statt. 1964 gar wurde hier die Bundesversammlung für die Wahl des Bundespräsidenten einberufen. Die verschiedensten Bundesämter siedelten sich an, und von der BRD abgeschlossene internationale Verträge und Abkommen wurden auf Westberlin ausgedehnt. Bonn bezog die Stadt auch in seine Rüstungsproduktion ein. Über 150 Westberliner Firmen führten Aufträge der Bundeswehr aus. Alles mit stillschweigender Duldung der westlichen Besatzungsmächte.

Das ging bis Ende der 60er Jahre. Im September 1969 gewannen die Sozialdemokraten die Bundestagswahlen und bildeten mit den Freien Demokraten die Regierung. Die "Neue Ostpolitik" wirkte sich positiv aus auf die Lage um Westberlin. Die internationale Lage war auch nicht mehr die alte, und so konnte man ernsthaft darangehen, das schwie-

rige und überfällige Problem Westberlin zu lösen.

Am 26. März 1970 kam im ehemaligen Alliierten Kontrollratsgebäude das erste Treffen der Botschafter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zustande. Der diplomatische Marathon mit insgesamt 33 kräftezehrenden Sitzungen hatte begonnen. Jede Bestimmung des zukünftigen Abkommens mußte mühsam ausgefeilt werden. Es gelang beispielsweise nicht sogleich, sich über den Gesprächsgegenstand selbst zu einigen. Die Westmächte beharrten darauf, "Berlin als ganzes" zu behandeln. Das wäre mit den bestehenden Realien unvereinbar gewesen. Die UdSSR trat dafür ein, die Formulierung "Westberlin" anzuwenden. Schließlich einigte man sich auf die Definition der "Westsektoren Berlins".

Die offizielle Bezeichnung der Deutschen Demokratischen Republik, um die man im zukünftigen Vertragstext nicht herumkam, war ein weiterer Stein des Anstoßes. Kaum kam in den Verhandlungen die Abkürzung DDR zur Sprache, büßten die westlichen Partner ihr Redevermögen ein. Nach einem halben Jahr konnten sie sie dann buchstabieren.

Die Positionen der Seiten näherten sich langsam aber dennoch an. Am 3. September 1971 unterzeichneten die Botschafter der vier Mächte endlich den vereinbarten Vertragstext. Im Abkommen konnten nicht alle Unstimmigkeiten in den Positionen der Seiten ausgeräumt werden. Immerhin war ein gemeinsamer Nenner gefunden für eine neue Seite in den Annalen der Stadt. Das Abkommen setzte der über 20 Jahre währenden Krise um Westberlin ein Ende und wurde ein wichtiges Element der internationalen Entspannung.

Zunächst einmal regelte es den völkerrechtlichen Status Westberlins als selbständiges politisches Gebilde. Im Abkommen wurde festgeschrieben, daß die westlichen Sektoren "so wie bisher



Die City von Westberlin. Das vor 15 Jahren unterzeichnete Vierseitige Abkommen garantiert den Bürgern Ruhe und Sicherheit. Frieden und Ruhe sind, wie es scheint, nicht nach jedermanns Geschmack. Einige haben es nicht besonders eilig, mit der Vergangenheit zu brechen.



kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden". Damit waren jedwede wie auch immer begründeten Ansprüche Bonns auf Westberlin hinfällig.

Das Vierseitige Abkommen löste auch andere wichtige Fragen: die Vertretung der Interessen Westberlins und seiner Einwohner im Ausland, die konsularische Betreuung der Westberliner, die Einrichtung des Generalkonsulats der UdSSR in Westberlin, eines Büros sowjetischer Außenhandelsvereinigungen und einer Aeroflot-Vertretung.

In Berlin sagte man mir, daß der 13. August 1961 ein erster Schritt zur Gewährleistung eines stabilen Friedens war und daß für eine Normalisierung der Lage im wesentlichen das Vierseitige Abkommen gesorgt hätte. Nach dem 3. September 1971 wurden über 20 Verträge zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat unterzeichnet.

Wir müssen allerdings feststellen, daß die Beziehungen Westberlins zur DDR, besonders in den letzten Jahren, nicht störungsfrei verlaufen. Durch Verschulden des Senats wurden mehrere Vereinbarungen nicht erfüllt. Kontakte auf politischer Ebene kamen zum Erliegen. Die Westberliner Behörden lehnten den Abschluß von für die Stadt vorteilhaften Wirtschaftsvereinbarungen ab, etwa die Stromversorgung betreffend, die die Regierung der DDR angeregt hatte. Man bevorzugt die "autarke" Stromversorgung und nimmt die starke Umweltbelastung durch Kohlekraftwerke in Kauf, die mit Braunkohle betrieben werden. Wenn man sich mit Westberlinern unterhält, entsteht manchmal der Eindruck, als ob man befürchte, in allzu große Abhängigkeit von der DDR zu geraten, beziehungsweise von ihr geschluckt zu werden. Einige Westberliner Zeitungen schüren diese Ängste, indem sie den Städter mit der Aussicht schocken, seine Unabhängigkeit zu verlieren. Es lohnt sich eigentlich nicht, über ähnlich unsinnige Prophezeiungen noch viel Worte zu machen.

Welche Bedeutung hatte die Unterzeichnung des Vierseitigen Abkommens für Westberlin? Hat es den Bewohnern konkret etwas gebracht? Hören wir, was die Westberliner selbst dazu sagen.

Ich sitze mit Rolf Elias, dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Westberlin) in seinem Büro am Kurfürstendamm.

"Wir freuen uns schon darauf, den 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Vierseitigen Abkommens zu begehen. Es hat entscheidend zur Verbesserung des politischen Klimas in und um Westberlin beigetragen. Das Abkommen zog einen Schlußstrich unter die Periode des kalten Krieges. Es war die Voraussetzung, um im Zentrum Europas eine Stadt der Ruhe und des Friedens zu schaffen. Jetzt fühlen sich die Bürger sicherer. Die Transitwege, die Westberlin mit der

Bundesrepublik verbinden, sind immer für sie offen und ihnen stehen viele Möglichkeiten frei, die DDR zu besuchen."

Rolf Elias raucht vonsonnen seine Pfeife an.

"Bei uns, kann man sagen, gibt es heute niemanden, vom offiziellen Politiker angefangen bis zum normalen Einwohner, der sich nicht über die positive Funktion des Vierseitigen Abkommens im klaren wäre."

"Man möchte glauben, es sei tatsächlich so, aber die Angriffe auf das Abkommen nehmen kein Ende."

"Sie haben recht, leider. Einige, die das Dokument selbst nicht in Zweifel ziehen, versuchen hin und wieder, es auf seine Belastbarkeit zu prüfen. Ich denke dabei zunächst an Handlungen, die den Kernsatz des Vierseitigen Abkommens verletzen, dem zufolge Westberlin kein Teil der BRD ist. Dabei hat gerade diese Feststellung der Stadt eine positive Entwicklung ermöglicht. Deshalb sind wir bemüht, alles zu unternehmen, damit diese Schwerpunkttaussage des Abkommens nicht unter den Tisch fällt."

Das Vierseitige Abkommen ermöglichte der Stadt, aus ihrer politischen und wirtschaftlichen Isolation herauszukommen. Einige Zahlen sollen die Entwicklung der Beziehungen zwischen Westberlin und der UdSSR illustrieren. Zwischen 1972 und 1984 führten 30mal mehr Westberliner als Touristen in die UdSSR, als in den Jahren davor. 1985 allein über 32 000. Bei "Intourist" in Westberlin hält man es für möglich, daß es dieses Jahr einige Tausend mehr sein werden.

In den 15 Jahren stieg der Warenaustausch zwischen der UdSSR und Westberlin auf mehr als das 15fache. 1985 belief er sich auf fast 400 Mio Rubel. Insgesamt wurde die Stadt ein größerer Handelspartner für die UdSSR als etwa Norwegen, Dänemark oder Portugal.

Die neuen Orientierungspunkte, die der XXVII. Parteitag der KPdSU für die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft festgelegt hat, eröffneten auch Westberliner Klein- und Mittelbetrieben neue Möglichkeiten. Nur ein mächtiger Konzern kann eine schlüsselfertige Industrieanlage übergeben. Ein kleinerer Betrieb dagegen kann die Modernisierung eines bereits existierenden Werks übernehmen. In der UdSSR gibt es viele Orte, wo Westberliner Firmen sich an der technischen Umrüstung beteiligen: Leningrad, Kalinin, Minsk, Riga. Bezahlt wird in vielen Fällen mit einem Teil der neuen Produktion. Gerade wird die Frage geprüft, ob man gemeinsame Unternehmen bzw. gemischte Gesellschaften gründen soll. Die Zusammenarbeit mit Westberliner Banken, die jetzt sehr viel bereitwilliger die Kreditierung ortsansässiger Firmen übernehmen, die Modernisierungsprojekte in der UdSSR durchführen, nimmt Formen an.

Der chromblitzende Aufzug hievt mich

sanft auf das gewählte Stockwerk. In einem Hochhaus am Ernst-Reuter-Platz befindet sich der Vorstand der "Berlin — Consult". Mich empfängt einer der Firmenchefs. Günter Fucht deckt das sozialistische Ausland ab. Wir sitzen in einem geräumigen Arbeitszimmer mit Fensterwand, mustergültiger Ordnung auf dem Schreibtisch, anschliefenden Polstern bei der unvermeidlichen Tasse Kaffee.

"Unsere Firma unterhält seit mehreren Jahren enge Kontakte zu Partnern in der UdSSR. Sie sind die größten Auftraggeber der Berlin — Consult. Zur Zeit führen wir zwei Projekte durch: eins in Moskau, wo wir bei der Produktion von tiefgefrorenen Fertiggerichten helfen, und eins in Saporoshje. Dort sollen mit unserer Technologie Tonköpfe für Tonbandgeräte hergestellt werden. Mit dem Geschäft sind wir ganz zufrieden. Man vertraut uns, und, wie ich meine, nicht zufällig. Was wir machen, beruht auf Spitzentechnologie."

"Warum haben Sie sich ausgerechnet die UdSSR als Ihr Hauptbetätigungsfeld ausgesucht?"

"Das Entscheidende ist, daß der sowjetische Markt uns und allen Westberliner Firmen langfristige Perspektiven bietet. Natürlich nur unter der Bedingung, daß unsere Partner in der UdSSR auch weiterhin mit unserer Arbeit zufrieden sind. Wir wollen nicht nur für den laufenden Vertrag das Vertrauen rechtfertigen, sondern es auch für die kommenden Jahre gewinnen. Das ist nicht immer ganz einfach. Wir haben viel Konkurrenz. Mehrere ausländische Großfirmen verfügen über 30 bis 40 Jahre Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der UdSSR."

"Welche Rolle spielte Ihrer Meinung nach das Vierseitige Abkommen für die Entwicklung der sowjetisch-westberliner Wirtschaftsbeziehungen?"

"Die Unterzeichnung dieses Dokuments war ein positiver Schritt und hat die Weiterentwicklung unserer Beziehungen begünstigt."

Es gibt in unserer komplizierten Welt internationale Verträge von hervorragender, entscheidender Bedeutung. Das Vierseitige Abkommen ist einer von ihnen. Es steht für die Politik der Vernunft und des ausgewogenen Realismus der Entspannungsperiode. Es hat gezeigt, daß sich mit gutem Willen jedes, auch das schwierigste Problem aus der Welt schaffen läßt. Es steht als Beispiel für heute.

Das Vierseitige Abkommen ist die genau austarierte Balance der Interessen der Seiten, ihrer Positionen. Wie jede Balance kann sie nur unter Beachtung des Gleichgewichts aufrechterhalten werden. Das Vertragsgebäude ruht auf mehreren Pfeilern. Wenn davon einer beschädigt wird, treten gefährliche Verzerrungen auf. Das Gebäude kann einstürzen.

N. SHOLKWER

NZ-Sonderkorrespondent

Westberlin — Moskau

Weiterhin Provokationen

Floskeln über das Vierseitige Abkommen hört man im Westen nicht zu knapp. Auch mit Beteuerungen, sich an Geist und Buchstaben der Vereinbarungen zu halten, wird nicht gegeizt. In der Praxis handelt man den Vertragsbestimmungen zuwider. Hierbei tut sich besonders die Bundesrepublik hervor. Wie auch immer bemäntelt, bleibt das Ziel, die Ausgewogenheit der Interessen zum eigenen Vorteil zu korrigieren und vor allem die Passagen des Vertrages zu umgehen, die den Status Westberlins festschreiben, einer Stadt, die nicht zur BRD gehört und nicht von dort regiert werden darf.

Im 14. Bericht über die Durchführung des Viermächteabkommens und seiner ergänzenden "Vereinbarungen", die der Westberliner Senat alljährlich erstellen läßt, werden die positiven, stabilisierenden Auswirkungen des Abkommens genannt. Einige Absätze weiter unten jedoch beharren die Autoren auf der Existenz "besonderer" Beziehungen Westberlins zur BRD und schreiben, daß nur "enge Bande zum Bund" zuzüglich der Garantien der drei Westmächte Sicherheit und Lebensfähigkeit der Stadt garantieren.

Die sich um keinen Preis mit der Kernbestimmung des Vierseitigen Abkommens abfinden wollen, versuchen hartnäckig, sie auszuhöhlen und durch demonstrative, rechtswidrige Akte den Anschein des Gegenteils zu erwecken.

Was hat man etwa von der Durchführung verschiedener Veranstaltungen zu Bundesländerthemen in Westberlin zu halten, die zu dieser Stadt, die kein Bundesland der Bundesrepublik ist, in keinem Verhältnis stehen?

Nach wie vor tagen in der Stadt regelmäßig Ausschüsse der Länderparlamente zu Fragen des Innern, der Wirtschaft und Kultur. Hier finden Fraktionssitzungen der Parteien statt, die in den Länderregierungen repräsentiert sind. Hier führen regelmäßig die Ministerpräsidenten und Minister der Bundesländer ihre Konferenzen durch. Wie in den meisten anderen Fällen handelt es sich dabei um offene politische Demonstrationen.

Besonders peinlich sind solche Demonstrationen, wenn sie mit Gedenkten verbunden werden, die der Menschheit viel bedeuten. Vierzig Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges stellte das vergangene Jahr für den, der heute lebt, die moralische Verpflichtung dar, derer zu gedenken, die im Kampf gegen den Faschismus starben. Um so niederträchtiger nahmen sich die Handlungen regierender Kreise der Bundesrepublik und Westberlins aus, die den Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 für ihre kleinlichen Zwecke mißbrauchten. Bundeskanzler

Kohl hatte die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung nach Westberlin eingeladen. Das ist, als würde jemand seine Gäste zum Nachbarn einladen. Den Hauptredner gab ein Bonner Minister ab, der für seine Hetzreden und Appelle, die deutsche Frage offen zu halten bekannt ist und in Berlin immer noch ein "Symbol der deutschen Einheit" sieht.

Oder gibt es etwa Vernunftgründe dafür, daß mehrere Sitzreihen im Westberliner Abgeordnetenhaus für gewählte Vertreter der Berliner in der DDR reserviert werden, die, wie es heißt, der Möglichkeit beraubt sind, an Wahlen teilzunehmen?

Unbeeindruckt subsummieren die Behörden der BRD Westberlin unter das staatsrechtliche System der Bundesrepublik. Bei jeder passenden Gelegenheit tönen sie von einer "staatsrechtlichen Einheit der Stadt und des Bundes". Westberlin soll als Wurmfortsatz der BRD in die staatlich-politische Integration Westeuropas einbezogen werden.

Die Verstöße der Bonner Regierung gegen das Vierseitige Abkommen ergeben ein beachtliches Sündenregister. In der BRD weilenden Staatsgästen werden weiterhin Westberlinbesuche geradezu aufgenötigt. An sich ist an derlei Visiten nichts auszusetzen. Aber die Bundesbehörden legen Wert darauf, daß sie im Rahmen offizieller BRD-Staatsbesuche stattfinden. Hier ist dieselbe Absicht erkennbar: Der Eindruck soll erweckt werden, als sei Westberlin Teil der BRD.

Um die "Rechtseinheit" mit Westberlin zu sichern, erstreckt die BRD ihre Gesetze und durch sie abgeschlossene internationale Verträge auf diese Stadt. Die BRD versucht, nachdem sie sich den Plänen zur SDI-Vorbereitung angeschlossen hat, auch Westberlin in Zutragendienste zu stellen.

SDI-Fanatiker in der BRD wenden ein: Westberlin sei nur einem "allgemeinen Abkommen" über Technologietransfer angeschlossen, und keinem Abkommen über die Beteiligung von BRD-Firmen an Forschungen, die mit SDI zu tun haben. Das ist weiter nichts als ein Vorwand. Das Abkommen über Technologieaustausch, gleichzeitig und in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Abkommen abgeschlossen, das sich direkt auf SDI bezog, berührt unbedingt Sicherheitsfragen und gehört infolgedessen zu den internationalen Verträgen, die die BRD nicht das Recht hat, auf Westberlin auszudehnen. Somit befinden sich alle Versuche, Westberlin in die Vorbereitungsarbeiten für SDI zu integrieren, in direktem Widerspruch zum Vierseitigen Abkommen, in dem es klar und deutlich heißt, daß die "Regierungen bestrebt sein werden, die Beseiti-

gung von Spannungen und die Verhütung von Komplikationen in dem betreffenden Gebiet zu fördern".

Wenn man von Verstößen gegen das Vierseitige Abkommen spricht, darf man die Position der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht mit Stillschweigen übergehen. Selten einmal rufen sie Bonn zur Ordnung, oft tolerieren sie widerrechtliche Schritte, oder fordern gar dazu auf, wie kurz vor dem 25. Jahrestag des Berliner Schutzwalls geschehen. In einem Interview mit dem Springerblatt "Bild" rief US-Präsident Reagan dazu auf, "die Mauer abzureißen" und die "widernatürliche Trennung Europas zu beenden". Westberliner und westdeutsche Reaktionen ließen sich nicht lange bitten und organisierten eine Serie von Provokationen an der Staatsgrenze der DDR und eine revanchistische Orgie im ehemaligen Reichstagsgebäude. Eigens aus der BRD eingereiste Politiker, unter ihnen der Bundeskanzler, übten sich in Rhetorik. Wieder war "die deutsche Frage offen", wurde "die Einheit der deutschen Nation" ventiliert.

Das Außenministerium der DDR legte Protest ein vor dem Westberliner Senat, dessen Polizei Angriffen auf die Staatsgrenze tatenlos zugesehen hatte, und forderte, den angerichteten Schaden zu ersetzen. Nicht nur die Grenzanlagen trugen Schaden davon. Das Ziel solcher Aktionen ist, die Lage um Westberlin zu verschärfen. Das ist jedoch den Vorteilen des Vierseitigen Abkommens abträglich. Jede feindselige Handlung vergiftet die Atmosphäre in der Stadt und um sie herum spürbar und ist mit der Absicht, hier friedliche und normale Verhältnisse zu gewährleisten, nicht vereinbar. So heißt es in einer Erklärung des Außenministeriums der UdSSR vom 12. August 1986. Einen Teil der Verantwortung dafür tragen auch die Behörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die gemäß dem Abkommen verpflichtet sind, Komplikationen zu verhindern und Spannungen in Westberlin nicht zuzulassen.

Die Sowjetunion ist nicht gewillt, Angriffe auf die Balance der Interessen, die sich im Vierseitigen Abkommen niederschlägt, zu ignorieren. Sie wird die Härte und politische Zweckmäßigkeit ihrer Reaktion entsprechend bemessen und die letzten Zweifel daran beseitigen, daß sie und ihre Verbündeten über genügend Mittel verfügen, um nicht zulassen zu müssen, daß ihre eigenen Interessen geschmälert werden. Die UdSSR sucht keine Komplikationen in Westberliner Angelegenheiten. Allzu lange war die Lage um diese Stadt explosiv. Allzu schwer war es, einen gemeinsamen Nenner aller Interessen zu finden. Die einzige Möglichkeit, Reibungen in diesem Gebiet auszuschießen, besteht in strenger Beachtung und vollständiger Verwirklichung aller Bestimmungen des Vierseitigen Abkommens vom 3. September 1971.

D. TULTSCHINSKI

Helden der Revolution

Der afghanische Revolutionsrat ehrte drei Einheiten für militärische Verdienste bei der Verteidigung der Aprilrevolution und ihrer Errungenschaften mit dem Heldentitel: die 37. Luftlandedivision, das 322. Jagdfliegergeschwader und die 2. Grenzeinheit. Der Ehrentitel Held der Demokratischen Republik Afghanistan wurde eingeführt. Erste Helden des Landes wurden Faiz Mohammad, ehemaliges Mitglied des ZK der DVPA und Minister für Stämme und Völkerschaften der DRA (postum), Generalmajor Ahmaduddin (postum), Hauptmann der Luftstreitkräfte Sherazmin Sheroy und Leutnant der Fallschirmjäger Juma Khan.

Ich war nicht dabei, als die Luftstreitkräfte der DRA dem Revolutionsrat der Republik Sherazmin Sheroy

Fliegerschule Krasnodar. Seither im Kampf. Über 600 Flugstunden, davon über 200 Gefechtsstarts.



Soldaten der heldenhaften 37. Luftlandedivision

Foto des Verfassers

für die Heldenehrung vorschlugen. Ich kenne diesen jungen und schon berühmten Piloten jedoch recht gut und kann mir einigermaßen vorstellen, was man über ihn geschrieben hat.

26 Jahre alt. Bauernsohn aus der Provinz Kunduz. Schloß 1979 das Gymnasium in seiner Heimat ab. Durchlief seine dreijährige Berufsausbildung in der Sowjetunion an der

Ich berichte über einen Tag aus dem Leben dieses Mannes.

An jenem Morgen überstürzten sich die Ereignisse. Der Kommandeur des 355. Geschwaders rief 4 Piloten zu sich:

"Unsere Aufklärung berichtet, daß bei Khost, Provinz Paktia, eine vielköpfige Bande die Grenze überquert hat. Die Konterrevolutionäre schlagen ein befestigtes Lager auf und legen Waffen-

und Munitionsdepots an. Es scheint, als wollten sie sich für länger niederlassen. Eure Aufgabe wird sein, ihre Pläne zunichte zu machen."

Um 9 Uhr morgens flogen die 4 Bomber los.

Die Piloten gingen auf 800 m Mindesthöhe und deckten ihr Ziel mit Feuer ein. Sherazmin Sheroy konnte sich davon überzeugen, daß seine Raketen gut platziert waren, und wollte aus dem Sturzflug hochziehen. Er wurde unter stürmischen Beschuß genommen. Sheroy's Jagdbomber begann plötzlich heftig zu trudeln und seine rechte Hand durchfuhr ein stechender Schmerz. Ohne Steuerung jagte die Maschine auf die Felsen zu. Der Pilot konnte gerade noch seinen Schleudersitz ausklinken, als seine Maschine auf den Gesteinsmassen zerschellte. Sein Rettungsmechanismus hatte ihn in die Höhe geschleudert und unter sich sah er Flammen und dichten Qualm aufsteigen.

Später klärte sich auf, daß die Piloten im Eifer des Gefechts tatsächlich nicht bemerkt hatten, wie sich ihr Genosse herauskatapultiert hatte. Sie sahen nur das auf die Felsen geprallte, explodierte Flugzeug. Um den gefallenen Freund zu rächen, flogen sie ungeachtet des gezielten Feuers von unten wieder und wieder das Lager an. Hätten sie das nicht gemacht, wäre Sheroy schon wenige Minuten nach seiner Landung von den Duschmanen ergriffen worden. Bis zu ihrem Lager waren es 300 bis 400 m.

Sheroy verbarg Fallschirm und Pilotenhelm unter Steinen und eilte, die 30 km nach Khost hinter sich zu bringen. Schon nach wenigen Minuten mußte er die erste Rast einlegen. Beim Herausschleudern hatte es ihm nämlich die Stiefel von den Füßen gefetzt. Auf Socken über die scharfen Steine zu laufen, war mühsam.

Er verband seine verwundete Hand mit einem Taschentuch. Oberhalb der Knie hatten Splitter seine Beine verletzt. Seine Fliegercombi war blutdurchtränkt.

Der Kampf ebte bereits ab. Ohne Munition flogen die Genossen zurück zum Stützpunkt. Er mußte sich beeilen. Es war unmöglich, daß unter mehreren Hundert Banditen keiner den niedergehenden Fallschirm bemerkt hatte.

Sheroy lief schleunigst weiter und mußte jeden Augenblick befürchten, in seinem Rücken das Kommando: "Halt!" zu hören. Auf einmal durchzuckte ein heftiger Schmerz sein rechtes Bein. Was war los? Er hatte sich einen Schlehdorn eingetreten. Wie sollte er jetzt weiter kommen? Soweit das Auge sah, Schlehenbüsche.

Ab 2 Uhr nachmittags war an seiner nackten Fußsohlen (seine Socken hatte sich schon in Wohlgefallen aufgelöst) keine heile Stelle mehr. Seine Beine waren grausam angeschwollen und hatten sich blau verfärbt. Auf den Steinen ließ er eine Blutspur zurück. Sein Mund war ausgedörrt.

Sheroy verlor zum ersten Mal da

Bewußtsein. Er kam wieder zu sich, von monotonen Hammerschlägen in den Nacken und gegen die Schläfen, aber nicht von außen, sondern von innen. Unwillkürlich brachten seine geplatzten Lippen das Wort: "Trinken!" hervor.

Durch den dumpfen Schmerz, der seinen ganzen Körper lähmte, bahnte sich langsam, aber sicher ein schlichter, sogar beruhigender Gedanke: Schluß machen mit diesem sinnlosen Marsch. Er würde keinen einzigen Kilometer mehr schaffen. Augen zu und wegdämmern. Die Sonne würde den Rest erledigen... Er durfte nur nicht vergessen, solange er noch bei Bewußtsein war, Fliegerpaß und Streckenkarte zu vernichten.

Diesen Gedanken brach er ab: "Nicht doch, Bruder, alles aufgeben?"

Er richtete sich wieder auf, machte zuerst einen, dann noch einen Schritt vorwärts. Er hörte Stimmen. Für alle Fälle versteckte er sich hinter einem Felsen. Keine Sekunde zu früh. Ein Trupp buntscheckig gekleideter bewaffneter Männer passierte. 12 Mann. Sie schienen ihn nicht zu suchen, denn sie kamen ihm aus Richtung Khost entgegen. Unwillkürlich betrachtete Sheroy ihre Füße. Die Männer trugen Armeestiefel pakistanscher Herkunft.

Er zählte nicht mehr, wie oft er in Ohnmacht fiel. Abends um 9 schien ihm, er habe den Verstand verloren: Direkt vor ihm auf der Erde leuchteten Sterne. Er sah in den Himmel. Sterne auch dort. Wirklich?... Nach ein paar Schritten stürzte er in das Wasser eines kleinen Sees.

Die Kälte weckte ihn. Er lag zur Hälfte im Wasser. "Ein Glück, daß es hier seicht ist. Wieder mal Schwein gehabt. Heute scheint überhaupt mein Glückstag zu sein."

Den afghanischen Militärposten 8 km vor Khost erreichte Sheroy gegen Mitternacht.

"Genossen!" stöhnte Sheroy. Sie leuchteten ihn mit einem Scheinwerfer ab und befahlen: "Nimm die Hände hoch und komm langsam auf uns zu. Wer bist du?"

"Ich bin Pilot... Heute morgen haben sie meine Maschine runtergeholt..."

Die Soldaten wußten bereits, was an der Grenze passiert war. Mit Staunen und Schrecken gewahrten sie den Ankömmling. Alles an ihm war zerfetzt, Kleidung und Haut. Alles blutverklebt.

Die ganze Nacht zog der Kommandeur des Postens Dornen aus Sheroy's Fußsohlen. Um 6 Uhr morgens holte ihn ein Hübschrauber aus Khost ab, und eine Stunde später flog er schon in einer extra geordneten An 26 nach Kabul.

... Etwas über ein Jahr nach jener Frühjahrsschlacht traf ich Sheroy wieder.

Den Ärzten, u. a. auch sowjetischen, war es geglückt, seine Gesundheit wiederherzustellen. Allerdings gehorchte ihm seine rechte Hand, zu deren Rettung

4 Operationen erforderlich gewesen waren, immer noch nicht ganz.

An Sheroy's neuer Hauptmannsuniform (zu jenem Flug war er noch als Oberleutnant gestartet) blitzte ein Rotbannerorden. Ich fragte ihn: "Wo dienst du jetzt?" "In der Luft natürlich!", lachte er, "zur Zeit allerdings als Transportpilot. Ich fliege Soldaten, Munition, Waffen... egal, Hauptsache, ich diene der Revolution."

Die 37. Luftlandedivision kämpft zwar landesweit, hat jedoch ihren Ruhm gleichwohl bei Khost errungen.

In mehreren Jahren errichteten die Duschmanen um Khost herum einen Gürtel von größeren Militärstützpunkten, Ausbildungslagern mit Schießplätzen, Befestigungslinien, zahllose Waffen- und Munitionslager.

Im Grenzgebiet Khost operiert ein gewisser Jalaluddin, ein Funktionär der konterrevolutionären "Islamischen Partei Afghanistans" (IPA) und enger Freund ihres Chefs Gulbuddin Hekmatyar. Er führt die bewaffneten Formationen der IPA an. Vor einigen Jahren hatte Jalaluddin sich reumütig gestellt und den Wunsch geäußert, mit der Volksmacht Frieden zu schließen. Damals fiel der Minister für Stämme und Völkerschaften der DRA, Faiz Mohammad, der Heimtücke der Duschmanen zum Opfer. Als er zu den Verhandlungen erschien, heißt es, habe Jalaluddin ihn selbst erstochen... Postum wurde jetzt Faiz Mohammad der Ehrentitel Held der Demokratischen Republik Afghanistan verliehen.

Im vergangenen Jahr wurde die berühmte Operation Khost vorbereitet und durchgeführt. Von 4 Seiten konzentrierten sich Truppen um Khost und vernichteten den Feind. Die Duschmanen gaben einen Stützpunkt und ein Versteck nach dem anderen auf und trugen schwere Verluste davon. Insgesamt wurden bei der Operation Khost nicht weniger als 2400 Duschmanen vernichtet. Unter ihnen befanden sich 12 Stellvertreter Jalaluddins und seine nächsten Kommandeure, auch sein eigener Bruder.

Die 37. Luftlandedivision wurde beauftragt, die Gebiete nördlich von Khost zu säubern. Es gab erbitterte Kämpfe. Ständig erhielten die Konterrevolutionäre Hilfe aus Pakistan: LKWs mit Militärausrüstungen und weitere bewaffnete Banden.

Ein Objekt, das die Truppe einnehmen mußte, war eine niedrige, aber strategisch wichtige Höhe. Von hier aus hatten die Duschmanen Khost unter Raketenbeschuß genommen. Unter Führung von Oberstleutnant Abdul Zargun, Leiter der Politabteilung, stürmten die Soldaten die Höhe in zwei Tagen.

Zargun berichtet: "Der Gegner leistete heftigen Widerstand. Nachdem wir ihn eine Weile mit unserer Artillerie und Schlägen der Luftstreitkräfte bearbeitet hatten, wurde die Höhe genommen und der Grund für den verzweifelten Wi-

derstand der Banditen klar: In Felsspalten hatten sie 13 Waffen- und Munitionslager angelegt."

Die Fallschirmjäger fingen an, das Beutegut zu bergen. Der Gegner erhielt Verstärkung und beschloß, seine Vorräte zurückzuerobern. Er eröffnete intensives Feuer aus Granatwerfern und Maschinengewehren auf seine früheren Stellungen. Abdul Zargun wurde zweimal am Arm und einmal am Kopf verwundet. Die Kräfte reichten nicht aus und die Lage wurde kritisch. Die Waffen den Duschmanen zurückgeben? Um keinen Preis! Bevor er das Bewußtsein verlor, befahl der Politleiter, die eroberten Vorratslager in die Luft zu sprengen. Die 13 Lager gingen eines nach dem anderen hoch. Die Duschmanen begriffen, daß sie ihre Bestände verloren hatten, und zogen sich zurück.

Im selben Gefecht zeichnete sich der 22jährige Sergeant Juma Khan aus, ein kühner und unermüdlicher Mensch. Daraufhin verlieh man ihm Offiziersrang und machte ihn zum Kommandeur eines Zuges. Jetzt wurde sein tadelloser Dienst in der Volksarmee mit der höchsten Auszeichnung belohnt. Er wurde Held der DRA.

Die Operation Khost letztes Jahr war der erste große militärische Einsatz der afghanischen Armee, in der sie selbständig ohne Hilfe von seiten des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents handelte. Die afghanischen Soldaten kämpften initiativ und geschickt. Das laufende Jahr zeichnet sich durch mehrere bedeutende Siege der Volksarmee über die Söldnerbanden aus. In den Provinzen Kunduz, Laghman, Nangarhar und Vardak waren die Kampfhandlungen besonders erfolgreich. Aus den westlichen Vierteln Herats wurden die konterrevolutionären Kräfte vollständig vertrieben. Zwei größere Banden in den Randbezirken hatten sich ergeben, nachdem sie Verluste erlitten und die völlige Perspektivlosigkeit ihres Widerstands eingesehen hatten. Ebenso wurden Duschmanenformationen in mehreren Vierteln Kandahars aufgerieben. Die Konterrevolution verlor viele ihrer Anführer.

Die schweren Verluste demoralisieren die Duschmanen. In ihren Reihen gärt es. Immer öfter gehen Menschen, die man mit Gewalt oder Versprechungen in volksfeindliche Handlungen verstrickt hat, auf die Seite der Volksmacht über. In der Provinz Juzjan legten unlängst über 300 "Mujaheddin" die Waffen nieder.

Die Streitkräfte der DRA erstarben moralisch und organisatorisch. Sie werden mobiler und kampffähiger. Sie sind in der Lage, sich größere operative-taktische Aufgaben zu stellen und sie zu lösen, um die friedliche Arbeit des afghanischen Volkes zuverlässiger vor den Umtrieben derer, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, zu schützen.

Kabul--Moskau

G. USTINOW

Republik am Wendepunkt

Dieses Jahr steht in Jugoslawien im Zeichen des XIII. Parteitages des BdKJ. Jetzt werden in den Parteikomitees, den staatlichen Betrieben, in der Gesellschaft und in der Presse Wege und Mittel zur Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse umfassend erörtert.

Ein Autor dieses Beitrages war über fünf Jahre als NZ-Korrespondent in Belgrad tätig, der andere besuchte das gastfreundliche Land auf dem Höhepunkt der die gesamte Partei erfassenden Diskussion vor dem Parteitag, hatte Begegnungen und Gespräche mit vielen führenden Persönlichkeiten, Vertretern des öffentlichen Lebens und einfachen Werktätigen. Die Erfolge Jugoslawiens beim sozialistischen Aufbau sind unbestreitbar: sein starkes Industrieresultat, die hochentwickelte Landwirtschaft, die gepflegten Städte und Dörfer.

Jahrzehnte und ein Jahrhundert

Blättern wir im Nachschlagewerk "Jugoslawien 1945–1985" des Bundesamtes für Statistik. Denken wir uns in die Zahlen hinein. Grundlage der Wirtschaft ist der gesellschaftliche Sektor, auf den 1985 87% des Nationaleinkommens entfielen. In den Jahren des sozialistischen Aufbaus vergrößerte sich das gesellschaftliche Gesamtprodukt um mehr als das 7fache, und das Volumen der Industrieproduktion nahm um das 19fache zu.

"Heute leben wir in einem ganz anderen Land", sagte uns ein namhafter Experte für die Außenwirtschaftsbeziehungen Jugoslawiens, Zivorad Kovacevic. "Jugoslawien vor dem Krieg und heute sind sich höchstens geographisch ähnlich. In allem anderen aber sind es im Grunde verschiedene Länder. Damit angefangen, daß bis zum zweiten Weltkrieg 80 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande lebte und Ackerbau trieb. Nur 20 Prozent lebten in den Städten, die keine bedeutende Industrie besaßen."

Aus einem Agrarland, in halbkolonialer Abhängigkeit von den stärker entwickelten europäischen Staaten, wurde Jugoslawien nach dem Krieg zu einem Industriestaat.

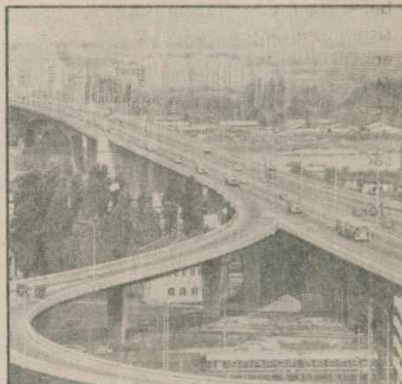
Natürlich muß man, wenn es darum geht, in wenigen Jahrzehnten einen Weg von einem Jahrhundert zu bewältigen, sehr viel bedenken. Hat man daran

immer gedacht? Leider nein. Die jugoslawischen Genossen sagten uns wiederholt, daß die Jahre zwischen den beiden letzten Parteitagungen des BdKJ ein schwieriger Abschnitt ihres Lebens waren. Zwar konnte ein durchschnittlicher Jahreszuwachs der Industrieproduktion von 2,7% erzielt, der Export leicht vergrößert und das Außenhandelsdefizit abgebaut werden, doch andererseits sind in der Volkswirtschaft Stagnationstendenzen zu beobachten. Die Wochenschrift "Kommunist" (Organ des BdKJ) konstatierte in einer Bilanz der Jahre 1981–1985, daß die Aufgaben des Fünfjahrplans bei den Hauptkennziffern nicht erfüllt wurden. So waren 4,5% durchschnittlicher Jahreszuwachs des gesellschaftlichen Gesamtprodukts geplant, erreicht aber wurden nur 0,7%. 1985 überschritt die Inflation die 80-Prozent-Grenze.

"Die chronisch gewordene Inflation gefährdet das sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der Selbstverwaltung, die Sicherheit des Landes", erklärte der Vorsitzende des Bundesexekutivrates, Branko Mikulic, im Mai vor der SFRJ-Skupschtina. Wie er sagte, führt die Inflation zu ökonomischer Ungleichheit und angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der Republiken und Regionen auch zur Untergrabung der Gleichberechtigung der Völker des Landes. Die langjährige Inflation, meinte Branko Mikulic, deformiere das Bewußtsein der Menschen, verstärke die Klassenschichtung.

Im vergangenen Planjahr fünf gingen die Realeinkommen der Bevölkerung zurück. Allein vom Mai 1985 bis zum Mai 1986, schrieb die Zeitung "Vjesnik", kletterten die Einzelhandelspreise im Lande um 81,2%. Diese Erscheinung wird u. a. dadurch erklärt, daß die Leiter vieler Betriebe und selbst ganzer Wirtschaftszweige eine Steigerung der Gewinne auf die einfachste Weise zu erreichen suchen — sie heben die Preise an, obwohl sie wissen, daß die zunehmende Teuerung eine schwere Last vor allem für die Werktätigen ist.

Der Rückgang des wirtschaftlichen Wachstumstemplos wirkte sich auch auf



Blick auf das neue Belgrad

Foto: TASS

die Lösung vieler sozialer Probleme, vor allem auf die Beschäftigung, aus. Die offizielle Statistik hat jetzt mehr als eine Million Stellungslose registriert. Natürlich kann man nicht jeden, der in Jugoslawien keine Arbeit hat, als Arbeitslosen im eigentlichen Sinne bezeichnen. Wie man uns im Präsidium des Rates des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes erklärte, werden unter den bei den Arbeitsämtern Registrierten Studenten höherer Semester, Personen, denen die Arbeitsbedingungen oder die Löhne in ihrem Betrieb nicht zusagen, und die Besitzer kleiner Werkstätten, die sich mühsam ihr täglich Brot verdienen, geführt. Doch sind Sozialismus und Arbeitslosigkeit miteinander unvereinbar. Nicht von ungefähr wurde im Langfristigen Programm für die ökonomische Stabilisierung als wichtigste Aufgabe bezeichnet, bis 1995 in Jugoslawien eine "ökonomisch begründete" Vollbeschäftigung zu erreichen.

Die Jugoslawen sind auch über die hohe Auslandsverschuldung des Landes besorgt. Viele sehen gerade darin einen der Hauptgründe für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Einer Umfrage des Instituts für Gesellschaftswissenschaften zufolge betrachten die Werktätigen heute die Tilgung der Auslandsschulden als größtes Problem. Offiziellen Angaben zufolge erreichen sie (zinsbereinigt) gegenwärtig 20 Md. Dollar. Wie der Geschäftsführer der jugoslawischen Volksbank, Radovan Makic, in einem Interview für die Nachrichtenagentur TANJUG sagte, muß Jugoslawien allein 1986 4,5 Md. Dollar Auslandsschulden begleichen. Für die Schuldentrückzahlung muß das Land bis 1990 jährlich nicht weniger als 8% des Nationaleinkommens aufwenden.

"Als wir beschlossen, eine die gesamte Partei erfassende Diskussion durchzuführen", schrieb der jugoslawische Parteiführer, "haben wir uns

wische Politiker Jure Bilic in der Zeitschrift "Danas" am Vorabend des Parteitages, "ging es uns nicht darum, die Neugier von irgend jemand zu befriedigen oder 'Dampf abzulassen', der sich in der Gesellschaft und in der Partei angesammelt hat. Wir taten das, um die Meinung der Kommunisten, ihre Vorschläge und Forderungen zu hören."

Die Partei klärte beharrlich die Ursachen der sozialökonomischen Schwierigkeiten und suchte einen Ausweg aus der entstandenen Lage. Auch viele Parteilose nahmen an der Diskussion teil.

Meinung der Kommunisten, Meinung des Volkes

Den Schwerpunkt bildete die Erörterung der Lage im BdKJ selbst, der Festigung seiner Einheit und seiner führenden Rolle in der Gesellschaft. Die Partei trat für die Vervollkommenung des gesellschaftspolitischen Systems ein. Mit ihrer Unterstützung wurden Dokumente sozialökonomischen Charakters für eine umfassende Erörterung vorbereitet. Besondere Aufmerksamkeit galt der Tendenz zur "Föderalisierung". Die Bünde der Kommunisten in den sechs Republiken und den zwei autonomen Regionen sind nach Meinung der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer der Parteitagskampagne Bestandteile des einheitlichen Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Es muß eine einheitliche Politik durchgeführt werden, nicht aber acht, wie das bisweilen geschieht.

Die Kommunisten, die zutiefst an der Festigung der Einheit der Partei interessiert sind, waren einmütig in der Überzeugung, daß jene Bestimmungen ihrer Satzung, die nicht helfen, gegen föderalistische Tendenzen zu kämpfen, revidiert werden müssen. So wurde vorgeschlagen, die Vollmachten des ZK des BdKJ zu erweitern, die Verantwortlichkeit der Zentralkomitees der Republiken und der Regionen vor ihm zu verstärken und deren Rechenschaftspflicht vor dem höchsten Parteiorgan einzuführen.

Ja, die Zeit zwischen den Parteitagssitzungen war eine der kompliziertesten in der Entwicklung des BdKJ. Was hat nun der XIII. Parteitag vorgeschlagen, um die bestehende Lage zu korrigieren? Wie es im Bericht des ZK hieß, liegt der dynamischen sozialökonomischen Entwicklung Jugoslawiens die konsequente Verwirklichung des Langfristigen Programms für die ökonomische Stabilisierung zugrunde. Wichtigste Aufgaben sind die Steigerung des wirtschaftlichen Wachstumstempos, die Vervollkommenung des Mechanismus zur Leitung der Volkswirtschaft in allen Bereichen und die aktive Einbeziehung der SFRJ in die internationale Arbeitsteilung. Eine vorrangige Aufgabe sieht die

Partei in der Hebung der Arbeitsproduktivität und in der Senkung der Produktionskosten.

Auf dem Parteitag wurde scharfe Kritik an der "ökonomischen Autarkie", der wirtschaftlichen Abkapselung der Republiken und der autonomen Regionen, geübt. Auf dieses Problem lenkte SFRJ-Regierungschef Branko Mikulic die besondere Aufmerksamkeit. Wir alle, sagte er, verstehen nur zu gut die Unzufriedenheit, die zu den Ergebnissen der Politik der ökonomischen Stabilisierung geäußert wird. Doch wenn es um praktische Schritte geht, entstehen erneut Fragen und Probleme: Unter verschiedenen theoretischen und ideologischen Lösungen versucht man, uns eigene Modelle der Wirtschaftspolitik aufzuzwingen, wobei alles getan wird, um erlangte Positionen zu halten und parasitäre Interessen aufzuoktroyieren. Die eigenen Interessen werden mit aller Kraft verteidigt. Ohne Aktionseinheit, erklärte Branko Mikulic, werden wir die Krise nicht überwinden und in der jugoslawischen Gesellschaft wird die Zersplitterung bestehenbleiben.

Die Parteitagsdelegierten unterstützten die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die Aufgaben der Partei zur Festigung des BdKJ, zur Hebung seiner Rolle in der jugoslawischen Gesellschaft wurden formuliert. Wie es auf dem Parteitag hieß, muß der BdKJ die Initiative zur Verwirklichung der Wirtschaftspolitik ergreifen.

Als Forum wichtiger Beschlüsse bezeichnete die jugoslawische Presse den XIII. Parteitag des BdKJ. "Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens hat offen wie nie zuvor eine kritische Analyse des zurückgelegten Weges vorgenommen", schrieb ein Arbeiter des Nikola-Tesla-Heizkraftwerks in Obrenovac, Aleksandar Stajevic, in der Zeitung "Borba". "Wichtigstes Ergebnis des Parteitags ist für mich die Festigung der Einheit des Bundes der Kommunisten, der Einheit der Arbeiterklasse." Und, wie Valentin Klajderic (Maribor) meint, war der XIII. Parteitag des BdKJ nach langen Jahren der Stagnation im sozialökonomischen Bereich ein Wendepunkt. Genosse Klajderic ist davon überzeugt, daß das Forum der jugoslawischen Kommunisten konstruktive Vorschläge erarbeitet und richtige Orientierungspunkte für eine Überwindung der Krise aufgezeigt hat.

Die Krise kann nicht allein durch Veränderungen im politischen System und durch ökonomische Maßnahmen überwunden werden. "Eine Wende ist", wie der Vorsitzende des Präsidiums des ZK des BdKJ, Milanko Renovica, auf dem Plenum sagte, "nur durch das Handeln der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, aller gesellschaftlichen Kräfte an der breiten Front des Kampfes für

sozialistische Produktionsverhältnisse, für effektivere Arbeit und Wirtschaftsführung auf der Grundlage der realen ökonomischen Gesetze möglich."

Fruchtbare Zusammenarbeit

Bei Begegnungen mit Werktätigen in Betrieben, in Bundesbehörden, mit führenden Persönlichkeiten auf Republik- und Regionsebene spürt man, wie sich von Jahr zu Jahr die Geschäftsbeziehungen, die wissenschaftlichen und kulturellen Verbindungen Jugoslawiens mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern immer intensiver entwickeln.

Mito Pejovski, Mitglied der jugoslawischen Regierung, berichtete uns, wie all das der Republik hilft, das Programm für die ökonomische Stabilisierung zu erfüllen. So nimmt Jugoslawien an der Arbeit von 23 Spezialorganen des RGW teil. Der Anteil der RGW-Länder am Außenhandel Jugoslawiens beträgt ca. 40%, auf die Sowjetunion entfällt über ein Viertel seines Außenhandelsumsatzes.

Die Beziehungen des BdKJ zur KPdSU, zu den kommunistischen und Arbeiterparteien der anderen sozialistischen Länder entwickeln sich positiv. Sehr aufmerksam wurde hier die Arbeit des XXVII. Parteitages der KPdSU und der höchsten Foren der anderen Bruderparteien verfolgt. Ein Beschluß des ZK des BdKJ enthält die Forderung, "ständig die Veränderungen und Reformen in den sozialistischen Ländern einzuschätzen, deren Ziel es ist, die Bedingungen für die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung und die weitere Demokratisierung des politischen Systems der Beziehungen in der Gesellschaft insgesamt zu schaffen".

Große Bedeutung für die Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen hatte die Begegnung Michail Gorbatschows mit dem Leiter der jugoslawischen Parteidelegation zum XXVII. Parteitag der KPdSU, dem Sekretär des Präsidiums des ZK des BdKJ, Dimce Belovski. Bei dieser Begegnung wurde bekanntlich die beiderseitige Bereitschaft zur weiteren Vertiefung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ, der KPdSU und dem BdKJ bekräftigt. Nützlich waren die Gespräche des Leiters der KPdSU-Delegation zum XIII. Parteitag des BdKJ, Gejdar Alijew, mit der Führung Jugoslawiens. Eine breite Zusammenarbeit gibt es in den internationalen Beziehungen — die Sowjetunion und Jugoslawien finden eine gemeinsame Sprache in den Hauptfragen der Gegenwart. Was die unterschiedliche Einschätzung einiger außenpolitischer Fragen angeht, so dürfen sie natürlich nicht den Blick darauf verstellen, was unsere Länder, unsere Völker eint, die durch eine traditionelle Freundschaft verbunden sind.

B. PISTSCHIK, L. CHARKOW

Ich habe in der Zeitung von der dynamischen demographischen Entwicklung in den asiatischen Regionen Ihres Landes gelesen. Offenbar wird schon in nicht ferner Zukunft die Mehrheit der Bevölkerung der UdSSR nicht aus Russen, wie jetzt, sondern aus Moslems und Asiaten bestehen. Ist dem so?

Paul TEETER
Montreal, Kanada



Es diskutiert
der Kommentator
der Presseagentur Nowosti
Lew BOBROW

Geehrter Herr Teeter! Das Thema, das Sie berührten, ist nicht neu. So sucht der französische Soziologe A. Bennis den Lesern des "Figaro" zu suggerieren: Die russische und die islamische Bevölkerung der asiatischen Sowjetrepubliken lebe getrennt, vermische sich nicht und könne einander nicht leiden. Es wird auch behauptet, die islamischen Gebiete der UdSSR seien ein brodelnder Vulkan...

Was läßt sich hierzu sagen? Offenbar sind die "Informationen" von Monsieur Bennis und seine "Schlußfolgerungen" mindestens um einige Jahrzehnte veraltet. Schon seit langem gehören Begriffe wie "islamische Gebiete" und "nationaler Hader", mit denen dieser französische Soziologe immer noch manipuliert, der Vergangenheit an. Heute könnte man, was unser Land angeht, nicht von einer Absonderung der Völker, sondern vom Beginn ihrer faktischen Verschmelzung sprechen. Die Sowjetbürger siedeln sich immer weiter in ihrer ganzen sozialistischen Heimat an — unabhängig von ihren nationalen Regionen. Urteilen Sie selbst, Herr Teeter: Etwa jeder vierte Tadshike lebt heute außerhalb der Tadshikischen SSR, jeder siebente Usbeke außerhalb Usbekistans, jeder neunte Kirgise außerhalb der Kirgisischen SSR. Zugleich leben in den Republiken Mittelasiens Seite an Seite mit der einheimischen Bevölke-

rung in Frieden und Freundschaft Millionen Sowjetbürger der verschiedensten Nationalitäten.

Doch so war es nicht immer. Erst nach der Oktoberrevolution gelang es, den jahrhundertelangen nationalen Hader auszumerzen. Der Staat ächtete gesetzlich die Propagierung rassischen, ethnischen, nationalen oder religiösen Hasses. Alles wurde und wird getan, um die freie Entwicklung aller großen und kleinen Völker bestmöglich zu gewährleisten.

Im Politischen Bericht des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag wurde die gewaltige Bedeutung hervorgehoben, die die Entwicklung der nationalen Beziehungen für den sowjetischen multinationalen Staat hat.

Im Politischen Bericht hieß es: "Die Grundlagen für die Lösung der Nationalitätenfrage in unserem Lande wurden durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution geschaffen. Gestützt auf die Lehre W. I. Lenins, die Errungenschaften des Sozialismus, hat die Kommunistische Partei in diesem Bereich eine gigantische umgestaltende Arbeit geleistet. Ihre Ergebnisse sind eine hervorragende Errungenschaft des Sozialismus, die die Weltzivilisation bereichert hat. Ein für allemal sind die nationale Unterdrückung und die nationale Ungleichheit in all ihren Formen und Erscheinungen abgeschafft worden. Die unverbrüchliche Völkerfreundschaft, die Achtung der nationalen Kultur und der nationalen Würde aller Völker haben sich durchgesetzt, sich fest im Bewußtsein Dutzender Millionen Menschen verankert. Das Sowjetvolk erscheint als eine qualitativ neue soziale und internationale Gemeinschaft, vereint durch die Gemeinsamkeit der ökonomischen Interessen, der Ideologie und der politischen Ziele."

Bezeichnenderweise nimmt in der UdSSR die Zahl der Mischehen ständig zu. 1925 war jede vierzigste Ehe ethnisch gemischt, weniger als 50 Jahre später aber bereits jede zehnte Ehe, in vielen Städten jede vierte Ehe. Heute gibt es bei uns ca. 70 Millionen Familien gegenüber 50

DISKUSSION MIT DEM LESER

Millionen vor einem Vierteljahrhundert. Die Zahl der ethnisch gemischten Familien aber hat sich in dieser Zeit fast verdoppelt — auf 10 Millionen. Ihr Anteil stieg von einem Zehntel auf ein Siebtel.

Die westlichen "Sowjetologen" spekulieren nur zu gern auf das "Tadshikistan-Phänomen", wo die Geburtenrate von Jahr zu Jahr zunahm und jetzt 40 Geburten auf 1000 Einwohner ausmacht. Dieses "Phänomen" erklärt sich nicht nur durch Traditionen des tadshikischen Volkes, sondern auch dadurch, daß der Staat für kinderreiche Familien überaus günstige Bedingungen schafft, indem er ihnen zusätzliche Vorrechte und Beihilfen gibt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade in Tadshikistan der Anteil der Landbewohner an der Gesamtbevölkerung der höchste in der UdSSR (66 Prozent) ist, auf dem Lande aber die Tradition, viele Kinder zu haben, bekanntlich fester verankert ist als in der Stadt. Apropos Statistik: Der Anteil der Städter in den Republiken Mittelasiens (34 bis 47 Prozent) ist bislang noch bedeutend niedriger als in der RSFSR (73 Prozent) oder im Landesdurchschnitt (über 65 Prozent). Die Tendenz zur Zunahme der Stadtbevölkerung auf Kosten der Landbevölkerung wirkt sich auch auf die demographischen Tendenzen aus. So ging in Aserbaidshan die Geburtenrate von 43 je 1000 Einwohner (1960) auf heute 27 zurück, in Kasachstan von 37 auf 25. Eine ähnliche Tendenz zeichnet sich in Usbekistan, Turkmenien und Kirgisien ab.

Natürlich schafft die Entwicklung eines so großen multinationalen Staates wie der Sowjetunion ihre Probleme. Doch diese Probleme stehen ständig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der ganzen Sowjetgesellschaft. Und die Erfahrungen zeigen, daß sie alle erfolgreich gelöst werden. Unsere Haltung dazu ist bekannt: Wir sind gegen die künstliche Verwischung der nationalen Besonderheiten. Doch auch ihre künstliche Aufbauschung ist unzulässig. Der dynamische sozialökonomische und wissenschaftlich-technische Fortschritt jeder unserer Republiken beschleunigt ihre allseitige Annäherung und festigt die Einheit der Völker der Sowjetunion.

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67**

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

TRANSIT ÜBER DIE UdSSR

die kürzeste und günstigste Route
von Europa
nach Südostasien und
dem Fernen Osten

Bei einem Zwischenaufenthalt in Moskau können Sie die sowjetische Hauptstadt und ihre berühmten Theater und Museen, ihre historischen und architektonischen Sehenswürdigkeiten erleben.
Ausführliche Informationen über Transitreisen durch die UdSSR in jeder Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

AEROFLOT - SOLIDER SERVICE



14159 38
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525

151 394 347

FACH 65



Versammlung vor Ort

Die Arbeiterklasse fordert!



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHEN-
WETTBEWERB

„JAHR
DES FRIEDENS“



Aufnahmen
von Klaus
ROSE
(BRD)